SOMMER 1987

18

3 MARK

freiraum

BERLIN •MODELL Kreuzberg

INHALT

ALLACH-DVU-PÄPSTIN-FREIBURG-

HAFENSTRASSE-HÖNKEL-

INTERVIEW·AUTONOME·ZELLEN

-HERZSCHLÄGE

FREIRAUM
ANARCHISTISCHE ZEITUNG
Sommer 87, Nr. 18

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
E. Goldman, Nordhäuser Str. 3,
3388 Bad Harzburg
Sämtliche Artikel geben nur in Ausnahmefällen die Meinung des Herausgebers wieder.
Eigendruck im Selbstverlag.
Anschrift:
Postlagerkarte Nr. 073396 A, 8000 München 34
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen oder Insassen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.
Abonnement:
6 Nummern kosten 20.- DM
bitte im Voraus bezahlen
Wiederverkäufer:
2,30 pro Stück
auf Rechnung, mit Rückgaberecht
Gefangene und Insassen von Anstalten, sowie weitere mögliche Bedürftige erhalten kostenlose Abos.
Von verschiedenen alten Exemplaren können zum Schleuderpreis von 1.- DM folgende Ausgaben angefordert werden:
Nr. 5,6,7,8,10.13,15,16
Von folgenden Ausgaben existieren nur noch wenige Exemplare bzw. nur noch Photokopien, sie kosten deshalb 3,- DM:
Nr. 0,1,2,3,4,9,11,12,17
Wir bitten um Vorausbezahlung in Scheinen oder Briefmarken

Wie immer haben wir es mal wieder nicht geschafft in zweimonatigem Abstand zu erscheinen. Daß es diesmal gleich 4 Monate geworden sind, ist natürlich besonders übel. Allerdings liegt das zum Teil auch an euch, wenn ihr uns nicht mit Druckbarem versorgt. Einige haben bemängelt, daß sie uns nicht einordnen können, weil wir immer so ein Textmischmasch aus verschiedenen Strömungen rausbringen. Dazu ist zu sagen, daß es nicht unsere Absicht ist, eine einheitliche Linie in der Zeitung zu vertreten, sie soll eine Möglichkeit für euch sein, eure Positionen darzustellen und zu diskutieren. Deshalb auch das Interview mit der autonomen Zelle, obwohl es in seinen politischen Forderungen ("Partei") unserer Einstellung nicht entspricht.

In diesem Zusammenhang sind auch die relativ langen Erklärungen zu sehen, die diesmal mit drin sind. Wir halten es für wichtig, deren Einschätzungen zu diskutieren, mal ganz davon abgesehen, daß sie z.T. auch recht informativ sind. Allerdings wollen wir nicht "eine Zeitung für Illegales" sein, wie die AKTION sich netterweise ausdrückte. Daß die Bullen hinter uns her sind, ist zwar sowieso klar, aber wir halten es wirklich für äußerst überflüssig, sie noch extra auf uns zu hetzen. Deshalb halten wir es auch für notwendig, daß es noch mehr Zeitungen gibt, die derartige Erklärungen abdrucken, so daß der Ausfall einer Zeitung nicht die Verbreitung politischer Begründungen von Aktionen unmöglich macht. Wir möchten alle derartigen Zeitungen bitten, uns ein Austauschabo zu schicken.

Noch kurz zu den libertären Tagen: Einschätzungen gibt es mittlerweile ja genug, drum nur eine Bemerkung zur Mediengruppe: Wir haben entschieden, daß öffentliche Treffen für uns zu riskant sind. Trotzdem sind wir an der weiteren Entwicklung interessiert, weil sie möglicherweise auch Auswirkungen auf unsere Arbeit hat. Deshalb möchten wir die Beteiligten bitten, uns jeweils auf dem Laufenden zu halten, so daß wir uns ebenfalls (schriftlich) an der Diskussion beteiligen können.

Den an dieser Stellen üblichen aktuellen Repressionsbericht findet ihr diesmal weiter hinten.

FREIHEIT UND GLÜCK

Das Wort zur Zeitung

Termine in München

- jeden Montag Antifa-Sprechstunde im Infoladen
- Dienstag, 17-20 Uhr Ermittlungsausschuß im Infoladen
- Dienstag, Vobo-Treff um 19.30 im Grünenbüro in der Baumstr. 4
- Mittwoch, Anti-Atom-Plenum, ESG, Friedrichstr. 25
- jeden Donnerstag Plenum zum Allacher Forst, 18 Uhr im Grünenbüro
- jeden 2. und 4. Sonntag: Kino im Infoladen, 19 Uhr

Leserbrief

Hallo! Zwei Gründe, eine Konsequenz:

Erstens: habe schon seit'n paar Monaten nur wenig Zeit, verkaufen zu gehen. Schon deshalb wollte ich schon seit längerem mal damit aufhören. Dachte aber immer: Grade beim Freiraum bleibt's nötig.

Zweitens: Jetzt ist mir aber doch langsam der Rand übergelaufen, weniger wegen allzuviel neuer Zufuhr von unerträglichem als einfach, weil wieder die gewohnte Dosis obendraufgelaufen ist, die Freiraumwinterdosis diesmal.

W[illegible] Blätter mit vielenvielen Seiten, di[illegible] außerdem noch täglich erscheinen, ein paar mal "paar Bombenbegleitbriefe dokumentieren", so ist es eben das, was das Wort besagt: man nimmt, mit spitzen Fingern oder auch nicht, einen solchen Wisch und klebt ihn aufs Papier - Punkt. Im Freiraum sieht das anders aus:

Nachdem, erstens, die Anarchistische Föderation Südbayern ohne viel Wind aus unserem Leben verschwand und ein paar als AAU weiterfirmierten, blieb der eine zentrale Aspekt der Gründungsbestrebungen der Föderation, nämlich die Diskussion anarchistischer Inhalte in ihrem Bezug zu heutigen Geschehnissen, also aus der Sicht autonomer Individuen erst mal unserer täglichen (V)erfahrungen, oder umgekehrt der Diskussion tradierter anarchistischer Inhalte im Schwarzlicht der Realität anno Achzigerjahre, auf der S[illegible]ke...

Man suchte theoretische Identität und praktischen Zusammenhang im "Zusammenlegungs"kampf, und zwar deutlich - und ehrlich - gleich in der Variante, die die Kampagne aus der Sicht derer von "drinnen" ja wohl werden sollte: Einer Solidarisierung nicht primär mit den Opfern der Repression als armen unpolitisch gesehenen Individuen, sondern als Trägern einer Idee: Zusammenlegungskampagne als Vehikel für den Transport dieser Idee(n) auch in bisher "bürgerliche" Kreise und als Verbindungsglied zu radikalen, also - in Grenzen zum Teil - politisch bewußten Teilen der "Bewegung". Man bot weitergehenden Inhalt und "bot" damit auch die gemeinsame Erfahrung von neuer Schweinerepression gegen Leute, die direkt am RAF-Infonetz hingen und neuen Solidarisierten. Diese Repression galt es gemeinsam zu "analysieren", wobei die Erklärung dafür - auch aus meiner Sicht - schon in den Schubladen aller Beteiligten lag: Die alte Erklärung für den Kampf gegen libertärt-linkes wie stalin-linkes allgemein: Staat muß so sein.)

Also: Die RAF bot und alle kauften: Im Falle AFSB-Überbleibsel Werbung voll gelungen, kann man sagen. Go Anti-Imp Airways und für deinen Seelenfrieden sorgen die schon. Woher ich das alles weiß? Well, ich sehe, höre, rieche, auch was ehemalige Mutlangenblockierer, Zäuneschneider, etc.pp jetzt in ihrer FREIzeit so machen. Sie riskieren viel, mehr noch als zu gewaltfreien Zeiten und bekamen auch aufs Dach - und ins Haus. Öfters und ätzend lästig. Und so. Woher ich das alles noch weiß? Tja, das ist nämlich so. Ich zog nämlich durch die Gegend und verkaufte den Reisekatalog . Go Anti-Imp uswetcetc. Eben nicht die Urlaubspostkarte: Bindaunddaschönegrüßewokanndireigentlichegalsein..., den Katalog: Fahr auch du.!!!

Erst dacht ich: Repressionunddunterdrückte"Dokumente" ergo lohnt sich's, wenns die Leute lesen. Denn die dies lesen ham ja auch ne Meinung und kopieren ihre nicht ausm Blättchen. Doch: Gelegentlich gibts sowas auch mal inner taz und "gelegentlich" reicht!!!

Denn was der FREIRAUM über seine SCHREIBER aussagt, das klingt für mich ungefär so: Zwar wird nich dogmatisch gefiltert, einige gute Artikel auch wo ausgegraben und wiederverbreitet, zwar würden auch graswurzelnde Leserbriefe gedruckt, würden, denn es kommen keine - aber eigentlich ist das Team mit der gängigen Aussage ganz zufrieden:

RAF/RZ/.. im Prinzip ganz o.k. Unsere Solidarisierung und Identifizierung mit dem revolutionären Kampf (""""""!) führt zu gemeinsamer Repressionserleidung, also sacht auch Vadderstaat daß wir zusammengehören als hat alles seine Richtigkeit. Oder so ähnlich.

Und danndenkich: Was ich/ihr da verkauft is eigentlich in jedem Anti-Imp-Flugblatt besser nachzulesen. Undenkich: Auf irgend ne Alternative zu dieser politischen Linie seid ihr nicht scharf. Und ich bins. Sehr sogar. D I E is für mich nämlich keine Alternative.

Ihr seid's zufrieden. Analyseerledigt äktschnfolgt. Und das ist mein Knackpunkt: Die Theorie stimmt ja zum Großteil: Metropolenverarschen Restderwelt (Wobei ich das auch ohne Supermanlanguage ausdrücken könnte), müssen, um weiter imperialistIn zu können (die Jusos kannten das als Stamokap). muß der Widerstand - auch der "-stand", der immer nur im eigenen terminologischen Kreis rumläuft und nirgends im Weg steht - niedergehalten/hauen/treten/...schossen werden, denn schon die Idee, daß irgendwas nich individualkorrupt, sondern systemimmanent stinkt, muß so klein wie möglich gehalten werden. Und wer "Kriminell" ist, dem glauben die Bürgers (incl. der meisten Friedens/AKW/...bewegten) sowieso nicht. Bis sie selber "Kriminell" werden, siehe Wackerland, also dem glauben die sowieso nicht. Also brauchen wir uns auch aus taktischen Erwägungen die Mittel unserer Politik nicht vorschreiben zu lassen, der Staat sorgt sowieso für die richtigen Ettiketten.

Soweit einig? Aber nu kommt's. Ihr schließt daraus, daß das verpönteste Mittel offiziellerweise, Knallpengbum und so, das effektivste sein muß - und vergeßt: Sie können ein paar wie Knallpengbums ganz gut brauchen, braucht man sie nicht mehr, sperrt man sie ein oder auch nicht (siehe Celle). Wir aber machen einen auf Rambo linksherum. Nicht das Gefühl, was "tolles" gemacht zu haben, ist dabei das schlimme, - es gibt auch nachdenkliche, die das gewählte Mittel mit ...(?) (kopiert bitte sorgfältiger, d.S.) und einem "esmußleidersein" in die Tat umsetzen - und nach-denkliche, wie zum Beispiel Claudia aus Bruchsal, die zwar, villeicht, jetzt erst recht nicht glauben mag, alles sei vielleicht gar nicht sooo sinnvoll gewesen, die aber ein bißchen Anti-Daten-Verarbeitung unheimlich hoch bezahlen mußte: Ein geliebter Mensch tot, und Knast bis dorthinaus.

Nicht das bei einigen (vielen?) unreflektierte Feeling, was affenstarkes zu machen ist also das schlimme, nein, das Schlimme sind die Opfer. Wer stirbt, stirbt immer umsonst; so zwei gegensätzliche Figuren wie Hitler im Führerbunker (wär er nur!) und Maximilian Kolbe sind da die Ausnahmen. Und wer andere sterben läßt, ist..... na, lassen wir die Suche nach passenden Worten.

Das Risiko gehen sehr viele von denen ein (und zwar mehr als der vielzitierte Autofahrer), die flambierensägenetc. Was nützt da die lächerlich-weinerliche Entschuldigung der CCC - die ihr auch abgedruckt habt, die Schweine seien schuld daß ein Pförtner drann glauben mußte. Ausgerechnet die.....

Die Grenze zwischen gewaltfreien Praktiken und der unmittelbaren Gefährdung von Menschenleben scheint also sogar Profis nicht immer im Vorraus klar zu sein. Klar, der tut ihnen leid, schadet ja, außer dem - ernstzunehmenden - Zorn über die Folgen

Leserbrief

des eigenen Handelns auch noch dem guten Ruf. Aber man macht weiter.....

Was nun die - zum Teil noch ziemlich teenigen - Leser des Freiraums angeht: Nicht nur wird ihnen vorgeführt, daß die theoretische Abhandlung am stichhaltigsten zu sein hat, zu deren Verbreitung es laut geknallt hat vorher; denn das sind ja tatsächlich die einzigen analytisch-gesellschaftsmodellentwickelnden-blablatheoretischen Artikel, die der FREIRAUM noch bringt; a u c h und außerdem wird hier gesagt, wohin die Reise geht. Reisekatalog zum Bombenschmeißen. Und da fehlt, weil die Bomben zum diskutablen Inventar gehören (Hier im mittelwesteuropäischunfeudalen Teil der Welt, wo die Bomben weder der Verteidigung des Überlebens dienen noch einen Schlüsselbonzen wie Somozapinochetpolpot beseitigen könnten), deshalb fehlt bei euch naturgemäß auch die Diskussion über die Grenzen der Zündelei. Wenn ich Menschen umbringen will, ist die technische Frage nicht von Belang, wie ich Opfer vermeiden kann. Sicher nicht die klare Position des FREIraums, aber doch die direkte Vorraussetzung für ein Denken wie das jener Brigadisti, die auf einer frequentierten Straße ein Loch in eine Gefängnismauer sprengten und ein paar unbeteiligte Passanten mit ihrer "Gewalt gegen Sachen" umbrachten. Nur wo Menschenleben nicht zur Disposition stehen, kann überhaupt die Frage untersucht und diskutiert (und überhaupt als wichtige Frage zur Diskussion gestellt) werden, welche Aktionsarten gegen Sachen nicht zur Verletzung von unmittelbar am Aktiönchen nicht Beteiligten führen können.

Die Wendtlandschrauberei Bolzenaufschienen ist hier zwar ein bestechendes Beispiel von Phantasie und Gipsihnen, aber... Kommt die Warnung auch sicher bis zu dem Zugführer, der es dann unterläßt, die Hürden auszuprobieren.??? Ich meine mit Sicherheit. Das erinnert fatal an die Warnung der CCC, die den Mann in der Pförtnerloge leider nicht erreicht hat. Gerade wer AKWs und Co ablehnt, weiß doch, das komplizierte Abläufe nicht immer hinhauen: Deshalb ist der Scheiß ja so gefährlich, schon ehe FJSZimmermann ihre Kriegerflossen drankriegen können.....

Da tauchen eines Winters in der Radikal ein paar Kobolde auf und werfen sinnreich modifizierte kleiderbügelartige Gegenstände auf den singenden Draht der großen eisernen Schlange. Gtanggtanggtangzischbumm-fetz. Weltstückoberleitungputt. Toll. Denkt der Leser. Und vermehrt sich sofort südwärts, um das Wackerland so unruhig zu machen, wie es versprochen ward. Und als die Sägefische ihre gewaltfreien Spuren an Ottowiralles Glühbirnen hinterlassen, machen irgendwelche Idioten das gleich mal an DB-Strommasten. Tolltolltolltolltoll. Denkt Klein-Widerstandler. Und krepiert auf seiner nächsten Zugfahrt, weil der kleidergebügelte Fahrdraht oder gleich ein ganzer Mast ihn im Zugabteil besuchen kommt. Oder wahrscheinlicherweise der Lokführer oder die Oma von nebenan.

Scheißescheißescheißescheschschschschschschsch.....
Versteht ihr jetzt. Wer illegal-materielle Aktschn diskutiert, muß da anfangen, zu planen und nachzudenken, und bei der politischen Wirkung. Nie in umgekehrter Reihenfolge. Ihr tut nichts dergleichen. "Warum wir den Abschiebekiller in die Beine schossen". Na prima..... Wenn ders nicht mehr macht, lummern hundert andere. Außer Schmerzen, Angst nichts erreicht. Und eben nicht, wie es bei Führerbunkerpinochetbokassa der Fall gewesen wäre, auch nur einen gerettet. Die Flüchtlinge sterben zurück in Libanonceylonguatemaleelsalvador auch dann noch, wenn hunderte von Beamtenkörpern verletzt oder ermordet worden sind. Nix gewesen außer Schmerzen und Verzweiflung dort und Rambofeeling bei den Aktschonären. Die Kids in den Palästinenserlagern in Südlibanon schauen übrigens genausogern Rambo wie die hier - und lernen in der Schule was vom bösen US-Imperialismus.....
Die Idee sitzt tiefer als die Analyse, wenn sie erst mal sitzt. Den Katalog verkauf ich nicht. Nicht an die Rambomaniakids. Einer reicht. Für mich. Und dankenswerte Repressionsinformation. Und den Gedanken, daß da noch was wächst, obwohl und weil es verboten ist. Theorie und Aktschn-Muster gibts woanders: Wer ANARCHIE noch buchstabieren kann, hat seinen schwarzen Faden vieleicht an den Graswurzeln. Und verteidigt Flüchtlingsleben erst mal in diesem System, denn sie brauchen es sofort: Ganz "bürgerlich" in der hierzulande gerade aufkeimenden Asylrechtsbewegung - das Sanctuary Movement in den USA ist uns da Meilen vorraus, nicht nur, weil dort der Zusammenhang des eigenen Landes mit den Ursachen der Flucht leichter zu vermitteln ist; wer den Planeten retten will und die eigene Haut, kann in Wackersdorf und anderswo jeden Tag sehen, wies geht. Träumen von besseren Zeiten, ja. Sie herbeiarbeiten/Freizeiten, den Weg Freiräumen ja. Aber nicht mit Bomben.

P.S.: Die eigene Situation im Widerstand könnte man auch sorgfältiger analysieren als das meistens zu lesen und zu hören ist. "Kriminalisieren" kann der Staat nur durch Gesetzesverschärfungen, getürkte Anklagen etc. Was schon kriminell ist (oder ordnungsliebend äh ordnungswidrig etc.) und genau dann vorfährt/einfährt, wird nicht kriminalisiert! Die GA (z.B. Blockadegruppen) bereiten sich auf ihre kriminellen Phasen eben vor in dem Bewußtsein, selbst diejenigen zu sein, die sich kriminalisieren. Das ist ne Aktionsform und ist Reaktion auf staatliche Repression und imperialistische Weltbeherrschung. Auseinaderhalten heißt auf lateinisch analysieren. Schöne Grüße und so.

Zum

Wir, einige Leute aus verschiedenen Münchner unabhängigen und libertären Gruppen, die bisher eher schwerpunktmäßig am WAA-Widerstand beteiligt waren, wollen mit diesem Flugblatt unsere Argumente gegen den Rangierbahnhof und unsere Kritik an den "Widerstandsparteien" CSU und SPD sowie auch Kritik an den Grünen und Bund Naturschutz formulieren. Weiterhin wollen wir unsere eigenen politischen Vorstellungen, vor allem im Zusammenhang mit Großprojekten und zum praktischen Widerstand dagegen darstellen. Unser Ziel ist es auch, unseren Beitrag zum Widerstand gegen das Milliardenprojekt zu leisten und gemeinsam mit allen Betroffenen den Widerstand weiterzuentwickeln. Es kann auch nicht angehen, daß wir Münchner nur nach Wackersdorf oder sonstwohin fahren und uns um menschenverachtende Projekte in München selbst zuwenig kümmern.

Brauchen wir den Rangierbahnhof?

Unserer Meinung nach ist, auch bei den jetzigen gesellschaftlichen Verhältnissen, der Rangierbahnhof völlig überflüssig. Die bisherigen zwei kleineren Rangierbahnhöfe sind kapazitätsmäßig nicht ausgelastet und der Trend läuft auch dahin, daß das Güteraufkommen sich weiter verringern wird. Selbst wenn der Trend wieder von der Straße auf die Schiene laufen würde, was wir befürworten würden, reicht die Kapazität der bisherigen Anlagen, die ja noch das 1 1/2-Fache leisten können, auf jeden Fall aus. Durch Modernisierung und Systemverbesserung können sich auch noch zusätzliche Kapazitäten ergeben.

Statt Ausbau des Personenverkehrsnetzes und Verbilligung der Tarife (bis hin zum Nulltarif) werden Milliarden verpulvert. Der Mensch wird - wie immer - hintenangestellt. Wenige Kilometer neben dem Großprojekt fährt die S1 teilweise nur im 40-Minutentakt und fühlen sich die Pendler zu Hauptverkehrszeiten wie in einem Viehtransport, in dem nicht einmal die elementarsten Tierschutzvorschriften eingehalten werden. Viele sind aus diesen Gründen gezwungen, unnötigerweise mit dem Auto zu fahren.

Gerade im sowieso durch Müllberg, Kläranlagen, diverse kasernen, Rüstungsbetriebe, Versuchsreaktor bei Garching, Atommüllsammelstelle Neuherberg und viele Gewerbegebiete belasteten Münchner Norden soll dieses Monster entstehen.

Ein Grund dafür ist wohl die Bevölkerungsstruktur. Denn im Norden leben zum größten Teil Arbeiter, "Ausländer" und Wenigverdienende, denen die Planer unterstellen, sich nicht effektiv zur Wehr setzen zu können. Sie hoffen, daß die Bevölkerung durch ihre eintönigen, fremdbestimmten Arbeitsbedingungen so abgestumpft ist, daß

Rangiermonster

Platzbesetzung vom 24.5.1987

sie sich alles gefallen läßt. Im Münchner Süden, wo eher Wohlhabende und Reich wohnen, wird die Natur vergleichsweise geschont. Die, die politisch das Sagen haben, verschaffen sich selbst Vorteile, verdienen an der Arbeit anderer, und scheren sich einen Dreck um die Lebensbedingungen der Unterprivilegierten. Hier werden die sonst so gut vertuschten und wegdiskutierten Klassenunterschiede sichtbar.

Angesichts der weltweiten Naturzerstörung darf einfach keine Grünfläche mehr zubetoniert werden, der Zerstörung der eigenen Lebensgrundlagen muß Einhalt geboten werden, erst recht im Ballungsraum München.

Wir können uns vorstellen, ein selbstbestimmtes Leben in einer Gesellschaft zu führen, die auf Dezentralität und Autonomie ausgerichtet ist, sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht an den Interessen von Staat und Kapital orientiert, in der kapitalistisches Konkurrenz- und Konsumdenken wegfallen. Ohne Überproduktion und sinnlosen Hin- und Hertransport von Waren braucht es Großprojekte wie den Rangierbahnhof nicht mehr, werden sich die Lebensbedingungen der meisten Menschen zum Besseren wenden.

Der etablierte "Widerstand"

Der geplante Rangierbahnhof hat auf den ersten Blick überraschend viele Gegner: Sogar die Stadt München als Delegierte aller Parteien hat vor Gericht gegen das Projekt geklagt. Daß diese Klage nur Show ist, haben schon die Richter in ihrem Teilurteil verkündet. Wenn die Stadt mit Umweltschutz argumentiert, hätte sie auf ihr Siedlungs- und Gewerbeprojekt verzichten müssen, um glaubhaft zu sein. Der Hintergrund ist wohl, daß sie durch Gewerbeansiedlung auf Steuereinnahmen hofft und gleichzeitig den Mittel- und Großbetrieben, denen die etablierten Parteien CSU, FDP und SPD verpflichtet sind, billige und stadtnahe Fläche zur Verfügung stellen will.

Den Grünen unterstellen wir zwar keinen aus ihrer Sicht unehrlichen Widerstand. Die Grünen bekämpfen zumeist nur Folgewirkungen dieses kapitalistischen, profitorientierten Systems, sie wollen darin noch ihren grünen Vorgarten hegen, segen und bekämpfen aber nicht die Ursachen der gesamten Misere. Wir wehren uns gegen eine Vereinnahmung des Widerstands zu ihren parlamentarisch-reformistischen Zielen.

Auch mit dem Bund Naturschutz können wir aufgrund seiner hierarchischen, autoritären Strukturen und dessen Staatsloyalität nur bedingt zusammenarbeiten. Der BN hat schon vielfach seine Funktion erfüllt und den Widerstand gegen Großprojekte gespalten, wurde zum Handlanger der staatlichen Versuche, Widerstand wieder ins System zu integrieren.

Perspektiven

Soll der Widerstand Erfolg haben, dann dürfen wir uns nicht auf Parteien und hierarchische Organisationen verlassen. Konkret heißt das, daß wir durch vielfältige selbstbestimmte Aktionen unsere eigene Stärke gegen Staat und DB entwickeln müssen. Wer sich auf die Gerichtsbarkeit verläßt, dem ist nicht mehr zu helfen. Im besten Fall zwingt das Schlußurteil die DB zu geringfügigen Änderungen, aber selbst das ist zweifelhaft. Verhindert wird der Rangierbahnhof auf Gerichtsweg oder über parlamentarische "Mehrheiten" bestimmt nicht.

Um das Projekt zu verhindern, muß an mehreren Punkten zugleich angesetzt werden. Die Rodung selbst sollte nicht reibungslos ablaufen. Durch ständige Präsenz auf dem Platz, vor allem an den Sonntagsspaziergängen, wollen wir unseren Protest und Widerstand praktisch ausdrücken. Weiterhin ist auch vermehrte Öffentlichkeitsarbeit in den unmittelbar betroffenen Stadtteilen nötig. Wir sollten uns aber nicht nur auf den Ort der Rodung selbst beschränken, die Bundesbahn soll unseren zünftigen Widerstand zu spüren bekommen. In diesem Zusammenhang lehnen wir aber Aktionen, bei denen Menschen zu Schaden kommen und Unbeteiligte betroffen sein könnten, kategorisch ab.

Großprojekte wurden schon immer im Interesse einiger weniger gegen die Interessen vieler Betroffener durchgesetzt. Die Entscheidungen fallen hierzulande immer durch wenige Berufspolitiker und in den Vorstandsetagen der Industrie. Wer das Geld hat, hat die Macht, und wer die Macht hat, hat das Recht.

Der Kampf gegen den Rangierbahnhof muß auch mit dem Widerstand gegen andere Großprojekte zusammenkommen, das Problem Rangierbahnhof darf nicht isoliert gesehen werden, sondern muß im Zusammenhang mit anderen reaktionären Übergriffen und Projekten gesehen werden. Wir müssen innerhalb einer sozialrevolutionären Perspektive handeln

Für eine machtvollen, solidarischen und selbstbestimmten Widerstand!

Weg mit dem Rangiermonster und allen anderen lebenszerstörenden Großprojekten!

Das System macht keine Fehler, es ist der Fehler!

Jeden Sonntag Waldspaziergang

Treffpunkt 15 Uhr, S-Bahn Fasanerie

Kontakt: Libertäre Ameisen c/o Infoladen, Breisacherstr. 12, 8000 München 80 (Tel. 089/4489638 Dienstag von 17-20 Uhr)

der terror gegen münchner buchläden geht weiter

Wie bereits vorher berichtet, laufen/liefen eine Reihe von Verfahrten gegen die Münchner Buchläden Adalbert 14, Basis und Trampelpfad bzgl. FREIRAUM. Wegen der Nummer 17 fanden gründliche Durchsuchungen bei allen drei Buchläden und im Infoladen München statt. Da die Durchsuchungen 2 Monate nach dem Erscheinen der Nummer 17 über die Bühne gingen, vermuten wir auch einen Zusammenhang mit der Volkszählung, waren doch alle durchsuchten Läden gleichzeitig Infostelle oder Sammelstelle bzgl. Volkszählungsboykott. Von FREIRAUM Nr.17 wurden 0,0 Exemplare gefunden, dafür Flugblätter gegen die Volkszählung, abgegebene Bögen etc... Ziel war es wohl a) allen Buchläden etc. die Verbreitung des FREIRAUM gründlich zu vermiesen und b) in diesem Fall zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, eben wegen der Volkszählungsboykottkampagne. Doch damit nicht genug: Die Buchhandlung Basis erhielt wegen der Nummer 15 einen neuen Strafbefehl, hat jetzt also zwei Verfahren, wegen Nr.12 und wegen Nr.15. Den Strafbefehl wollen wir hier mal vollständig dokumentieren, zugleich rufen wir dazu auf, alle drei betroffenen Buchläden durch Spenden, häufiges Einkaufen etc. kräftig zu unterstützen. Wenn ihr also eine Alternative zum Bücherklauen aus Kaufhäusern, Großbuchhandlungen etc. sucht, dann kauft eure Bücher bei Adalbert 14, Basis oder Trampelpfad.

"Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ergaben folgenden Sachverhalt:

Sie (damit ist eine der beiden Geschäftsführer/innen gemeint, Red.) sind neben dem anderweitig verfolgten M.K. Geschäftsführerin des Buchladens "Sozialwissenschaftliche Fachbuchhandlung" genannt "Basisbuchhandlung in München 40, Adalbertstraße 43. Dort wurde am 2.7.1986 ein Exemplar der Zeitschrift "Freiraum" Ausgabe Nr.15 verkauft, weitere fünf Exemplare der Zeitschrift wurden zum Verkauf bereitgehalten. Der Inhalt einiger Artikel dieses Druckwerkes verstößt gegen Strafvorschriften. Im einzelnen handelt es sich um folgende Textstellen:

1. Seite 4 links und Mitte: Der Abdruck des Bekennerschreibens der Organisation "Apokalypse now" unter der Überschrift "komminikee" zum Brandanschlag vom 29.5.1986 auf den amerikanischen Truppenübungsplatz in Bad Tölz mit den Aufforderungen, sich dem "Kampf" anzuschließen, verwirklicht die Tatbestände der §§ 129a, 140 StGB. Die "Anmerkung der Redaktion" auf Seite 7 enthält keine hinreichende Distanzierung.

2. Seite 4, rechte Spalte: Der Abdruck des Bekennerschreibens und der Organisation "Anarchistische Zellen" unter der Überschrift "Feuer und Flamme für diesen Staat" zu dem Brandanschlag vom 22.5./23.5.1986 auf die Firma "DYWIDAG" erfüllt aus den gleichen Gründen die Tatbestände der §§ 140, 129a StGB.

3. Seite 5: Der Abdruck des Bekennerschreibens der Organisation "Antiimperialistische Gruppe" zum Brandanschlag Anfang Mai 1986 auf die Treibstoffversorgungsanlage der US-Armee in Kirchheimboladen stellt ebenfalls straftatgemäß § 140, 129 StGB dar.

4. Seite 6/7: Der Abdruck des Bekennerschreibens der Gruppe "Norman Mayer zum Brandanschlag auf die Firma PALL (wir drucken hier auch die sachlichen Fehler ab, nicht nur hier hat die Staatsanwaltschaft was verwechselt, Red.) erfüllt neben den Tatbeständen der §§ 140, 129 StGB auch den Hauptbestand, der formuliert wird: "Wir hoffen mit unserer Aktion viele andere auf gute Ideen gebracht zu haben...".

5. Seite 14 rechte Spalte unten, 15 linke Spalte oben: Der Abdruck der Textpassage unter der Zwischenüberschrift "Die Anschläge...", in der die Brandanschläge als notwendige Widerstandsformen um das "Atomprojekt und den Staat ins Wanken zu bringen" befürwortet werden, stellt öffentliches Billigen von Straftaten nach § 140 StGB dar.

6. Der Abdruck der Textpassage auf Seite 18, linke Spalte unten und Seite 19 rechte Spalte oben, in der unter der Überschrift "Das Ziel bestimmt unser Handeln" und "Der Weg wird sichtbar, wenn wir gehen", in der geäußert wird, daß der kriminelle Widerstand sich verbreitern soll und als Perspektive die offene, gemeinschaftliche Plünderung als die empfehlenswerte zukünftige Widerstandsform propagiert wird, stellt Auffordern zu Straftaten gemäß § 111 Abs.2 StGB dar.

Ihnen war die anarchistische Tendenz der Zeitschrift und die Tatsache bekannt, daß bereits die Nummern 12 und 13 der Zeitschrift "Freiraum" beschlagnahmt worden waren. Trotzdem bei ihnen zumutbarer Überprüfung des Inhalts hätten sie erkennen können, daß zumindest die genannten Artikel gegen Strafgesetze verstoßen, und die Weiterverbreitung in ihrem Geschäft verhindern können.

Sie werden daher beschuldigt, fahrlässig als Verbreiter am Erscheinen eines Druckwerks strafbaren Inhalts mitgewirkt zu haben strafbar als eines Vergehens der fahrlässigen Veröffentlichung gemäß § 11 Abs.3 des bayerischen Pressegesetzes."

Verhängt wurden 40 Tagessätze a 30.- DM, als Beweismittel wurden angegeben als Zeugen PM Faltenbacher, zu laden über PP München, Ulrike Macht, zu laden über das bayerische Staatsministerium des Inneren und Stephan Mayr, zu laden über PP München und ein Exemplar der Zeitschrift "Freiraum".

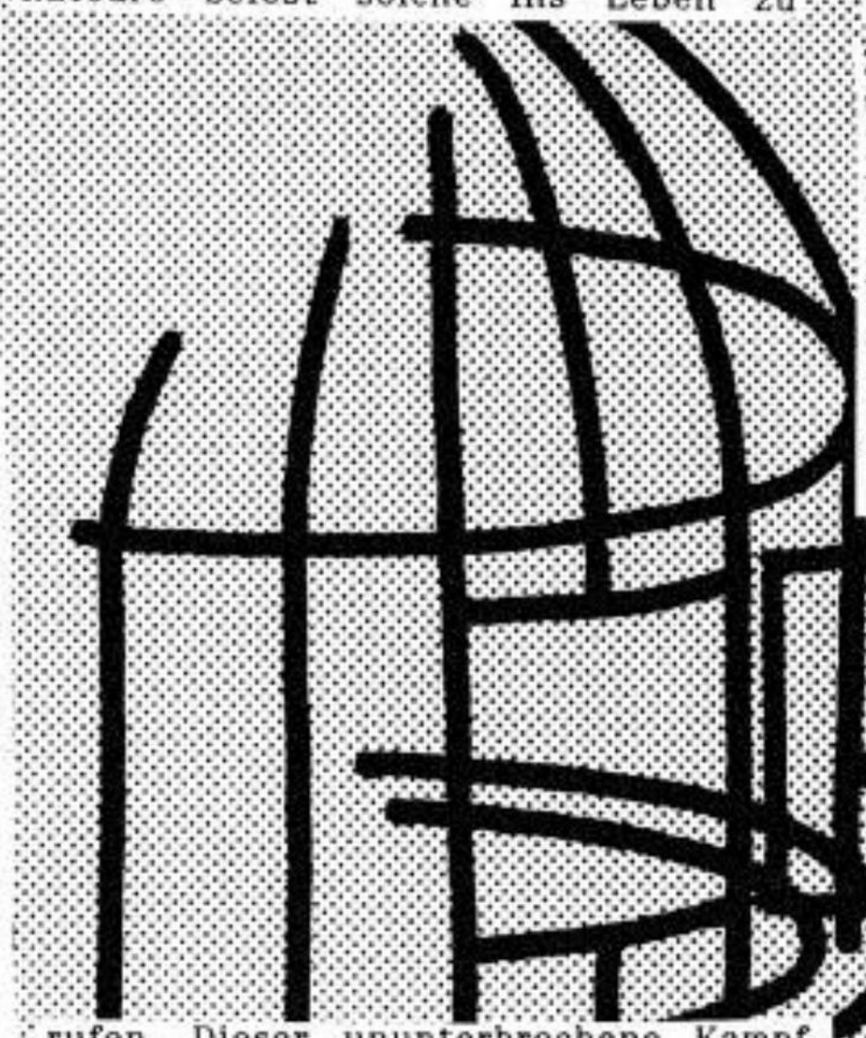
OFFENSIV

verschwand denn die anarchistische
wegung infolge der ungeheuerlichen
rfolgungen, die sie zu erdulden
tte, in den romanischen Ländern
hrelang aus der Atmosphäre des öf-
ntlichen Lebens und war gezwungen,
ch in geheimen Verbindungen eine
fluchtsstätte zu schaffen. Da aber
e Periode der Reaktion länger währte
s die meisten vorausgesetzt hatten,
nahm die Bewegung allmählich eine
nz neue Psychologie an, die von
rem ursprünglichen Charakter we-
ntlich verschieden war. Geheime Be-
gungen sind wohl imstande, in ihrem
schränkten Kreise einen außerge-
öhnlich hohen Grad von Opferwillig-
it und rührender Hingabe der ein-
lnen für die revolutionäre Sache zu
twickeln, allein es fehlt ihnen der
eite Kontakt mit den Massen des
lkes, der allein imstande ist, ihre
rksamkeit zu befruchten und sie
isch und auf die Dauer lebensfähig
erhalten. So kommt es, daß die
nzelnen Mitglieder einer solchen Be-
egung ganz unmerklich jeden richti-
n Maßstab für die eigentlichen Er-
heinungen des wirklichen Lebens
erlieren und der Wunsch bei ihnen
r Vater des Gedankens wird. Sie
erlieren nach und nach den Sinn für
de konstruktive Betätigung und ihr
edankengang erfährt eine rein nega-
ve Einstellung. Mit einem Wort, sie
erlieren ohne sich dessen klar be-
ußt zu sein, das Verständnis für eine
ewegung der Massen. Dieser eigenar-
ge Entwicklungsprozeß vollzieht sich
ehr häufig mit einer überraschenden
chnelligkeit und ist imstande, einer
ewegung in wenigen Jahren ein ganz
nderes Aussehen zu geben, voraus-
esetzt, daß die äußeren Verhältnisse,
h. die blinden Verfolgungen der Re-
erungen, die Entfaltung der Geheim-
rga tion begünstigten.

s ist klar, daß in Perioden allgemei-
er Reaktion, wenn die Regierung ei-
er Bewegung jede öffentliche Lebens-
öglichkeit abschneidet, die Geheim-
rganisation das einzige gegebene
ittel ist, um die Bewegung am Leben
u erhalten. Aber indem wir diese
atsache anerkennen, dürfen wir uns
icht dazu verleiten lassen, die un-
usbleiblichen Mängel einer solchen
rganisation zu verkennen oder gar
hre Bedeutung zu überschätzen. Eine
eheimorganisation kann immer nur
etrachtet werden als ein Mittel, das
ie Gefahr des Augenblicks erheischt,
ie aber wird si imstande sein, eine
irkliche soziale Umwälzung wirksam
orzubereiten oder gar in die Wege zu
eiten. Gesellschaftliche Veränderungen
etzen stets die intensivste und wei-
este Propaganda unter den Massen
oraus, die zuerst von dem Geiste der
Neuerung ergriffen sein müssen, ehe
nan sie in Bewegung setzen kann.
Aber gerade diese unumstößliche Tat-
sache vergißt der einzelne nur allzu
eicht in der eigenartigen Atmosphäre
der geheimen Verbindungen. Der fas-
inierende Einfluß, den solche Kör-
perschaften besonders auf die mehr zur Romantik neigenden jugendlichen Elemente einer Bewegung ausüben, ist ein ganz gewaltiges Hindernis für ein klares Erkennen der wirklichen Proportionen und macht viele blind für die nackte Wirklichkeit. Man sieht die Dinge stets in einer Art Verklärung, nicht wie sie in Wahrheit sind, sondern wie man sie gerne zu sehen wünscht.

...

Außerdem aber birgt eine Geheimbewegung noch eine ganze Reihe schwerer Schäden in sich, die mit ihrer Existenz unvermeidlich verbunden sind. Dazu gehört in erster Linie ihr fortwährender Kampf mit den Überwachungsorganen des Staates, die immer und überall auf der Lauer liegen, um Verschwörungen zu entdecken oder, wenn es nötig ist, durch ihre Provokateure selbst solche ins Leben zu



rufen. Dieser ununterbrochene Kampf, den den Konspirator stets zu neuen Vorsichtsmaßregeln zwingt, verschlingt nicht nur eine Menge Energie, er entwickelt auch auf die Dauer der Zeit in ihm ein geradezu krankhaftes Mißtrauen gegen jeden, das ihm sehr oft zur zweiten Natur wird. Der Verdacht schleicht überall auf Filzsohlen umher und hat so manches Menschenleben für immer ruiniert. ... Es ist auch klar, daß persönliche Streitigkeiten in einer solchen Bewegung eine viel schärferen und verhängnisvolleren Charakter annehmen müssen, da das Feld ihrer Wirksamkeit stets sehr beschränkt ist. ...

zit. aus Rudolf Rocker, Anarchismus und Organisation, anarchistische texte 14, Libertad Verlag

Beim Lesen obiger Broschüre war ich total verblüfft über die Aktualität diese Textes, der (wahrscheinlich) kurz nach dem 1. Weltkrieg entstand. Abgesehen von der Wortwahl schien sich eigentlich in mehr als 60 Jahren fast nichts verändert zu haben. Allzuoft beschränkt sich unsere Politik auf militante (und sonstige illegale) Aktionen - und damit einhergehend natürlich Spitzel-Paranoia und Konspi-Verhalten. Ich will hier nicht behaupten, daß Militanz falsch oder überflüssig ist, schließlich wird dieses System nicht kampflos aufgeben. Auch unsere Kleingruppenmentalität ist angesichts der Repression nur allzu verständlich und auch notwendig. Was allerdings fehlt, ist so etwas wie der "öffentliche Arm" der anarchistischen Bewegung. (Das soll nicht heißen, daß alle Militanten sich als Anarchist/inn/en verstehen, aber ich finde, es ist an der Zeit, daß die Anarchist/inn/en unter ihnen sich nicht mehr mit dem Sammelbegriff "Autonome" tarnen; natürlich gibt es auch nicht-militante Anarchist/inn/en.)

Unsere entweder nicht existierenden oder aber abgeschotteten Strukturen sind meiner Ansicht nach einer der Hauptgründe für unsere Isoliertheit in der Gesellschaft und unser Schmoren im eigenen Saft. Daß wir aus unserem politischen Ghetto nicht herauskommen, liegt natürlich im Interesse des Staatsapparates, und er arbeitet ziemlich intensiv daran: Unsere eigenen Zeitungen, Demos etc. werden verboten, in den Medien werden unsere politischen Inhalte verschwiegen. Unsere Isolation bedingt auch, daß sie ihre Repression ohne Probleme durchziehen können. Wer regt sich denn schon auf, wenn sie ganze Veranstaltungen einkassieren oder Buchläden zwingen wollen, unsere Zeltungen selbst zu zensieren? Noch nicht einmal die sog. "Linke".

Anarchismus steht in der Öffentlichkeit für Terror - und das ist (nicht nur, aber doch auch) unsere Schuld. Unsere Vorstellungen von Gesellschaft, unsere Vorstellungen, wie ein Zusammenleben auch möglich ist, sind so gut wie unbekannt (soweit sie überhaupt existieren). Wir brauchen aber die Menschen hier um wenigstens zu versuchen, eine herrschaftsfreie Gesellschaft aufzubauen. Menschen, die sich nichts mehr vorschreiben lassen (auch nicht von uns), die selbst aktiv werden und keine Angst haben, wenn ihnen niemand mehr sagt, was sie zu tun und zu denken haben. Um das zu erreichen, dürfen wir uns nicht auf Militanz beschränken. Dieses System ist von uns (jetzt und in absehbarer Zeit) militärisch nicht zu besiegen (und selbst wenn - Anarchismus läßt sich nicht erzwingen). Wir müssen - öffentlich und damit offensiv - versuchen, unsere Ideen zu entwickeln zu verbreiten, und zu zeigen, daß es andere Möglichkeiten gibt, vor allem auch in unseren alltäglichen Lebensbereichen.

PASSAU 15.8.87

Bei der Mobilisierung nach Passau bekommt mensch oft zu hören: "Aktionen gegen die DVU? Warum? Die haben doch sowieso keinen Einfluß. Ihr solltet lieber was gegen die CSU (diesen Staat, den Kapitalismus ...) tun." Was einige anscheinend noch nicht begriffen haben:

Der antifaschistische Kampf ist ein wichtiger Teilaspekt im Kampf gegen das kapitalistische System!

Genauso wie der kapitalistische Staat dem Faschismus Vorschub leistet, erfüllen die verschiedenen Rechtsradikalen Gruppierungen diverse Aufgaben für den kapitalistischen Staat.

Am wenigsten ausschlaggebend ist dabei noch der Terror gegen die Linke, den sich die Regierenden momentan (noch) nicht in dem Maße leisten können. Wichtiger ist ihre Aufgabe, Stimmung zu machen für eine rassistische, nationalistische und diktatorische Politik und dabei gleich anzutesten, inwieweit die breite Masse da mitzieht. Die folgenden Maßnahmen der Herrschenden können dann - in Abgrenzung gegen Rechts - als gemäßigt ausgegeben werden. Zum dritten sollen die Faschisten von den bürgerlichen Parteien enttäuschte Menschen weiterhin ideologisch an das kapitalistische System binden, womit sie für dessen weiteren Ausbau funktionalisiert werden.

Die DVU ist mit mittlerweile über 14.000 Mitgliedern die größte neofaschistische Gruppierung in der Bundesrepublik. 1971 in München gegründet, bildet sie nach wie vor ein Sammelbecken, in dem sich Rechte jeglicher Schattierung wiederfinden. "Letzter Anlaß für ihre Gründung war die sich steigernde Kapitulationspolitik der roten Regierung gegenüber dem Osten, insbesondere die Verträge von Moskau und Warschau ... " (Deutscher Anzeiger Feb. 1971) Daran waren unter anderen beteiligt:

Erwin Arlt, Vorsitzender der neofaschistischen "Aktion Oder-Neiße" (AKON);

Emmerich Giel, Verlagsleiter der "Deutsche Nationalzeitung" (DNZ) und CSU-Vertriebenenfunktionär;

Walter Brandner, ehemaliger NPD-Abgeordneter;

Kurt Poschardt, Bezirksvorsitzender Oberbayern der Bayernpartei;

Wilhelm Pleyer, ehemaliger Nazi-Schriftsteller und

Dr. Gerhard Frey, Herausgeber und Chefredakteur der DNZ, der sich als Initiator der DVU zu ihrem Vorsitzenden küren ließ.

In ihrem Aktionsprogramm macht die DVU klar, worum es ihr geht:

- im Gegensatz zu den meisten anderen rechtsextremen Gruppen tritt die DVU angesichts der "drohenden Versklavung durch den Bolschewismus" für eine Stärkung der Nato ein.
- Mit Äußerungen wie "Die ungleichen Verzichts- und Unterwerfungsverträge mit dem Sowjetkolonialismus beugen Verfassung, Völkerrecht und Menschenrechte und sind darum von Anfang an null und nichtig." und "weil unsere Bevölkerung nicht auf dem Raum der Bundesrepublik leben kann, plädiert die DVU indirekt für die Wiedererrichtung des "Großdeutschen Reichs".
- "Die ausländische Bevölkerung ist auf einen angemessenen Prozentsatz zu begrenzen ... Kriminelle, Kommunisten und Anarchisten sind abzuschieben."
- Auch "antikapitalistisch" gibt sich die DVU zuweilen: als "größter Monopolkapitalist" müsse der DGB enteignet werden und "sein Vermögen an jene Schichten unseres Volkes ausgeschüttet werden, die heute noch über kein Eigentum an Grund und Boden und an Wirtschaftsunternehmen verfügen."

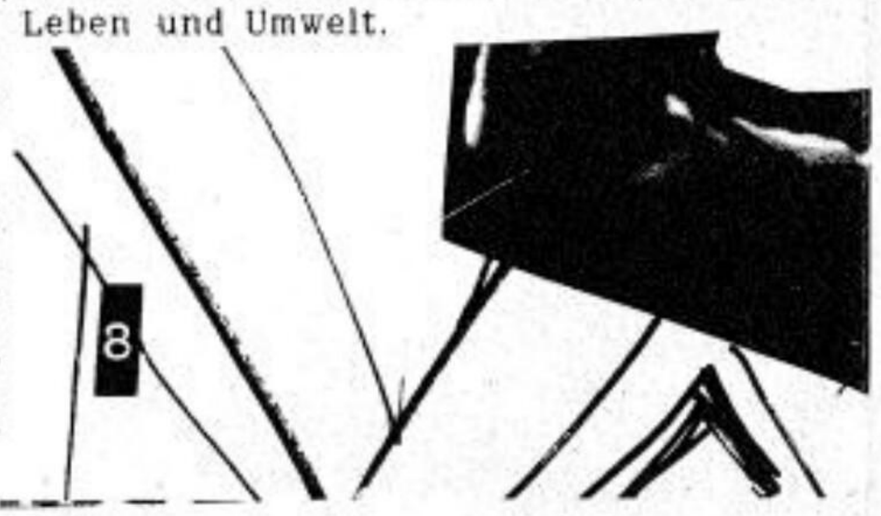
Desweiteren geht es der DVU um die "Entpolitisierung" der Schulen, Hochschulen und Medien; stattdessen brauche "unsere Jugend ... positive Ideale".

Der anscheinend wichtigste Punkt des Aktionsprogramms, die Propaganda gegen die "Hetze der antideutschen Kräfte gegen den deutschen Soldaten", steht in Freys Öffentlichkeitsarbeit im Vordergrund. Auf öffentlichen Veranstaltungen, sowie in seinen Publikationen gibt es ein Hauptthema: Das Leugnen von Kriegs- und Naziverbrechen. Dabei werden Mörder zu Opfern und Kriegsverbrecher wie der Nazi Hans-Ulrich Rudel zum "Vorbild für die Jugend Europas".

Publizistisch besitzt Frey eine Art Monopol in der rechten Szene. Mit einer Auflage von mittlerweile über 100.000 ist die DNZ die viertgrößte Wochenzeitung in der BRD und erreicht damit auch weite Kreise des bürgerlichen Lagers. Außerdem gibt Frey den DA (Organ der DVU) und die "Deutsche Wochenzeitung" (DWZ) mit einer Auflage von jeweils ca 25.000 heraus. Nebenbei vertreibt er über einen eigenen Verlag zahlreiche Bücher zum Thema.

Ursprünglich als überparteiliche Vereinigung und in Konkurrenz zur NPD gegründet, die den rechten Rand der CDU/CSU stärken half und immer wieder zu ihrer Wahl aufrief, tritt die DVU - jetzt in Zusammenarbeit mit der NPD - bei der Bremer Bürgerschaftswahl 1987 als DVU-Liste D an. Dazu heißt es in einem Brief Freys an die "Verehrten Freiheitlichen": "Nachdem führende Unionspolitiker in immer mehr Buß- und Sühneübungen selbst Brandt und Heinemann noch weit übertreffen und die vielbeschworene Wende in deutschen Lebensfragen ausgeblieben ist, beuge ich mich mit der Gründung der DEUTSCHEN VOLKS-LISTE (ehemaliger Name der DVU-Liste D; d. V.) dem immer zwingenderen Ruf des nationalfreiheitlichen Lagers."

Mit dem gemeinsamen Antritt von DVU und NPD wird das Hauptanliegen Freys, die Verknüpfung des rechten Lagers, nahezu perfekt. Der DVU-Chef hatte darin schon in der Vergangenheit große Erfolge. Zunächst waren da die der DVU direkt angeschlossenen Aktionsgemeinschaften: AKON, Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.), Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF), Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA), Ehrenbund Rudel-Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten und der Schutzbund für Leben und Umwelt.



DVU

Außerdem gibt es Kontakte zu den französischen "Neuen Rechten", zur NSDAP/AO, die ihren Sitz in den USA hat und natürlich nach Österreich, Südtirol und Südafrika. Diese Aufzählung erhebt bei weitem keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Im August 1982 veranstaltet die DVU zum ersten mal eine Großkundgebung in der Passauer Nibelungenhalle. Dieser Veranstaltungsort war sicherlich nicht zufällig gewählt, denn erstens liegt Passau im schwärzesten Bayern, wo mit Widerstand eigentlich am wenigsten zu rechnen ist und außerdem ist die Anfahrt für "Volksdeutsche" aus Österreich und Südtirol, die im allgemeinen recht zahlreich vertreten sind, dorthin nicht allzu weit. Diese Veranstaltung, angemeldet hatte sie die AKON, wurde in der "Passauer Neuen Presse" (PNP) vorher drei Tage lang mit Großanzeigen angekündigt. Passauer Antifaschisten/innen wurde damals unter Androhung eines hohen Ordnungsgeldes oder ersatzweise Haft untersagt, u.a. zu behaupten, "daß Frey in den 50er Jahren 2 Jahre lang Volontär bei der PNP gewesen ist." Redner auf dieser Kundgebung waren Frey, Rudel, und Dr. Otto Scrinzi, ehemaliger österreichischer Nationalrat, der auch den neugestifteten "Andreas-Hofer-Preis" des DA verliehen bekam. Trotz der kurzen Mobilisierungszeit von nur zwei Tagen gelang es damals dem "Verein zur Förderung des kulturellen Bewußtseins junger Menschen" 200 Leute zu einer spontanen Gegenkundgebung zu mobilisieren. Als die Fahne der DVU von ihnen entfernt wurde kam es zu Auseinandersetzungen mit der Wiking-Jugend. Ansonsten konnten die Faschisten ihre von der Polizei gut bewachte Veranstaltung ungestört durchführen.

1972 gründete Frey dann den "Freiheitlichen Rat", dessen Vorsitz er gleich übernahm. Mitglieder sind darin unter anderem: DVU, Deutscher Block (DB), Jugendbund Adler, AKON, Stahlhelm-Kampfbund für Europa, Wiking-Jugend, Gemeinschaft Ostdeutscher Grundeigentümer (GOG), Notverwaltung des deutschen Ostens (NDO). Über die Wiking-Jugend gibt es Querverbindungen zu terroristischen Kreisen, wie z.B. der inzwischen verbotenen ANS/NA (stellt heute die Mehrheit in der FAP) oder den verschiedenen Wehrsportgruppen.

Ins Ausland hat Frey gute Verbindungen über die WACL (World Anti-Communist League). Zu Mitgliedern und Teilnehmern an Kongressen der WACL gehören z.B.:

der MSI-Chef Almirante (Italien),

Delegierte der britischen "National Front",

des faschistischen "Vlaamse Militante Ordre" (VMO; Belgien),

Vertreter der MUN-Sekte,

Adolfo Calero (CIA-Agent und seit 1983 Chef der FDN, der größten Contra-Bande in Nicaragua),

Major Robert D'Aubuisson (Chef der Todesschwadronen in El Salvador),

CDU-MdEP Schall,

CSU-MdB Hans Graf Huyn,

CDU-MdB Berger,

und selbstverständlich Gerhard Frey.

1983 wird dem Oberbürgermeister der Stadt Passau ein von über 200 Personen unterzeichneter Protestbrief übergeben, der die Stadt dazu auffordert, der DVU keine Räume mehr zur Verfügung zu stellen. Die DVU erwirkt die Freigabe der Nibelungenhalle per Gerichtsbeschluß. Die Passauer Neue Presse gibt daraufhin die Parole aus: "Die Grünen drohen der Stadt mit Krawallen". Nichtsdestotrotz folgen wiederum ca. 300 Personen dem Demo-Aufruf des bereits oben erwähnten Vereins und der Grünen.

Im Jahr 1984 verbreitert sich der Widerstand gegen die DVU spürbar. Im Passauer Stadtrat wird mit den Stimmen von CSU, SPD und Grünen ein Antrag verabschiedet, der besagt, daß "das Gedankengut dieser Vereinigung als einer rechtsextremen Organisation ... im Widerspruch zur demokratischen Grundauffassung der im Stadtrat von Passau vertretenen Parteien steht." Zur Demonstration am 4. August rufen auch verschiedene Gewerkschaften und die SPD auf. Ein "Aktionskomitee - Gemeinsam gegen Rechts" organisiert die Demo, zu der über 800 Menschen kommen.

1985 und 1986 konnten jeweils ca. 1000 Menschen zu den Protesdemonstrationen mobilisiert werden.

1987 reicht das Spektrum der Unterstützer eines gemeinsamen (!) Aufrufs von Jusos, Teilen der Gewerkschaft, Grünen, VVN, DKP und Volksfront bis zu Autonomen und Anarchisten/innen. Auch Gruppen wie der "Stammtisch 1860 Fanclub Passau" u.a. unterstützen den Aufruf. Zusätzlich konnten sich die alle Beteiligten auch auf ein einheitliches Vorgehen einigen, d.h. faschistische Provokationen am Rande bzw. bei der Demo werden nicht hingenommen und es soll versucht werden, nicht nur symbolisch gegen den Faschistenauflauf zu protestieren, sondern nach Möglichkeit (massiv) zu stören. Sicher ist es auch möglich, wie letztes Jahr, bei halbwegs normaler Kleidung ungehindert den Saal zu betreten. Von Einzelaktionen ist allerdings abzuraten!

Kein Fußbreit für alte und neue Nazis!

Keine Kundgebung der faschistischen DVU in Passau!

DEMONSTRATION AM SAMSTAG, 15.8.87, 11.00 UHR IN DER FUßGÄNGERZONE IN PASSAU.

PRESSEMELDUNG

Die Prozession der Päpstin Johanna ist vom Anarchistischen Plenum Köln initiiert worden, um dem hierarchischen Machtkoloß, den die kath. Kirche darstellt, eine humane Alternative zu bieten.

Heute, am 30.4.1987, findet eine Prozession der Päpstin Johanna statt. Die Prozession startet am Rudolfplatz und geht über den Neumarkt und die Fußgängerzone zum Roncalliplatz.

Eine Päpstin Johanna ist der kath. Kirche nicht unbekannt, da es tatsächlich einmal eine Päpstin gegeben hat.

Gerade heute, wenn der ketzerische Blocksberg ruft und die Walpurgisnacht anbricht, will die Päpstin an die grausamen Hexenverfolgungen erinnern, denn noch heute ist der Frau in der kath. Kirche in Platz an den Füßen des Mannes zugewiesen.

Die Päpstin Johanna ist schwanger, und zwar aus eigener Entscheidung und dies außerehelich! Abtreibung ist für sie eine Entscheidung der Frau und nicht die eines patriarchalischen Gebildes, wie Staat und Kirche. Abtreibung als Mord zu definieren, wie es Woityla in überbevölkerten Ländern bei gottesfürchtigen Menschen zu tun pflegt, ist aus dem Mund eines Kirchenfürsten wohl mit Vorsicht zu genießen, der eine Institution repräsentiert, die seit ihrer Entstehung, um 400, Menschen ermorden ließ (z.B. Hexen, Kreuzzüge etc.).

"Selbstverständlich", sagt der Papst. (Trotz mehrheitlicher Beteiligung an einer Firma, die die Anti-Baby-Pille herstellt (Luteolas).)

Und wer keinen Trauschein hat, der darf sowieso nicht. Fleischliche Lust hat geistiger Onanie Platz zu machen, und wer sich nicht daran hält wird zwangsverheiratet.

Wenn die Päpstin ihren Anlaß zur Prozession in der Walpugisnacht findet, was will dann der Papst hier?

Wenn nicht die Abtreibung, dann doch die Verhütung. Oder ist die Empfängnisverhütung auch ein Mord im kirchlichen Glauben "Seid fruchtbar und mehret euch".

Was kann Papst J.P. II nach Köln treiben?

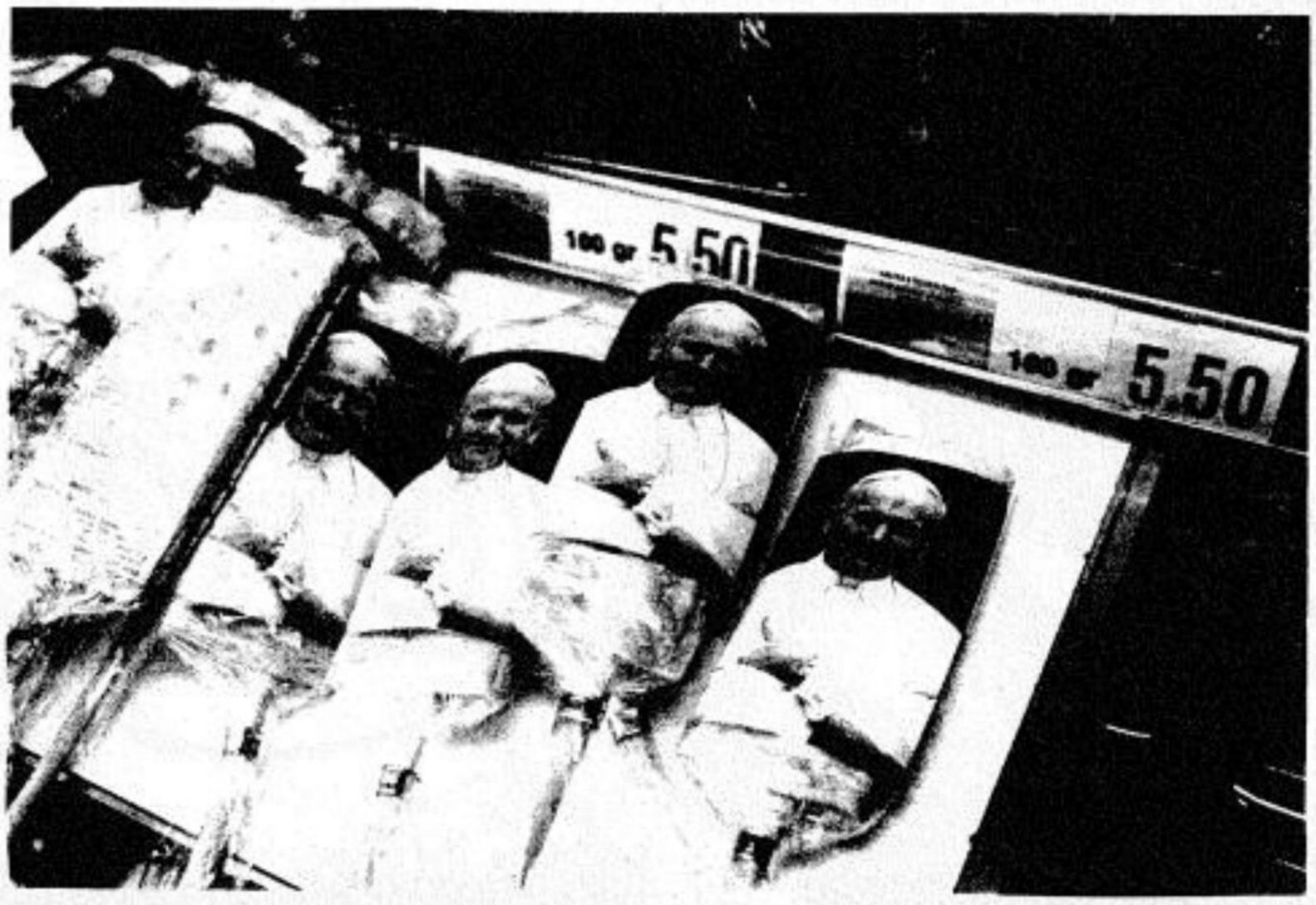
Will er die Opfer der Inquisition -die Hexen- verhöhnen, oder willer gar die Fossilien der Arbeiterbewegung segnen, die sich Jahr für Jahr am 1. Mai durch die Straßen schleppen und im verworrenen Netz von Staat und Gewerkschaft um Reformen betteln. Solch eine Provokation würde vielleicht die Arbeiterbewegung empören, so daß sie Ihr Selbstverständnis nicht in einer staatlich orientierten Gewerkschaft sucht. Können dies die Gründe des Papstbesuches sein? Nein. Unser Papst will nur präsent sein und heilig sprechen. Dem Volk zur Verfügung stehen, abgeschirmt durch ein gigantisches Sicherheitsaufgebot, das sich die Stadt Köln gern etwas kosten läßt. Schon immer haben es Staats- und Regierungsoberhäupter gern gesehen, wenn der Stellvertreter Petrus sie und ihr Volk besuchen kommt. Den Regierungen hat es nie geschadet und dem Volk nie genützt.

Die Unfehlbarkeit des Papstes kann in weltlichen Dingen durchaus politische Brisanz haben.

Beispiel Lateinamerika: Hier sind 400 Millionen Menschen in der kath. Kirche. Lateinamerika, als Stützpfeiler des nordamerikanischen Kapitals, brauch mit seine Marionettenregierungen geistliche Unterstützung zur Unterdrückung des Volkes. So wundert es nicht, daß der Papst bereits sechsmal in Mittelamerika gewesen ist und dort, mit Seitenblick auf nicaraguanische Umtriebe, den Armen predigte, sie sollen nicht ihre Herzen an eine illusorische irdische Befreiung hängen.

Unser Protest gegen die Kirche richtet sich nicht gegen den Glauben, sondern gegen die Kirche als wirtschaftliche und politische Institution, die den Glauben als Rechtfertigung zur Durchsetzung ihrer Machtinteressen einsetzt.

Wieso die starke Diskrepanz zwischen Glaube und Kirche?



1789 Französische Revolution, der Klerus dankt ab. Fürs erste. In unserer heutigen Zeit zeigt sich die Kirche wieder als Institution, die mit dem Staat mithalten kann.

So bekam 1935 Mussolini seine Waffen aus einer vatikaneigenen Munitionsfabrik. Geschäfte zwischen Mafia und Vatikan sind keine Seltenheit. So wurden Mafiosi Bankiers in kirchlichen Banken. Zur Zeit läuft auch in Italien ein Ermittlungsverfahren gegen einen für die Banken verantwortlichen Erzbischof wegen Steuerhinterziehung. Er hat sich in den Vatikan geflüchtet.

Anfang war sie eine gewaltfreie Kommune. Es wurden alternative Lebensformen versucht. Menschen wollten im Glauben vereint zusammenleben. Dieser Glaube sollte durch Rede und Tat transportiert werden. Nach der Kreuzigung eines jungen Mannes verbreitete sich der christliche Glaube langsam im römischen Imperium. Je größer die Christengemeinde wurde, desto stärker und brutaler wurde sie verfolgt. 95 n.Chr. entstanden die ersten Katakomben. Die Kirche war im Untergrund. 100 n.Chr. glaubten einige Bischöfe ihre Unabsetzbarkeit schriftlich fixieren zu müssen. Eine Glaubensgemeinschaft entwickelte sich zur Institution. Als sich dann Germanien christianisierte, wurde im Jahre 311 der Christengott neben anderen Göttern im weströmischen Reich anerkannt. Köln hielt bis 313 seine heidnische Stellung. Nun war es soweit. 325 erhebt der Römer Constantin das Christentum zur Reichsreligion. Daraus folgte die systematische Zerstörung aller heidnischen Tempel. Die ganze andersgläubige Kultur wurde vernichtet. Die Kirche drehte den Spieß der Religionsverfolgung radikal um.

Der politische Einfluß ließ nicht auf sich warten. Papst Leo I. (440-461) bekam die Gesetzeskraft seiner Beschlüsse durch den Kaiser anerkannt.

Von nun an blieben Staat und Kirche Seite an Seite im Kampf gegen die Befreiung. Eine blutige Spur zieht sich durch die Geschichte. Von den Kreuzzügen über die Hexenverfolgung bis zum gottgegebenen Absolutismus war der Klerus immer für eine machtkonzentrierte Ordnung, von der nur wenige profitieren konnten. Diese Ordnung blieb solange aufrecht, wie die Gottesfurcht vorherrschte.

So wurde denn auch der Klerus im Zeitalter der Aufklärung von seinem Thron geschmissen. Kirchliche Philosophie wurde hinterfragt, die scheinbar gottgegebene Staatsordnung geriet ins Wanken.

Die Entwicklung der Kirche ist für Anarchisten ein Musterbeispiel für eine politische Institution. Der Ablauf, von der bescheidenen Gemeinde bis hin zur brutalen Vormachtstellung, gleicht dem geschichtlichen Ablauf jeder Partei, die die Möglichkeit zur macht bekommen hat.

Wie bei der Kirche standen auch bei den Parteien am Anfang der Gedanke an ein humanes Zusammenleben unter den Völkern im Vordergrund.

Entweder atheistisch oder religiös? Durch die Verbreitung dieser Ideologie wird bei einer Partei die Institutionalisierung der Theorie gerechtfertigt.

Wird der Einfluß größer, steigt die Macht der Institution bis zur vorgetäuschten Unentbehrlichkeit, bzw. Unfehlbarkeit!

ANARCHISTISCHES PLENUM KÖLN

c/o Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197, 5000 Köln 41

Schwere Krawalle in Freiburg

Die unzähligen Razzien gegen Punks und Berber, die Räumungen besetzter Häuser, zuletzt die Bullenüberfälle in der Willi 36, Fabrik und Wagenburg sind nur Auslöser der Junikrawalle in Freiburg.
Die krampfhafte Suche nach Motiven soll verdecken, daß Böhme, Rechtsanwalt de Witt, der Grüne Heller und Konsorten längst Nothelfers "Chaoten"-Hetze zu ihrer eigenen Sache gemacht und das politische Klima in den letzten Wochen aufgeheizt haben.

Die BZ lügt, ein Privatwagen sei in eine Baugrube geworfen worden. Das einzige Privatauto, das in eine Baugrube fiel, war der BMW des Wachmanns einer Baustelle.
Angegriffen wurden für jeden sichtbar Einrichtungen des Steates (Amt für Statistik, Bullen und ihre Autos usw) und der Wirtschaft (IHK, Interrent, Shell usw) sowie die Baustellen und Baufahrzeugs.

Sie geben vor, die Bürger zu schützen - und meinen in Wirklichkeit ihre eigene Sicherheit, Menschen auszubeuten und damit ihren Profit zu machen.

Sie reden hilflos von "generalstabsmäßiger Vorbereitung", weil diesmal die Bullen auf den Sack bekommen haben.

All diese Lügen dienen auch dazu, die Zerstörung von Wohnraum für wieder 50 Leute (Willi 36, Wagenburg, Schlossbergring) zu rechtfertigen.

Wir wissen wie wichtig Feuerwehr in einer Stadt wie Freiburg ist. Wenn einzelne Feuerwehrleute aber mit den Bullen Hand in Hand arbeiten,(sie haben wie die Bullen Steine geschmissen und mindestens vier Leute verletzt, haben ihre Feuerspritzen zum Wasserwerfer umfunktioniert) werden sie wie die Bullen angegangen.

Im Grün und im Sedanviertel ist Sanierung kaum merklich, aber brutal im Gange. Viele Mieter sind schon vertrieben, die Bauzäune, die Samstagnacht zu Barrikaden wurden, schützen geplante Wohnungen für Reiche, Boutiquen, Arzt- und Anwaltspraxen. Herrliche Zeiten für die Reichen, Freiburg: ein Tummelplatz für gestresste Manager, überanstrengte Professoren und die zugehörigen Einrichtungen der vergnügungs- und Touristikindustrie des "gehobenen Bedarfs", eingepaßt in dieses Konzept auch ein wenig alternative Kultur, solang sie brav und artig bleibt.

Sanierung im Grün ist Teil der an den Interessen des Kapitals orientierten Umstrukturierung Freiburgs insgesamt!
Böhme und Späth wollen aus Freiburg High-Tech-City (Freiburg 2000) machen - Cray II, Verkabelung, die Volkszählung, neuer Personalausweis sind Voraussetzungen dazu.
Mit der Einführung von Hochtechnologien versucht das Kapital seine Krise in den Griff zu bekommen. Die Ablösung der herkömmlichen Produktionsweise durch computergesteuerte Arbeitsvorgänge soll eine neue Stufe des Kapitalismus - und damit eine neue, noch unmenschlichere Ausbeutung einleiten.

Das maß ist voll!! Während die Bonzen ihre Großprojekte wie Turenne, IHK und KTS planen und Schritt für Schritt durchsetzen, werden wir immer mehr zu immer schlechter bezahlten Jobs gezwungen, um die Kohle für steigende Mieten, fürs Fressen usw. aufzubringen.

Sie sagen, die "Randalierer" seien "menschenverachtend und brutal". Menschenverachtend und brutal ist dieses System:
- der Zwang, sich für Arbeit, für Kohle, für die Bonzen kaputzumachen
- die Schikanen auf dem Sozial- und Arbeitsamt
- die zuhnehmende Versklavung und Auspressung der Menschen in der "3. Welt"
- alltäglicher Rassismus und Sexismus
-Milliardenausgaben für Kriegsrüstung
- Hinrichtung der natürlichen Umwelt

Dazu brauchen sie auch eine neue Stufe gesellschaftlicher Unterwerfung. Computerisierung und neue Informationssysteme sind der stärkste Ausdruck dieses technologischen Angriffs. Der Alltag der Menschen verdichtet sich dabei immer mehr zum vorprogrammierten 24-Stundentag. Dies drückt sich auch in der immer tieferen Zerstörung der Städte aus.

Wir wollen uns treffen können - überall - auf der Straße, in den Hinterhöfen.

Wir lassen uns nicht befriedet in die 90er-Jahre schicken!!

DER KAMPF GEHT WEITER!!!

PRESSELÜGEN

Die Hetze geht beim ersten Bild auf der ersten Seite los! laut BZ "versuchen vermummte Gewalttäter ein Privatauto umzuwerfen". Schaut man genauer hin, so sieht man, daß Leute auf beiden Seiten des Autos zupacken. Offensichtlich sollte das Auto nur (vielleicht vom Feuer) weggestellt werden.
dies ist nur ein Beispiel,wie den Leuten mit Lügen und Verfälschungen eingetrichtert werden soll, daß die Angriffe sich gegen die Bevölkerung richten.

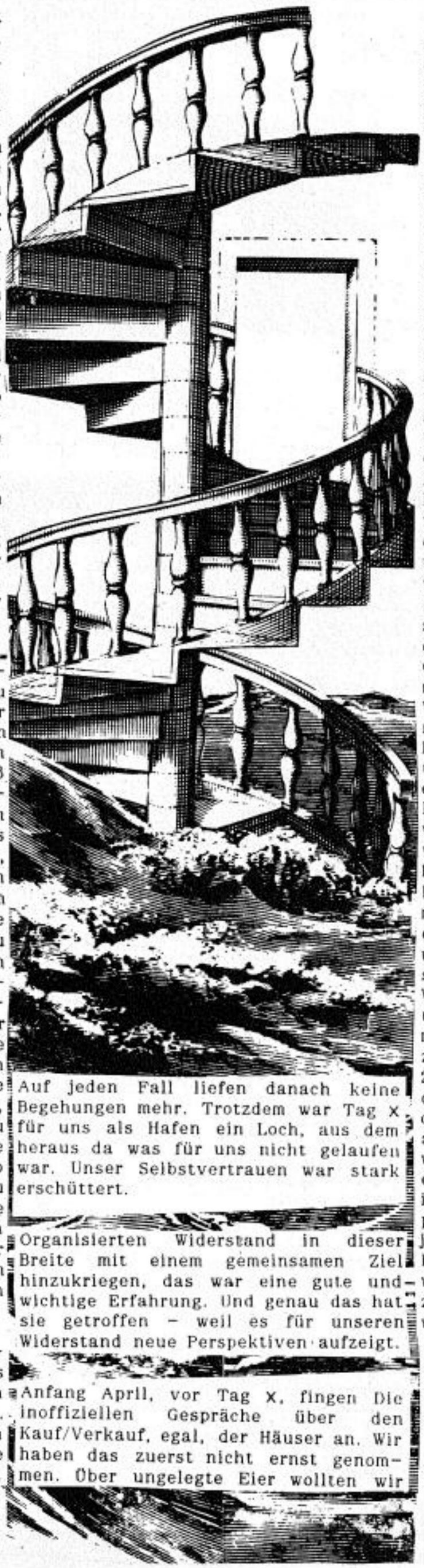
NICHT DIE, DIE SICH DAGEGEN WEHREN, SONDERN DAS SYSTEM IST MENSCHENVERACHTEND!!
Brutal sind ihre Bullen, die in Tuttlingen einen Arbeiter wegen Ruhestörung "fahrlässig" töten, ihre Richter, Staatsanwälte, die jeder kennt, der anfängt , sich gegen die Scheisse zu wehren.

HAFENSTRAßE

Seit November letzten Jahres ist der Gedanke der Wiederbesetzung in unseren Köpfen. Nachdem ein Bullenein-satz den anderen jagte und wir an den Häusern keinen Stich mehr sahen und vor der Frage standen: Wie weiter? kamen wir darauf, daß wir es in der Situation nicht schaffen uns Die Wohnungen wiederzunehmen und gegen den nächsten Bullenangriff zu halten. Was da für uns angesagt war, war der Kampf überhaupt in der Hafenstr. leben zu wollen und zu können, mit dem Frust, daß Die Bullen alle drei Wochen deine Wohnung unbewohnbar räumen und hier durch jeden Winkel latschen. Damals war es für uns total gut und wichtig Die ganzen Menschen mitzukriegen, Die sich mit uns solidarisierten. Die Demo am 20.12. war ein erster Durchbruch - auf der Straße konnten wir zusammen mit vielen anderen das erste Mal wieder Die Situation für uns bestimmen. Danach liefen keine Räumungen mehr, Begehungen trotzdem alle drei Wochen (Begehung heißt ständige Wiederräumung der Wohnungen, von denen sie glaubten, daß sie ihnen gehören, raußreißen der Stahltüren, Zerstörung der elektrischen und sanitären Einrichtungen).

Wir diskutierten Die Frage der Wiederbesetzung erneut und kamen zu dem Entschluß, daß wir noch stärker werden müssen - stärker werden müssen dafür, uns unsere Wohnungen zurückzunehmen und klarzustellen, daß Die Häuser uns gehören. Um uns vorstellen zu können, den Kampf an den Häusern zu führen und auch für uns entscheiden zu können merkten wir, daß wir noch ganz viel mit anderen Menschen entwickeln müssen, um überhaupt einen Boden für so eine harte Konfrontation unter Die Füße zu kriegen. Daraus entstand Die Idee zum Tag X. Mit dem Tag X unsere Forderung (Verträge, Strom etc.) durchzusetzen. Einerseits war für uns sehr wichtig mit vielen Leuten was auf Die Reihe zu kriegen, andererseits hatten wir als Hafenstr. das Bedürfnis eine gemeinsame Aktion mit dem Ziel, durchzusetzen hier zu bleiben, zu machen. Das war für uns das erste Mal, daß wir versucht haben außerhalb der Häuser zusammen eine Aktion zu machen, Die sie wirklich angreift. Die Auseinandersetzung daran war ziemlich intensiv und wichtig für uns. Wir hatten unsere Ansprüche ziemlich hochgeschraubt und sind dann auch promt darüber gestolpert.

Unsere lang vorbereitete und gemeinsam geplante Aktion ist geplatzt. Was uns noch heute beschäftigt. Wir haben den Tag X dann doch schon am 23. April gemacht. An diesem Tag liefen viele verschiedene Aktionen und ohne daß Die Bullen eingreifen konnten.



Auf jeden Fall liefen danach keine Begehungen mehr. Trotzdem war Tag X für uns als Hafen ein Loch, aus dem heraus da was für uns nicht gelaufen war. Unser Selbstvertrauen war stark erschüttert.

Organisierten Widerstand in dieser Breite mit einem gemeinsamen Ziel hinzukriegen, das war eine gute und wichtige Erfahrung. Und genau das hat sie getroffen - weil es für unseren Widerstand neue Perspektiven aufzeigt.

Anfang April, vor Tag X, fingen Die inoffiziellen Gespräche über den Kauf/Verkauf, egal, der Häuser an. Wir haben das zuerst nicht ernst genommen. Über ungelegte Eier wollten wir nicht reden. Nach dem Tag X nahm dann Die Kaufgeschichte konkretere Formen an. Während sie sich in der Öffentlichkeit noch aufplusterten und drohten doch-schon-endlich-mal-wieder-jetzt-aber-wirklich zu räumen. Die Drohung war Spruch. Tatsächlich tobten sie sich an einzelnen Genossen aus. Andreas, der wegen der Demo am 20.12. angeklagt war, wurde zu 22 Monaten Knast verurteilt.

Im Zusammenhang mit der Tag X Aktion inszenierten sie eine öffentliche Menschenjagd gegen uns. Ansonsten haben wir uns in dieser Zeit mit uns beschäftigt, versucht, über unsere subjektive Niederlage mit Tag X hinwegzukommen, mussten vieles neu bestimmen und erstmal verstehen was uns da überhaupt passiert war. Um dann wieder einen Punkt finden zu können, von dem aus wir alle sagen können, daß wir weiter darum kämpfen wollen hierzubleiben. Die Auseinandersetzung mit dem Kauf haben wir uns erstmal geschenkt. Einmal weil weil keiner so richtig dran glaubte und weil wir nicht Die Perspektive sahen uns Die Häuser von uns aus zu erkämpfen. Wir gaben Reemtsma unser OK zu den Verhandlungen. Gleichzeitig machten wir uns zwar Gedanken zur Wiederbesetzung, das kam aber erst richtig in Gang - also wurde zur Frage für alle - als hier ein Gerücht über einen bevorstehenden Räumungseinsatz ankam, als wir zusammen loslegten, um uns und Die Häuser darauf vorzubereiten. Es ist einfach so, daß wir uns das Vertrauen in Die eigene Kraft, eine Vorstellung davon, wie wir Die Situation wieder für uns bestimmen können, erst wieder zusammen erkämpfen müssen. Und das läuft für uns jetzt genau an der Auseinandersetzung und Vorbereitung auf Die Wiederbesetzung. Das ist gleichzeitig unsere einzige Chance von einem Räumungseinsatz nicht völlig überrascht zu werden. Es sieht jetzt so aus: Von 27 Räumungsklagen haben sie 24 durch. Nach neuestem Stand wollen sie den Block 126 & 16 auf jeden Fall abreissen. Beides heißt für uns, daß wir beim nächsten Bulleneinsatz nur eine Möglichkeit haben: Den Hafen insgesamt zu verteidigen. Wie das praktisch laufen kann, da sind wir jetzt unter uns und mit anderen in Hamburg an Entwickeln. Klar ist, daß wir den Hafen nicht alleine durchsetzen können/wollen. Darum ist es wichtig, daß jede/r sich schon ein Kopf darum macht. Die Zeit drängt.

Ihr werdet bald mehr von uns hören.

(Aus einem Flugblatt der Hafenstr.)

Hafenstraße

Am Sonntag, den 19.7.87 läuft die öffentliche Wiederbesetzung unserer geräumten Wohnungen.

Dieser Tag ist der Tag des Einmarsches der Sandinisten in Managua vor 8 Jahren. Für uns ein gutes Zeichen.

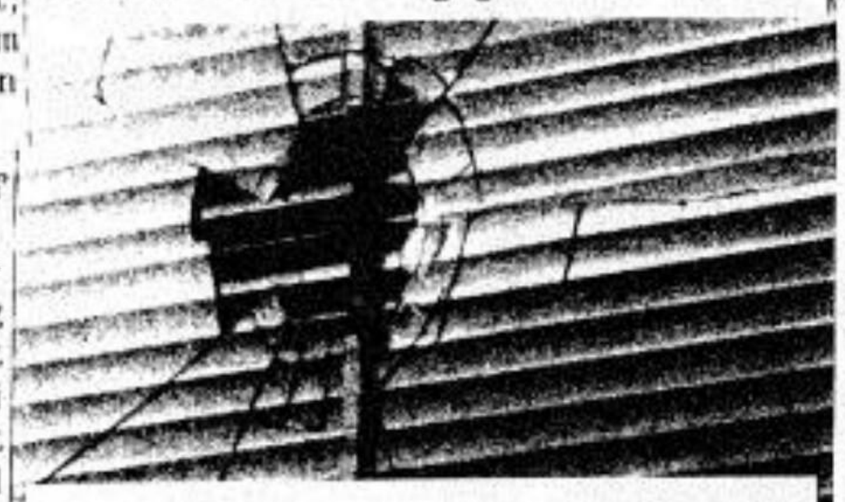
Wir sind mit unseren Arbeiten und dem Diskussionsprozeß jetzt soweit, daß die Bullen uns auch mit einem Großeinsatz nicht einfach überrennen können.

Warum die öffentliche Wiederbesetzung?

Dazu müssen wir etwas weiter ausholen. Unser Kampf um Selbstbestimmung hier in der Hafenstraße ist dem Senat schon immer ein Dorn im Auge. Im Juli 86, vor einem Jahr, begann der Senat seinen dritten oder vierten, diesmal sehr langfristig angelegten Vernichtungsfeldzug gegen uns. Wir haben es aber geschafft, ihnen ein weiteres Jahr Leben in der Hafenstraße abzutrotzen, wohl unser bisher längstes und auch härtestes Jahr. Am 23. Juli hackten HEW-Arbeiter in einer Überraschungsaktion die Gehsteige auf und klauten den Strom der 6er-Häuser. Ab da ging's Schlag auf Schlag. Im August dann die ersten Wohnungsräumungen. Die Strategie der harten Einsätze ging erst richtig los. Pawelczyk versuchte uns mit Hilfe seiner Soldateska zur Aufgabe unseres Lebensanspruches in der Hafenstraße zu zwingen. Die Einsätze, bis Januar etwa 25-30, liefen jeweils nach dem selben Schema ab: Übermacht von 500-800 Bullen, sie klauten alles Baumaterial, - klauten ständig unsere Haustüren um die Häuser immer offen zu halten, - scheinbar sinnlose Zerstörungsorgien in allen unseren Wohnungen, - mit faschistischer Heimtücke zerstörten sie alles, was Leben ausdrückt, wie Topfpflanzen, persönliche Bilder, Musikinstrumente etc. - sie zertraten einen Wurf junger Katzen, einer anderen Katze zertraten sie Ober- und Unterkiefer, - an die Fenster der jeweils geräumten/begangenen Wohnungen schmierten sie weiße Kreuze (dieselben weißen Kreuze, die die faschistischen SS-Besatzungstruppen an die Fenster ermordeter Widerstandskämpfer malten), - sie sprühten CS-Gas in Betten und Lebensmittel.

Das sind keine Einzelfälle oder Ausrutscher einzelner Bullen, sondern bewußtes und geplantes Vorgehen des Hamburger Senats. Dies blieb auf uns nicht ohne Wirkung. Endzeitstimmung, Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit machten sich breit. Konkreter Ausdruck war der stark ansteigende Drogenkonsum bis hin zum Heroin. Harald starb am 17.2.87. Heroin wurde neben den Bulleneinsätzen zum Thema in der Hafenstraße. In der Diskussion wurde klar, daß nur die Perspektive des Erhalts der Hafenstraße, unsere Lebensgrundlage, der Ausweg aus unseren Problemen sein kann. Daß wir uns diese Perspektive aber erst erkämpfen müssen, gegen Bullen, gegen Drogen.

Ein entscheidendes Datum in dieser Phase war die Demonstration vom 20.12. Die Demo hat uns gezeigt, daß viele Leute auf unserer Seite sind. Wir haben insbesondere am Verlauf dieser Demo gemerkt, daß viele Leute bereit sind, uns in dem Kampf gegen Bullen und Senat zu unterstützen. Es war die sehr starke Erfahrung, das Werk jedes/r Einzelnen auf der Demo, was uns den Mut und die Perspektive weiterzumachen zurückgegeben hat.



Nach der Demo, die 'Begehungen' der Bullen alle 3 Wochen gingen weiter, diskutierten wir die Wiederbesetzung. Eine symbolische Wiederbesetzung, ein Tag drin - den nächsten draußen, kam für uns nicht in Frage. Sie würde nichts verändern. Wir suchten nach Möglichkeiten, die politische Situation, das Kräfteverhältnis so zu verändern, daß bei einer Wiederbesetzung die Möglichkeit besteht, drin zu bleiben. Mit Schülergruppen, Nachbarn, dem Initiativkreis, Bis, autonomen und antiimperialistischen Gruppen, Stadtteil-Inis, organisierten wir als Schritt zur Wiederbesetzung den Tag X.

Mit dem Tag X und dem Verhandlungsangebot von Reemtsma hörten die Begehungen auf. Seit dem Tag wohnen wir in den einst geräumten Wohnungen, ohne nach 3 Wochen wieder rauszufliegen. Die Wiederbesetzung konnte konkret und praktisch vorbereitet werden. Diese Vorbereitungen sind jetzt abgeschlossen. Einen Räumungsversuch werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern versuchen. Mit der Wiederbesetzung und der sich darauf beziehenden Solidarität wollen wir den Senat dazu zwingen, endlich - öffentlich und verbindlich - seine Räumungs- und Abrißlinie, den Terror des letzten Jahres aufzugeben.

An die Hamburger Öffentlichkeit

Sonntag, den 19.7. haben wir die Wohnungen in der Hafen-/B. Nochtstr. wiederbesetzt, die uns letztes Jahr auf Anweisung von Dohnany geräumt wurden.

Wir wollen an dieser Stelle nicht noch einmal den ganzen staatlichen Terror, der gegen uns gelaufen ist, auflisten.

Die Wiederbesetzung war deswegen ein Erfolg, weil der Senat in dieser Situation, in der sich viele Menschen mit uns und unserer Wiederbesetzung solidarisiert haben, es sich nicht leisten kann, sofort räumen zu lassen. Das liegt einerseits daran, daß wir in der Lage sind, es den Bullen schwer zu machen, zu den Häusern zu kommen und erst recht, sie militärisch zu stürmen. Andererseits verliert der Senat endgültig sein Gesicht, wenn er die angeblich angestrebte "friedliche" Lösung durch einen massiven Bulleneinsatz verhindert.

Nach der Krisensitzung des Senats am Dienstag, die wir mit der Wiederbesetzung erzwungen haben, hat der 1. Bürgermeister von uns gefordert, daß wir unverzüglich direkte Verhandlungen mit ihm beginnen. Direkte und ernsthafte Verhandlungen, die zu einer Lösung führen, waren und sind genau unser Anliegen. Wir haben deshalb sofort versucht, Dohnany zu erreichen, um für Donnerstag ein direktes Gespräch zu vereinbaren. In diesem Gespräch wollten wir noch einmal klarstellen, daß wir bereit sind, sofort zu verhandeln, sobald die Grundvoraussetzungen für Verhandlungen

- Kein Abriß, Vertragsgegenstand sind alle Häuser
- Rückgabe aller Räumungstitel
- Stromanschluß für alle Häuser

erfüllt sind.

Denn mit der Pistole am Kopf, die Verhandlungen ihrerseits jederzeit für gescheitert erklären zu können und uns dann sofort zu räumen, können keine Verhandlungen geführt werden.

Als wir am Mittwoch dem Bürgermeister unseren Standpunkt darlegen wollten, mußten wir feststellen, daß er sich bereits wieder im Urlaub befindet.

Dieses Verhalten zeigt, daß seine Worte von der schnellen Verhandlungslösung pure Verarschung sind, ebenso wie seine Aussage, daß er seit 1 1/2 Jahren verhandeln will. Die "Verhandlungsbereitschaft" demonstrierte er ausschließlich durch alle drei Wochen stattfindende Bulleneinsätze.

Er setzt also darauf, alle Räumungstitel in die Hand zu bekommen, um uns so beliebig erpressen zu können.

Aber seine Rechnung wird nicht aufgehen!

Wir werden in den Häusern weiterhin verteidigungsbereit bleiben. Wir fordern ALLE auf, uns durch Aktionen, Transparente, Veranstaltungen, Plakate, ... zu unterstützen. Jede/r einzelne kann etwas tun!

Ausdruck unseres gemeinsamen Kampfes wird die Großdemonstration sein, die wir für den 1. August planen. Die Demo soll um 14 Uhr vom Besenbinderhof (bei der SPD-Zentrale) zur Hafenstraße gehen.

NO PASARAN - PASARAMOS

Hafenstr., den 23.7.87

Unsere Forderungen sind: Rücknahme aller vorhandenen Räumungstitel, Rücknahme der Abrißdrohung gegen die 6er-Häuser, Vertragsgegenstand sind alle Häuser: Hafenstraße 108-126, Bernhard-Nocht-Str. 16-24. Stromanschluß für alle Häuser.

Erst mit der Erfüllung dieser Forderungen sind Verhandlungen über eine Vertragslösung vorstellbar. Alles andere sind Scheinverhandlungen, bestenfalls ein Diktat des Senats mit der Räumungs- und Abrißpistole an unserem Kopf. Will auch der Senat eine Verhandlungslösung, so kann er diese Forderungen problemlos erfüllen.

Zum Ablauf der Wiederbesetzung:

Wir rufen dazu auf, die Besetzung durch massenhafte Anwesenheit zu unterstützen.

Die Häuser werden dicht sein, weil wir mit einem Überrraschungsangriff rechnen. Geöffnet haben die Vokü in der 116, das Info-Cafe in der 126 und evt. das Störtebeker Zentrum. Abends wird es Filmvorführungen auf der Balduintreppe geben.

Was wir uns als Unterstützung vorstellen:

- Aktionen, die uns helfen, unsere Ziele durchzusetzen
- Öffentlichkeit herstellen für die Besetzung und die Forderungen
- Flugblätter, die es im Info-Cafe geben wird, überall zu verteilen
- uns mit Nahrungsmitteln, Kaffee und Kuchen bei der Verpflegung der Leute zu unterstützen
- eigene Freß-Stände aufbauen
- eigene Info- und Bücherstände aufbauen
- uns bei noch anliegenden Arbeiten zu helfen
- Diskussionen führen, die ein genaues Vorgehen im Falle eines Einsatzes ermöglichen
- sich praktisch auf einen Einsatz vorbereiten (z.B. welche Kreuzung hier im Umkreis mach ich wie dicht und mit wem?)

Montag morgen ist ein kritischer Zeitpunkt. Dann sind die ersten 24 Stunden der Besetzung um. Deshalb rufen wir schon für Montag früh dazu auf, daß viele Leute herkommen.

Hafenstraße, den 17.7.87

Im Falle eines Einsatzes mit Leuten von außerhalb der Häuser haben wir bis jetzt folgende Vorstellungen entwickelt:

Falls wir vorher mitkriegen, daß die Bullen räumen, dann sollten die umliegenden Kreuzungen: Landungsbrücken/Helgoländer Allee, Millerntorplatz, Nobistor, Pepermölenbek, Fischmarkt, Kastanienallee, Davidstr. blockiert werden. Ansonsten, wenn die Bullen schon da sind, ist Treffpunkt Hans Albers Platz und Demo vor der Hafenstraße.

SABOT

Hausdurchsuchungen SABOT

Im Zusammenhang mit dem SABOT, Hamburger Info-Sammlung, sind mehrere Hausdurchsuchungen gelaufen, die im Ablauf unterschiedlich, in der Zielsetzung des Staatsapparats einheitlich waren.

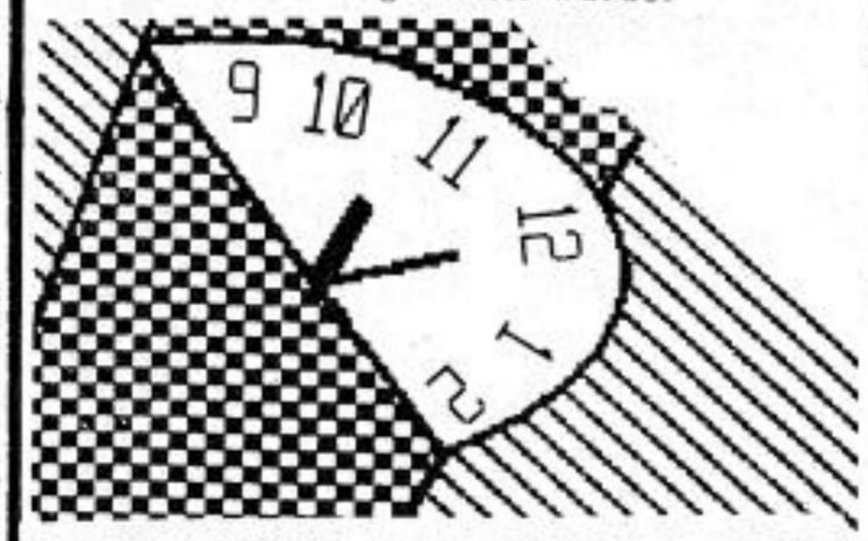
Damit setzt sich der Angriff der Herrschenden auf die Kommunikationsstrukturen des radikalen staatsfeindlichen Widerstands in der BRD auch in Hamburg fort.

Ereignet hat sich folgendes:

Am 10.6.87, morgens um 7.30 Uhr, durchsuchen die Bullen der Staatsschutzabteilung Fd 7 den Frauenbuchladen in der Bismarkstrasse sowie die Privatwohnung einer Frau, die mit dem Buchladen in Zusammenhang steht. Sie haben einen Durchsuchungsbeschluß des für 129a-Verfahren zuständigen Hamburger Oberlandesgerichts dabei. Danach geht es um ein Ermittlungsverfahren gegen 1. "die unbekannten Verfasser, Hersteller und Verbreiter der Druckschrift SABOT Nr. 14., März 87" und 2. gegen eine bestimmte Frau und sonstige Verantwortliche des Frauenbuchladens "wegen des Verdachts nach 129a und anderer Straftaten". Grund der Durchsuchung ist, daß in SABOT Nr. 14, S. 5-9 in "Text- und Bildbeiträgen" für die "terroristische Vereinigung RAF" geworben werden soll. SABOT Nr. 14 enthielt auf S. 5-9 Redebeiträge der Hafenstraße und des antiimperialistischen Plenums zur Mobilisierungsveranstaltung zu Tag X in der Fabrik.

Warum gerade der Frauenbuchladen?

Hintergrund ist, daß dort am 24. 6. eine Veranstaltung zu Frauen im Knast stattfindet, daß eine Frau sich mit politischen Gefangenen schreibt und daß vor kurzem zum Tod von Ulrike ein Fenster gemacht wurde.



Einige Stunden durchsuchten die Bullen dann eine weitere Privatwohnung eines Genossen. Hier brachten sie gleich einen Staatsanwalt mit und krempelten mehrere Stunden lang die ganze Wohnung um. Sie bringen einen Durchsuchungsbeschluß des Amtsgerichts vom 13.5.87 mit. Die Durchsuchung soll zum Auffinden von Unterlagen dienen, die Hinweise auf den Herstellungsort und die "Verantwortlichen" der Druckschrift SABOT enthalten. Der Genosse soll angeblich "Verantwortlicher" des SABOT sein.

Der vorgeschobene Anlaß dieser Durchsuchung ist ein Witz. Der Genosse soll - eben als "Verantwortlicher" des SABOT - dort in Nr. 13 auf S. 12 die wesentlichen Teile einer Anklageschrift veröffentlicht haben. So etwas "darf" man zwar nicht, der entsprechende § 353 des STGB ist aber eine reine Bagatelle. Jener Anklage in SABOT Nr. 13 kam die Ehre der auszugsweisen Veröffentlichung auch nur deshalb zu, weil es eben schon dreist bis amüsant ist, jemanden der gefährlichen Körperverletzung mittels einer Waffe anzuklagen, der angeblich einen Hund auf einen Bullen gehetzt haben soll (wobei daß dem Zivilschwein Erdmann auch nicht schadet).

Das Ziel der Staatsschützer ist natürlich ein anderes: Über den lächerlichen Vorwand soll die Verantwortlichkeit des Genossen fürs SABOT festgeschrieben werden, um dann bei bedarf andere §§ nachzuschieben.

(Die nächsten Seiten sparen wir uns, da in unzähligen Publikationen sehr Ähnliches steht, d.R.)

Zum SABOT: Es hat sich immer stärker zu einer Zeitung entwickelt, in der hamburger Gruppen eigenverantwortlich über ihre Ideen, Erfahrungen und politischen Kämpfe berichten. Die Zeitung will gemeinsame Plattform für unseren Austausch und unsere Auseinandersetzungen sein, eine Möglichkeit, auch dazu beizutragen, die verschiedenen Erfahrungsbereiche zusammenzubringen und eine gemeinsame Analyse und Strategie zu entwickeln.

Das nächste SABOT kommt bestimmt!

Im Blickfeld: AUTONOME ZELLEN

Dieses Interview wurde mit Mitgliedern einer Autonomen Zelle geführt. Diese Gruppe ist seit einigen Jahren aktiv und hat in dieser Zeit verschiedene Sabotageaktionen ausgeführt, z.B. gegen die Natopipeline / gegen US-Militärzüge.

In letzter Zeit gab es von verschiedenen Gruppen Stellungnahmen zur weiteren Entwicklung des revolutionären Prozesses, speziell dessen Organisierung. Wir wollen mit diesem Interview diesen Entwicklungsprozeß vorantreiben.

Wir haben hauptsächlich Fragen zu folgenden Themenkomplexen gestellt:

1. Organisierung

2. Erfahrungen

3. Verhältnis zu verschiedenen Bewegungen

4. Weitere Perspektiven / Ausblicke

Für den Aufbau einer revolutionären politischen/militärischen Organisation in der BRD !!

Die Interviewer

Das Interview wurde im Juni 87 geführt.

Im Anhang sind 2 Bekennerbriefe der Autonomen Zellen als Abschrift beigefügt.

I. Organisierung

Wie kommt euer Name zustande?

Paul: Klar ist, daß wir hier für uns, bzw. unsere Gruppe sprechen und nicht für andere Gruppen gleichen Namens.

Ede: Der Name soll Verbindung zu den im polit. Bereich kämpfenden Gruppen gleicher Bezeichnung aufzeigen. Durch diesen Bezug auf legale polit. Organisationen/Gruppierungen wollen wir unser Konzept deutlich machen, d.h. polit. und milit. gegen diesen Staat vorgehen.

Noch was zum Namen. Viele Gruppen wechseln ständig ihre Bezeichnung, unter denen Aktionen ausgeführt werden, bzw. führen Phantasienamen. In diesem Zusammenhang sollte man die Bestimmung einer milit. Aktion genauer diskutieren. Für uns hat das ergeben, daß diese Aktionen, ob sie militärisch geplant und ausgeführt, z.Z. fast nur im polit. Bereich wirken. Die Brisanz einer Aktion liegt also nicht nur in ihrem materiellen Schaden, sondern hauptsächlich in der Berichterstattung und Diskussion darüber. Um diesen Effekt voll auszunutzen und um für die Leute Kontinuität und Entwicklung im Kampf erfahrbar zu machen, haben wir uns für einen Namen entschieden.

Rosi: Dieser Name ist für uns auch Ausdruck unserer Unabhängigkeit/Eigenverantwortung, was nicht heißt, daß wir uns durch diesen Namen von anderen revolutionären Gruppen abgrenzen wollen. Wir sehen viele Gemeinsamkeiten mit verschiedenen rev. Organisationen, doch z.Z. entspricht er am ehesten unserem Selbstverständnis.

Wie steht ihr zu anderen kämpfenden Gruppen?

Ede: Zunächst wäre dazu zu sagen, daß wir genau wie ihr oder andere Leute auch zu diesen Gruppen überwiegend auf die Berichterstattung der Medien angewiesen sind. Von daher verbietet sich ein genaueres Urteil.

Selbstverständlich werden die Aktionen dieser Gruppen und ihre Erklärungen von uns diskutiert. Am Ende einer solchen Diskussion steht dann für uns aber nicht das Pro und Contra, d.h. die Zustimmung oder die mehr oder weniger offene Distanzierung.

Wir finden Kritik sehr wichtig, allerdings sollte man immer daran denken, daß wir mit dem Staat/Kapital abrechnen wollen und nicht mit uns relativ näherstehenden Gruppen.

Am Ende einer Kritik muß sich ein konstruktiver Prozeß ergeben, der die Entwicklung der "Revolution" vorantreibt und nicht hemmt.

Diese einfache Regel, beim Üben von Kritik, wird in den seltensten Fällen von der Linken beherrscht. Vielmehr ist eine gewisse Distanzierungs-Spaltungssucht zu beobachten.

Wir meinen, daß sich die Leute, wenn sie sich schon spalten wollen, das bei der Entwicklung ihrer **eigenen** polit. Struktur und Praxis machen sollten, und nicht an Hand der polit. Praxis bestimmter Gruppen, zu denen sie außer einer eventuellen theoretischen Übereinstimmung keinen Bezug haben.

Kritik wird für uns glaubwürdig, wenn sie sich in der eigenen polit. Praxis niederschlägt und umsetzt.

Wollt ihr da was konkret ansprechen?

Paul: Die Intensität mit der einige Linke Kritik an der RAF üben, steht meist in keinem Verhältnis zum Aufwand mit dem dieselben Personen ihre eigene Vorstellung erarbeiten.

Habt ihr Kontakt zu anderen Gruppen?

Ede: Kein Kommentar.

Könnt ihr allgemeiner zu der Frage was sagen?

Rosi: Die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen machen Treffen recht schwierig und zeitaufwendig. Wir schwanken in diesem Punkt zwischen der für richtig erachteten Vernetzung der kämpfenden Gruppen und der Preisgabe der relativen Sicherheit der einzelnen Gruppen.

Es ergeben sich teilweise heikle Situationen, wenn frau den Entwicklungsstand und die Verantwortung einer anderen Gruppe falsch einschätzt.

Tatsächlich ist die Vernetzung verschiedener kämpfender Gruppen mit einem Verlust an Sicherheit behaftet. In dieser Frage muß frau Vor- und Nachteile am konkreten Fall abwägen.

Wie seid ihr organisiert?

Ede: Wir leben ein Leben wie jeder andere (Linke) auch, was die äußere, sichtbare Organisierung des Tagesablaufs angeht. Das hat sowohl persönliche als auch polit. Gründe. Zum einem brauchen wir die privaten Zusammenhänge, die uns auch Kraft zum Kampf geben, zum anderen brauchen wir die polit. Zusammenhänge, um diesen Kampf mit der Entwicklung der linken rev. Bewegung ständig aufs Neue zu verknüpfen.

Rosi: Solang uns der Staat durch Verfolgungsmaßnahmen nicht dazu zwingt, wollen wir uns als Person einen legalen Status erhalten.

Wie trefft ihr bei euch Entscheidungen?

Paul: Die Frage zielt auf Vordenker/elitäre Führung ab, wenn ich die Frage so richtig verstehe. Dazu ist zu sagen, wenn Zweifel bestehen, ob nun über Inhalte oder über milit. Aktionen, dann können nur genaue Diskussionen und intensive Selbstbestimmung, was die einzelnen wollen, den Entscheidungsprozeß beeinflussen. Damit eine Entscheidung fällt, die von allen für richtig und nützlich gehalten wird.

Ich möchte dich jetzt, speziell als Frau, fragen, wie du so klar kommst?

Rosi: Na wohl auch nicht besser als du. Nur weil wir für eine andere Gesellschaftsform kämpfen, haben wir in der Gruppe noch längst nicht die alten Verhaltensmuster aufgelöst. Da gibts die bekannten Auseinandersetzungen, wenn ich mich als Frau offensiv einbringe und nicht zurückstecke.

Was hälst du von der Organisationsform der Revolutionären Zellen, bei denen die Frauen eine eigene Org. Rote Zora bilden?

Rosi: Die Behauptung, daß alle Frauen bei den RZ in der Roten Zora organisiert sind, halte ich nicht für richtig.

Ich denke für mich ist die jetzige Form z.Z. die Beste, was nicht heißt, daß ich alle Schwierigkeiten in dieser Frage für micht gelöst habe. Wir müssen immer in unserem pers. Bereich/Zusammenhang entscheiden, beide Organisationsformen haben Vor- und Nachteile. Es gibt einige Bereiche, da kann ich mir eine Zusammenarbeit mit Männern z.Z. noch nicht vorstellen. Ich will aber meine positiven Erfahrungen mit Männern nicht leugnen. Ich will an den Schwierigkeiten in der Praxis weiter arbeiten.

Was habt ihr für Kampfformen?

Ede: Hier muß man etwas unterscheiden. Was den Bereich verdeckter Aktionen angeht, haben wir uns z.Z. auf Aktionen gegen Sachen beschränkt. Die Durchführung einer Aktion hängt also direkt von der Frage ab, ob Menschen gefährdet sind oder nicht. Anders sieht es aus, wenn wir z.B. auf Demos in Auseinandersetzungen mit Bullen/Faschisten verwickelt sind. In dieser direkten Konfrontation benutzen wir die üblichen Waffen wie Mollies, Knüppel, Steine.

Eine Gefährdung von Pers. wird hier nicht unbedingt angestrebt, aber auch nicht ausdrücklich vermieden. Im übrigen muß diese Frage jeder einzelne für sich selbst beantworten. Zwischen einer theor. Erkenntnis und ihrer praktischen Umsetzung liegen Welten.

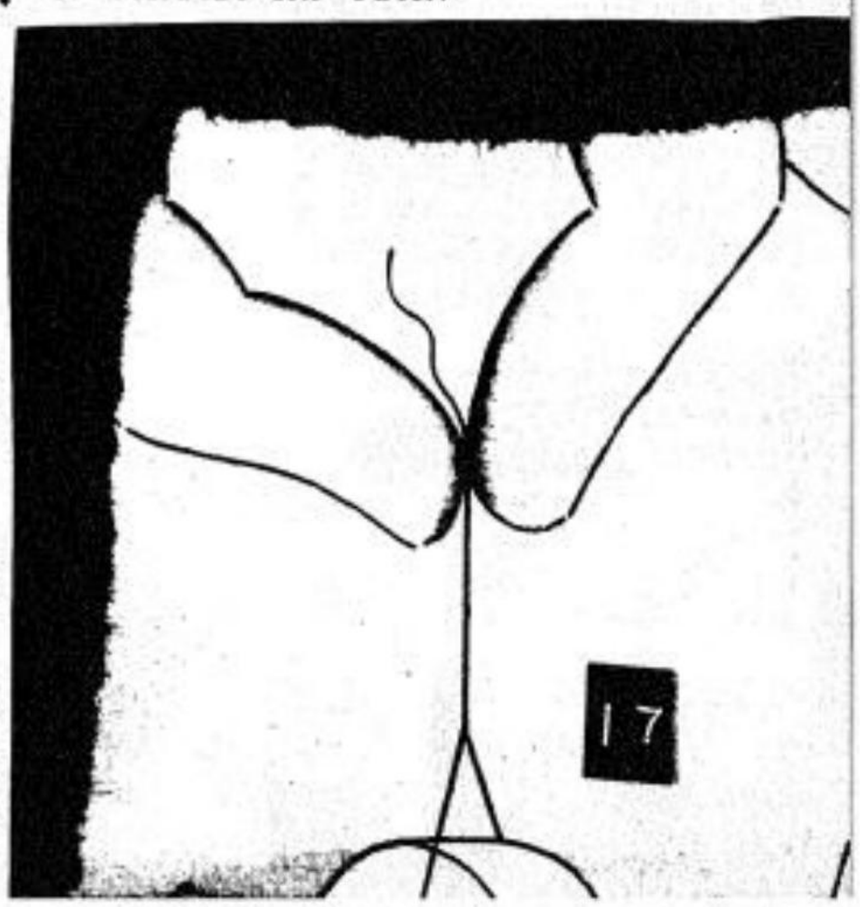
Noch mal genauer zu den technischen Mitteln, die ihr benutzt, wie sieht das aus?

Paul: Sehr einfach. Das kannst du alles im Laden kaufen oder auf dem Bau organisieren. Das ist nichts besonderes. Ne Eisenkette z.B., Benzin/Öl oder Autoreifen usw., das kann sich jeder besorgen.

Also alles easy?

Paul: So auch nicht. Die Schwierigkeit liegt darin, eine dem Objekt angepaßte Angriffsform zu finden. Und diese dann technisch so auszugestalten, daß man auf handelsübliche Teile zurückgreifen kann. Für uns hat das den Vorteil, daß wir die Materialien zu Hause lagern, teils kurzfristig überall kaufen können. Dasselbe gilt natürlich für mögliche Nachahmer, denen so ein gangbarer Weg aufgezeigt wird.

Seid ihr bei euren Aktionen bewaffnet, wie schützt ihr euch?



AUTONOME ZELLEN

Ede: Falls du auf die Knarren anspielst, kann ich sagen, daß man Leute auch mit einem gefrorenem Eisbein erschlagen kann.

Für uns ist das kein Mythos, sondern eine praktische Frage. Bei unseren bisherigen Aktionen hat sich die Notwendigkeit einfach nicht ergeben.

Was die Zukunft bringt, wird sich zeigen. Bislang sind wir mit einer einfachen Selbstschutzgrundausstattung gut gefahren.

Und nach wichen Kriterien entscheidet ihr eure Aktionen im einzelnen?

Paul: Die Entscheidung wird dadurch bestimmt, was wir polit. mit einer Aktion erreichen wollen.

Bei allen Aktionen muß der Propaganda eine wichtige Funktion zukommen. Was, unserer Meinung nach, nicht immer genügend berücksichtigt wir. Die Aktion muß unbedingt für sich sprechen, allein die Aktion muß ausdrükken, weswegen - gegen wen und für was. Darauf zu hoffen, daß eine nachträgliche Beschreibung/Erklärung schon veröffentlicht wird, halten wir angesichts der hiesigen Verhältnisse für illusionär.

Rosi: Zu erwähnen brauchen wir wohl nicht extra, daß sich Aktionen nie gegen die Bevölkerung richten dürfen. Auch müssen sie so angelegt sein, daß es den Staatsschutzorganen nicht leicht gemacht wird die polit. Bestimmung der Aktion in ihr Gegenteil umzudrehen.

Könnt ihr vielleicht das Ebengesagte an einer von euch durchgeführten Aktion etwas genauer ausführen?

Paul: Wir haben euch 2 Erklärungen mitgebracht, die dieses Interview ergänzen sollen. Bei beiden Aktionen ging es uns in erster Linie darum aufzuzeigen, daß man die Infrastruktur mit relativ einfachen Mitteln angreifen, behindern kann. Und um aufzuzeigen, daß man das bei vielen Menschen vorhandene Ohnmachtsgefühl durchbrechen kann.

Rosi. Gleichzeitig wollten wir natürlich eine Behinderung erreichen, wobei die materielle Schadenshöhe überhaupt keine Aussagekraft hat.

Wonach bestimmen sich Kampfziele, Auswahlkriterien?

Rosi: Ich denke es ist wichtig über die tagespolitischen Ereignisse hinaus aktiv zu sein. Damit meine ich langfristiges Denken/Handeln zu praktizieren. Hauptziel dabei ist, die bestehenden Widersprüche zwischen der Bevölkerung und dem Kapital aufzugreifen und zu vertiefen.

Die Aktionen müssen eine vorantreibende Kraft haben, sie müssen nicht nur uns sondern allen, die gegen dieses Gesellschaftssystem sind, Mut machen.

2. Erfahrungen

Wie war eure polit. Entwicklung?

Ede: Du meinst hin zu verdeckten Aktionen?

Ja!

Ede: Da war nichts besonderes, keine seltsame Begegnung der 3. Art oder so. Man muß nur irgendwann begreifen, daß das, was von oben kommt, nicht immer richtig ist, auch nicht in Gesetzesform.

Daß man einen eigenen Kopf hat, selbst denken kann und dann auch versucht, seine Gedanken umzusetzen, also praktisch werden zu lassen.

Wieso passiert das dann so selten?

Ede: Weil viele die Konsequenzen scheuen, die so ein Verhalten mit sich bringt bzw. schon in Schule/Betrieb zur Anpassung erzogen worden sind.

Heutzutage mucken die Leute erst auf, wenn ihnen ein Panzer durch den Vorgarten fährt.

Dann gibt es noch die große Gruppe der Leute, deren Verärgerung über die Zustände hier sich in Alkohol, Schlägereien, Drogen ... artikuliert, die noch nicht in der Lage sind, ihre Unzufriedenheit gezielt politisch zu begreifen und auszudrücken.

Rosi: Noch mal zur pol. Entwicklung, dur fragtest vorhin, wie sie war. Die ist für uns jetzt nicht abgeschlossen. Da wird ständig dran gearbeitet. Wir freuen uns über jeden guten Gedanken, egal ob er nun von uns oder anderen kommt.

Wie erfahrt ihr euren Kampf?

Ede: Das ist ein Wechselbad der Gefühle. Da gibt es Freude über gelungene Aktionen, und Niedergeschlagenheit, wenn nach mehreren Monaten Vorbereitung eine Sache nicht laufen kann oder die Technik im entscheidenden Moment versagt.

Da gibt es Zeiten, wo die Presse, auch die linke, nichts bringt, man vielleicht lange nicht weiß, ob man mit einer Aktion Erfolg hatte oder nicht.

Was hat euch zu diesem Schritt motiviert?

Paul: Wir können sagen, daß ein Teil der Motivationen aus Erfahrungen anderer revolutionärer Gruppen gekommen ist. Am wichtigsten ist aber unsere eigene Geschichte/Entwicklung.

Rosi: Wir sagen nicht, daß wir legale Arbeit nicht mehr für möglich und sinnvoll halten. Wir haben aber aus unserer und fremder Erfahrung gelernt, daß es notwendig ist, sich nicht nur auf legale Organisierung zu beschränken, sondern daß es gilt, Formen zu finden, die es ermöglichen, den von Polizei/Staat überwachten Rahmen zu verlassen. Damit wir handlungsfähig werden und bleiben, um unsere polit. Ziele umzusetzen.

Ede: Ein Beispiel sind Demos, bei denen in letzter Zeit viele Menschen die Grenzen polit. Handlungsmöglichkeiten erfahren haben. Vom Bullenapparat wird dort gezielt ein Ohnmachtsgefühl erzeugt und gefördert, welches es zu durchbrechen gilt.

Was treibt euch immer wieder an?

Ede: Entscheidend ist die alltägliche Unzufriedenheit mit diesem System, das all die Werte rücksichtlos vernichtet, die nicht in Geld zu bemessen sind. Ihr müßt das jetzt nicht so verstehen, als wenn wir uns über unsere Wut definieren. Natürlich haben wir das Problem, diese Gesellschaft, auch theoretisch analysiert. Ich will damit nicht sagen, daß unsere Wut für uns Schrittmacherfunktion hat, uns immer wieder vorantreibt. Das hat mit den Inhalten unserer Arbeit wenig zu tun, das sollte man trennen.

Seid ihr mit eurem Leben zufrieden?

Ede: Ich muß sagen ja. Ich kann mir kein anderes vorstellen. Unter den heutigen polit. Verhältnissen ist es der einzig lebbare Kompromiß für mich.

Paul: Es ist vor allem ein total lebendiges Leben. Klar, mit vielen Widersprüchen.

Wie ist es bei euch mit Kriminalisierung?

Ede: Ja, die läßt sich nicht wegreden und das wollen wir auch nicht.

Rosi: Ich persönlich erfahre die Angst eher konstruktiv. Je genauer eine Aktion geplant ist, um so kleiner wird die Angst davor.

Für mich ist das also eine Art Anzeigegerät, inwieweit ich hinter der jeweiligen Aktion stehe und ob da noch Fragen offen sind.

Paul: Bei einer Aktion selber gibt es praktisch keine Probleme, da bleibt man recht ruhig. Weil man sich auf die Sache konzentrieren muß.

Problematisch wird es teilweise hinterher, wenn man mal nicht ganz sicher ist, ob man was liegen lassen hat, wo z.B. Fingerabdrücke drauf sind.

Was ist mit Aussteigen?

Ede: Das Thema gibt es so eigentlich nicht. Das bewegt sich eher im Rahmen, wieviel Zeit man meint für sich zu brauchen, und wieviel dann noch übrig bleibt. Da kann man schon mal ein Jahr etwas kürzer treten, wo dann andere von uns verstärkt die Initiative ergreifen. Das ist ein wechselseitiger Prozeß.

Paul: Muß jeder selber wissen, solange er die Fresse hält.

Redet ihr über Knast?

Paul: Ja, das haben wir. Das ist aber eine rein theoretische Diskussion, was anderes kann es auch nicht sein. Wie sollen wir jetzt Aussagen über was machen, das wir nicht selber kennen. Keiner von uns weiß, wie er sich im Falle des Einfahrens verhalten wird. Ob er dem Druck gewachsen ist, ob er wegen Folter redet, ob er unter Knastverhältnissen jahrelang leben kann.

Ede: Ich finde so eine Diskussion wenig fruchtbar, die treibt nichts voran. Was man natürlich machen muß, ist den Fall des Einfahrens jetzt schon mit einzukalkulieren. Das heißt, private Dinge entsprechend regeln, verantwortungsbewußter Umgang mit Infos - was man nicht weiß, kann man auch nicht erzählen -, sich Überblick über den Knastalltag verschaffen.

Rosi: Lernen können wir in diesem Pu[illegible] nur von anderen Leuten, die wir zwar nicht kennen, die aber ihre Erfahrungen im Knast aufgeschrieben haben.

Du hast eben Folter erwähnt, kalkuliert ihr sowas mit ein?

Paul: Ja, wir sehen das Wort Folter dabei als umfassenden Oberbegriff für all die Zustände, die Druck auf uns ausüben.

Die ETA hat, als Reaktion auf Folterungen an Gefangenen, gesagt, daß sie ihre Struktur so ausgerichtet hat, daß die einzelnen Leute nur das Notwendigste wissen. Gefährdet ist dann immer nur ein winziger Teil der Organisation, nie die Organisation als Ganzes.

Habt ihr euch deswegen ähnlich organisiert?

Paul: Es ist auch ein Grund, aber der wichtigere ist wohl der, daß wir in dieser Form am ehesten Autonomie und Überschaubarkeit verwirklicht sehen.

Auch der Schutz vor Infiltration ist, unserer Meinung/Erfahrung nach, durch diese Organisierung am besten gewährleistet. Die Erfahrungen der RZ sind sicherlich ein Beispiel dafür.

Habt ihr Fehler gemacht?

Ede: Ja, die macht man bei jeder Aktion.

Nenn mal Beispiele.

Ede: Nun ja, man kann technische Fehler machen, taktische, politische. Perfekt sind wir nicht. Wir können uns nur mit dem einbringen, was wir momentan drauf haben. Wir finden das aber wichtiger, als aus Angst vor Fehlern still zu verharren und auf die große Erleuchtung zu warten.

Ein besonders krasses Beispiel fällt mir grad ein: da haben wir mal ohne Wache auf den Bahngleisen gearbeitet. Nur durch Zufall konnten wir uns wenige Meter vor einem herannahenden Zug retten. Den haben wir einfach nicht gehört, waren voll auf unsere Arbeit konzentriert.

Das hört sich vielleicht doof an, man könnte jetzt sagen, da muß man doch dran denken. Haben wir aber nicht. Bisher hat eigentlich jede Aktion ihren Knüller gehabt.

Paul: Was jetzt nicht heißt, daß wir an Aktionen rangehen nach dem Motto - wird schon klappen - so ist es überhaupt nicht. Mit Knüller meinen wir Ereignisse, die wir vorher nicht mit eingeplant hatten. Die perfekte Aktion gibt es nicht.

Was kritisiert ihr im Rückblick am meisten?

Rosi: Da wären einmal die Erklärungen zu Anschlägen. Teilweise haben wir keine geschrieben, teils sind sie zu ungenau. Das ist schlecht, das muß sich ändern.

Wie kommt sowas zustande?

Rosi: Das war oft eine Zeitfrage. Da haben wir die Zeit lieber in die Aktion investiert, anstatt eine ausführliche Erklärung zu schreiben.

Ihr müßt auch wissen, daß das Schreiben einer Erklärung genauso vorsichtig wie die Aktion selber durchgezogen werden muß, mit dem entsprechenden Zeitaufwand.

Gibts noch andere Punkte?

Paul: Ja, wir hatten uns eine längeren Zeitraum zu sehr auf den technischen Bereich konzentriert. Also ausprobieren und entwickeln von Sabotagetechniken und dann die praktische Umsetzung. Ich meine, daß wir uns in dieser Zeit zu wenig Gedanken über die Verbreitung unserer polit. Vorstellungen/Ziele gemacht haben. Dieses Interview z.B. hätten wir schon vor längerer Zeit machen sollen.

Ede: Da könnte sonst der Eindruck entstehen, als wenn wir es für sinnvoll halten, daß sich möglichst alle auf unseren Weg begeben, also als militär. Elemente den Kampf aufnehmen. Es gibt dafür einen Namen, die "Guerillapartei".

Ede: Nein, das sehen wir grundsätzlich anders. Die eigentliche Arbeit für die Umwälzung der Verhältnisse wird woanders geleistet. Man muß das, was man sich militär. erkämpft, auch polit. ausfüllen.

Wir definieren uns nicht nur negativ, also gegen was, sondern streben mit unserem Kampf was positives an, nenn es Kommunismus oder Sozialismus. Da ist die Ausarbeitung, das Formulieren, das Vorleben dieser neuen Vorstellungen gefragt, da helfen einem militär. Mittel allein nicht weiter.

Das heißt für uns, wir verstehen uns als militär. Flügel einer polit. Bewegung. Es sollen also Bedingungen geschaffen werden, die es ermöglichen, daß sich die polit. Bewegung in Richtung eines unabhängigen Sozialismus/Kommunismus durchsetzen kann.

Wie soll das in der Praxis aussehen, unabhängiger Sozialismus/Kommunismus?

Paul: Die Frage kann man so nicht beantworten. Das bedarf eines langen Prozesses, das muß sich entwickeln zusammen mit vielen Leuten, das kann man heute nicht vorwegnehmen. Wichtig ist, daß man sich auf den Weg dahin macht. Das fängt mit ganz kleinen Schritten an.

AUTONOME ZELLEN

Wir denken da zunächst an die Formullerung eines polit. Aktionsprogramms mit Forderungen, die greifbare Ziele benennen und diese für Leute erfahrbar werden läßt. Dieser Vorschlag kam in letzter Zeit schon von anderen Gruppen. An der Umsetzung dieser Ziele können wir dann gemeinsam, politisch und militärisch, arbeiten.

Zur Zeit wird doch nur auf Ereignisse reagiert. Ob das nun der Angriff auf Libyen ist, oder der Baubeginn der WAA. Das muß anders werden, da müssen wir selbst die Initiative ergreifen. Dafür brauchen wir ein polit. Konzept.

Wo sehr ihr Schwierigkeiten für euch

Rosi: Momentan eher im "privaten" Bereich, ich will das jetzt mal vom Politischen etwas trennen. Es ist Tatsache, daß frau mit vielen Leuten zu tun hat, die gar nicht oder anders polit. orientiert sind. Das gilt auch für Liebesbeziehungen. Da geht dann schon mal eine Beziehung in die Brüche, weil der Partner fälschlicherweise männl./weibl. Konkurrenz für sich wittert.

Paul: Eine andere Sache ist, daß man für die Durchführung verdeckter Aktionen bestimmte Eigenschaften entwickeln muß, wie Disziplin, Genauigkeit und Ausdauer, wenn es ums ausdiskutieren offener Punkte geht.

Für die eigene Sicherheit ist das zwingend, im "privaten" Bereich nervt das manchmal, das kann man nicht einfach ablegen. Ich denke die Ansprüche, die wir haben, sind sicherlich nicht immer leicht umzusetzen.

Aber für mich sind sie nur in der Praxis zu erlernen/zu erfahren/zu erleben.

3. Verhältnis zu verschiedenen Bewegungen

Vielleicht könnt ihr jetzt mal sagen, wie ihr die aktuelle Lage der Einpunkt-bewegungen in der BRD einschätzt. Wie steht ihr zu ihnen?

Paul: Ein Aspekt vorweg. Zu unserer polit. Praxis zählt, daß jeder von uns in verschiedenen Teilbewegungen themenbezogen aktiv ist. Ich will das aus Sicherheitsüberlegungen nicht weiter ausführen.

Jetzt konkret, Friedensbewegung wie ist eure Einschätzung?

Paul: Die polit. Inhalte und Ziele der Friedensbewegung orientierten sich von Beginn an auf die nationale Aufrüstung bzw. an der Friedenserhaltung in der BRD. Nehmen wir die Ausgrenzung von Befreiungs-Bewegungen aus der 3. Welt, z.B. das Redeverbot von Vertretern der PLO auf einer Großdemo in Bonn im Herbst 83, daran wird die Sichtweise der Friedensbewegung recht deutlich.

Auch das Nichtverhalten vieler Menschen, die in der Friedensbewegung organisiert sind, zur Invasion der USA in Grenada oder zur Militärherrschaft im Nato-Land Türkei machte den nationalen Friedenswunsch deutlich. Gestört fühlte sich die Friedensbewegung in ihrem "Frieden" als im April 86 amerik. Jagdbomber Libyen angriffen. Ausgelöst wurde diese kurzfristige Empörung durch die Gefahr eines Krieges vor "unserer Haustür", sprich eine Gefahr für den "Frieden" hier.

Es geht uns nicht um Auflistung von militär. Invasionen/Angriffen. Es geht uns vielmehr darum, die polit./wirtschaftl. Interessen aufzugreifen, welche zu solchen Angriffen/Invasionen führen. Für uns sind militär. Aufrüstung/Kriege nur ein Teil der Auswirkungen polit./wirtschaftlicher Konzepte! "Fortschritt und Wirtschaftskraft" in den westlichen Industriestaaten sind hauptsächlich von billigen Rohstoffen, billigen Agrargütern und billigen Arbeitskräften abhängig. Nur durch diesen Raubbau und diese Unterdrückung in der 3. Welt sichern die imp. Staaten sich "Wohlstand und Frieden".

Diesen "Frieden", den sich die Friedensbewegung und insbesondere deren polit. Strategen auf die Fahnen geschrieben haben, bezeichnen wir als Imp.-Frieden und den bekämpfen wir, polit. und militär., ganz entschieden.

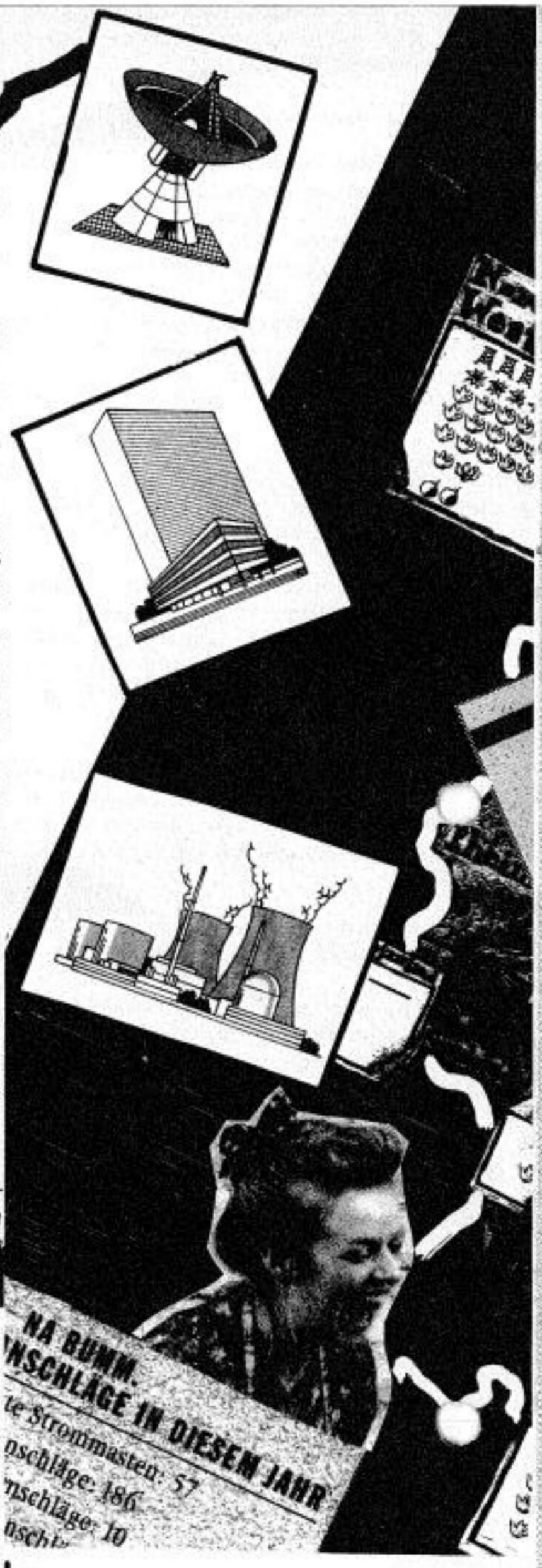
Und die AKW-Bewegung, welche Bedeutung haben für euch die dort im letzten Jahr zunehmenden militanten Widerstandsformen?

Rosi: Wir denken, gerade nach Tschernobyl haben viele AKW-Gegner/innen gesehen, daß sie von diesem Staat nichts zu erwarten haben, auch nicht von den Grünen, wenn es um ihre Interessen geht. Daß die Politiker die Interessen von Finanz- und Kapitalkreisen vertreten, denen der Profit mehr bedeutet als Menschenleben, ist vielen AKW-Gegner/innen schon lange bewußt.

Neu ist die bewußte Umsetzung dieses Wissens, die es vorher in dieser Breite und Vielfalt nicht gab. Das Ausmaß dieser neuen Gangart zeigt sich auch in den vermehrten Anschlägen gegen Firmen und Verantwortliche der AKW-Branche. Ob sich daraus langfristig ein polit. Handeln entwickelt, welches den reinen AKW-Bereich verläßt, können wir z.Z. noch nicht sagen.

Es gibt gute Ansätze, die den Zusammenhang zu anderen Themen herstellten, z.B. die Hanau-Demo. Diese Ansätze gilt es auszubauen, damit sich die Illusion verliert, man könne erreichen, daß die AKW's abgeschaltet werden, ohne daß sich die Gesellschaftsform ändert.

Deshalb finden wir auch die Parole richtig, "Abschaltung der Herrschenden"!

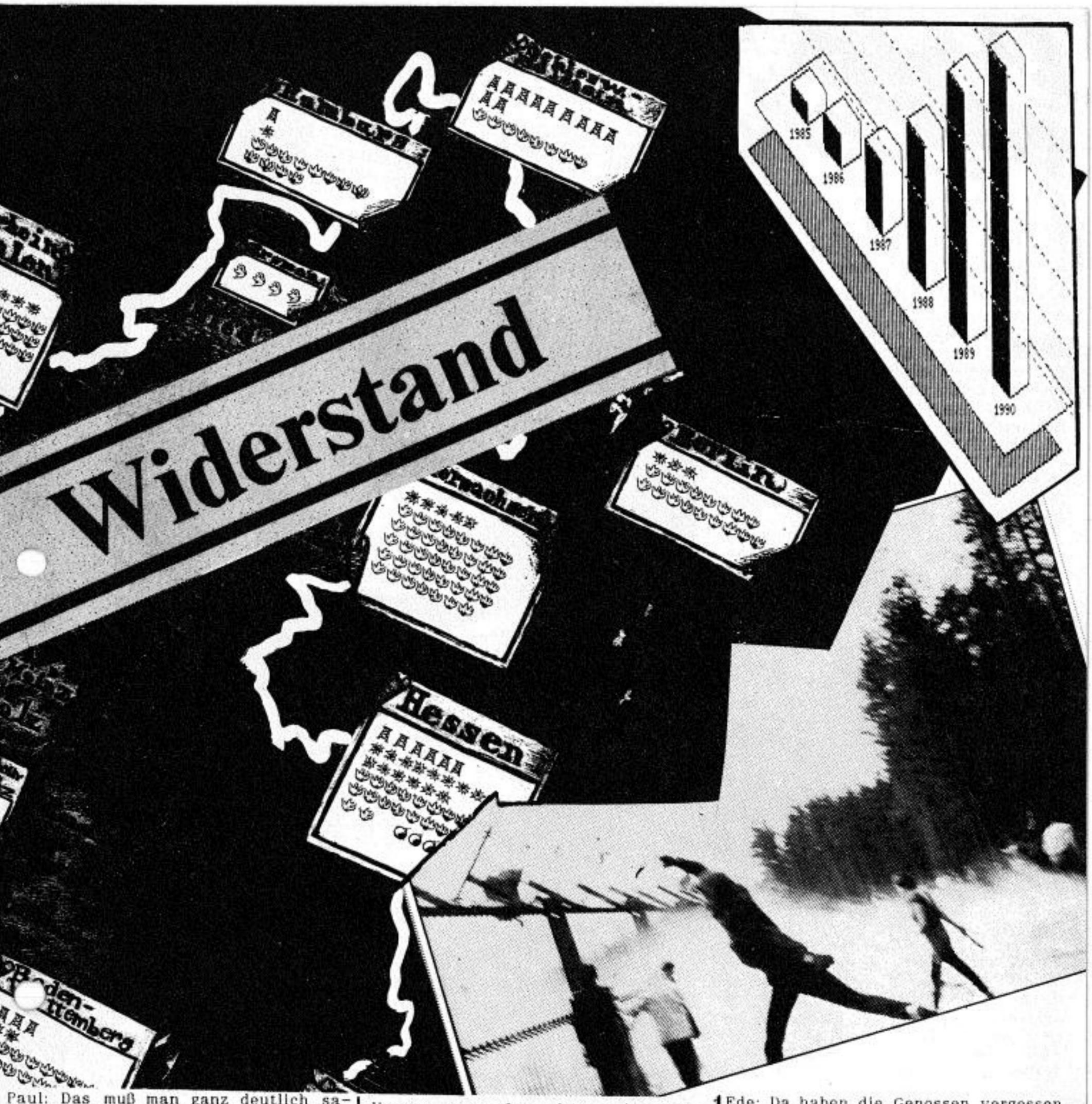


Was nervt euch an der linken Szene?

Rosi: Ich hab manchmal das Gefühl, als wenn viele gar nicht wissen, was sie wollen. Die rennen den von anderen vorgegebenen Höhepunkten immer brav hinterher. Von ihnen selber kommt aber nichts. Die quatschen über eine "lahme" Demo und sind selber mit leeren Händen oder gar nicht hingegangen.

Uns fehlt da die genaue Bestimmung, ein Benennen von Zielen, die sich dann in der polit. Praxis wiederfinden.

Ede: Ich denk da an größere militante Demos. Da können die Bullen praktisch ohne Schwierigkeiten zu der Zeit und an dem Ort Auseinandersetzungen provozieren, wo es ihnen paßt. Die Leute fallen immer wieder drauf rein. Da lösen sich dann ganze Demoverbände vor dem eigentlichen Ziel auf.



Paul: Das muß man ganz deutlich sagen, da sind viele Leute auf die Auseinandersetzungen mit den Bullen fixiert. Da muß das Angriffsziel einer Demo wieder stärker in den Vordergrund gerückt werden.

Könnt ihr was zur Intern. Solidarität sagen, was für ein Verhältnis habt ihr zu Befreiungsbewegungen?

Paul: Der Begriff Intern. Solidarität beinhaltet für uns die Solidarität sowohl mit den Befreiungsbewegungen als auch mit rev. Organisationen in den Metropolen. Dabei verstehen wir uns nicht nur solidarisch zum bewaffneten Kampf, sondern wir fühlen uns verbunden mit allen Menschen, die gegen Unterdrückung, Fremdbestimmung, Ausbeutung kämpfen. Egal, ob es nun -Brotdemos- gegen die IWF-Politik, -Landbesetzungen- der Tagelöhner gegen Großgrundbesitzer und Multis oder -Sternmärsche- von Indianern gegen Internierung in Reservate sind.

Die Form und Art des Protestes, des Aufstandes, der Revolte oder der bewaffn. Revolution müssen die Menschen vor Ort für sich bestimmen. Ebenso wie wir für uns dort, so wir leben, entscheiden mit welchen Mitteln wir uns wehren. Für uns ist Kritik Bestandteil jeder Solidarität. Sowohl die Selbstkritik als auch kritische Auseinandersetzung mit anderen. Das heißt konkret, daß wir Papiere und Aktionen von Befreiungsbewegungen diskutieren und analysieren. In der Gleichzeitigkeit von Kämpfen und Kritisieren sehen wir eine Chance voneinander zu lernen, damit wir gemeinsam dem Ziel näherkommen.

Sag mal was zum Anschlag der ETA in Barcelona, der 18 Tote unter der Bevölkerung gefordert hat!

Ede: Da haben die Genossen vergessen, daß den Kapitalisten das Geld alles, das Leben anderer Leute nichts bedeutet. Das ist eigentlich eine Binsenweisheit, die sich hier bitter in Erinnerung bringt. Sowas muß man bei seinen Aktionen unbedingt mit einkalkulieren.

Paul: Man muß dazu auch sagen, daß eine Gruppe, die milit. Operationen durchführt, immer das Risiko eingeht, daß Unbeteiligte betroffen werden. Das ist auch bei uns so. Alles andere ist blasse Theorie, auch wenn man das Gegenteil behauptet.

Es gilt, das mögliche Risiko so gering wie möglich zu halten, das muß elementar mit in die Vorbereitungen einer Aktion einfließen.

Rosi: Konfrontiert mal die empörten Bürger, die jetzt über fehlende Menschlichkeit bei der ETA reden, mit

dem in steter Regelmäßigkeit versehentlich von Bullen erschossenen Bürgern.

Da wird auch die humanitäre Maske schnell brüchig, da hört frau dann was von polit. Notwendigkeit und in Kauf zu nehmenden Opfern.

Im Klartext: den meisten geht es nicht um die angewandten Mittel, um die Toten, sondern um die Seite, auf der frau steht. Da verläuft die Trennung. Alles andere ist polit. Heuchelei.

Das läßt sich doch nicht aufrechnen, die 18 Toten im Kaufhaus sind doch Realität!

Rosi: Ich will hier keine Fehler wegreden. Ich spreche nur vielen Leuten das Recht ab, sich über Dinge zu empören, die sie zu anderer Gelegenheit selbst rechtfertigen.
Das macht die Aktion der ETA natürlich nicht besser. Das muß man ganz klar sagen. Diese Aktion der ETA war ein großer Fehler. Sowas darf sich nicht wiederholen. Ich hoffe, daß die ETA ihrer Verantwortung gegenüber den Opfern des Anschlags gerecht wird und entwprechende Lehren daraus zieht.

4. Weitere Perspektiven / Ausblicke

Mögliche kommende Repressionen, was denkt ihr darüber?

Ede: Bedenkt man, was die letzten 2-3 Jahre an Verschärfung gebracht haben, reihenweise Demoverbote, Kesseltaktik der Bullen, Verbote von Tagungen, Zeitungen und Infostände, selbst für sogenannte harmlose Themenkreise wie z.B. Volkszählung, so zeigt sich, deß neben den militanten Organisationen verstärkt auch der legale linke Bereich vernichtet werden soll.

Was haltet ihr denn für geeignete Maßnahmen um den Nachrichtensperren, Zeitungsverboten entgegen zu wirken?

Paul: Das wichtigste ist wohl, daß sich alle, egal in welchen "Bewegungen" die Einzelnen aktiv sind, über das Ausmaß bewußt werden. Das Verbot des AKW-Bundestreffen in Bayern war erst der Anfang. Ganz klar wird das doch jetzt gerade bei der Volksaushorchung. Da werden Tel. gesperrt/abgehört, Konten bei Banken/Sparkassen gesperrt, Wohnungen/Büros und Druckereien durchsucht, usw. usf.

Alles nur damit die Regierung ihre Interessen besser durchsetzen kann.

Rosi: Zurück zur Frage, der Kriminalisierung von Druckerinnen und Zeitungsverkäuferinnen, also dem Verbot von Meinungsbildung/Diskussion.

Unserer Meinung nach ist dem am besten entgegenzutreten, indem die Inhalte der Zeitungen nachgedruckt/fotokopiert und diskutiert werden. Alle Menschen, die eine Besetzung, Demo, Blockade, milit. Aktion durchführen, müssen in Zukunft noch mehr, als bisher schon, dafür sorgen, daß über ihre Aktion auch berichtet/informiert/diskutiert wird. Also Flugis/Zeitungsartikel und Erklärungen selbst sammeln und breit weiter verteilen.

Durch viele kleine Zeitungen, Infoblätter können wir z.Z. am besten der Unterdrückung unserer Medien/Diskussionen etwas entgegensetzen.

Durch die Abwälzung dieser Probleme auf andere (Zeitungskollektiv) konnten wir die Meinungsvielfalt noch nie herstellen.

Wie schätzt ihr, für die nächsten 5-10 Jahre, die Entwicklung des Kampfes in der BRD ein?

Ede: Unserer Meinung nach gibt es in den nächsten 5-10 Jahren für revolutionäre Politik in der BRD keinen Blumentopf zu gewinnen. Dafür sind die Verhältnisse hier zu festgeschrieben. Zwar steigt die Zahl derer, die diese Gesellschaft ausgrenzt, ständig, aber für Wahl-Mehrheiten reicht es den Herrschenden allemal. Insofern müssen wir einen langen Atem haben.

Es ist leider so, daß Ereignisse in der 3. Welt (Befreiungskriege, Rohstoffverteilung) für die Herrschenden bedrohlicher sind, als die hier von der rev. Linken ausgehenden Impulse.

Entscheidend wird sein, in wie weit es der Regierung gelingt, die Mehrheit der Wahlbevölkerung finanziell zufrieden zu stellen. Reicht die wirtschaftliche Macht dazu nicht mehr aus, muß mit größeren Veränderungen gerechnet werden, d.h. es stellt sich die Frage, wie sich das System legitimieren läßt.

Wir rechnen für diesen Fall mit quasi diktatorischen Maßnahmen gegen die Bevölkerung.

Wodurch erwartet ihr wesentliche Anstöße für den Kampf?

Paul: Positive Entwicklungen sehen wir z.B. überall dort, wo sich Menschen, themenübergreifend, zusammen schließen. Wo die Isolierung von privaten Problemen oder einzelner Bewegungsthemen aufgehoben wird.

Zum Beispiel die Hanau-Demo, wo Teile der Friedensbewegung mit 3. Welt-Komitees und AKW-Bewegung zusammen gingen um Gemeinsamkeiten aufzuzeigen. Wenn wir eben gesagt haben, daß wir von de Befreiungs-Bewegungen der 3. Welt Impulse erwarten, die auch die Verhältnisse hier verändern werden, dann heißt das für uns nicht, mit einem mystifiziertem Blick auf den bewaffneten Kampf der Befreiungs-Bewegungen zu schielen und auf die Dinge zu warten die da kommen.

Sondern wir führen hier unseren Kampf nach den Bedingungen hier, mit einem internationalem Bewußtsein, in das wir alle Anstöße einfließen lassen, die uns in unserer Entwicklung weiterbringen.

Wie wollt ihr euch entwickeln?

Paul: Ein sehr wichtiger Schritt ist auch der Ausbau der kollektiven Lebensformen. Wobei es uns darum geht, unsere schon erkämpften Lebensformen/Kulturen weiter zu entwickeln, für die es sich lohnt zu kämpfen.

In kollektiven Lebensformen sehen wir viele Möglichkeiten, jetzt schon im Ansatz den Begrif von Sozialismus/Kommunismus zu erarbeiten/umzusetzen und nicht erst in ferner Zukunft. In der Kollektivität sind für uns Eigenschaften enthalten und erfahrbar geworden - solidarische Diskussion und solid. Umgang miteinander, gemeinsam Entscheidungen treffen, auch Fehler zu akzeptieren. Finanzielle Probleme Einzelner nicht isoliert, sondern gemeinsam zu besprechen und zu lösen gehört dazu.

Wir danken euch nochmal für das Gespräch, wollt ihr noch was dazu sagen?

Rosi: Ja. Ich will hier nochmal sagen, daß zu euren Fragen von uns noch einiges mehr zu sagen wäre. Es ist eben schwierig, in der Kürze Antworten zu geben, die alles berücksichtigen. Da ist einiges Wichtige unter den Tisch gefallen.

I[illegible] Wir halten es für notwendig, daß die legalen-polit. und illegalen-militär. Organisationen stärker aufeinander Bezug nehmen.

Ein Schrit auf diesem Weg ist u.a. dieses Interview. Das heißt auch, daß wir uns in der weiteren polit. Arbeit zu Themen des rev. Prozesses häufiger äußern wollen.

Uns schwebt z.B. für beide Teile ein fester Zusammenhalt vor, wie z.B. in Spanien zwischen der ETA und Herri Batasuna. D.h. für die legale rev. Linke in der BRD, sich endlich einen festen, organisierten Rahmen zu geben, der die Vorteile parteimäßiger Organisierung nutzbar macht.

Für die illegalen Gruppen ist eine verstärkte Vernetzung und Benennung ihrer polit. Bezugspunkte angesagt. Beide Organisationen(legal, illegal) sollten sich ein Kampfprogramm mit Minimalforderungen zu eigen machen, in dem die Menschen sich wiederfinden könne, die von diesem System ausgegrenzt werden.

Z.B. die strenge Unterscheidung zwischen legal=polit. und illegal=militär. Kampf gibt es in der Praxis so nicht. Die Übergänge sind da fließend. Es ist heute schon so, daß im sog. legalen polit. Bereich viele Strukturen aus Sicherheitsgründen nur illegal sein können, z.B. bestimmte Flugblätter, Zeitungen. D.h. auch die "legalen" Organisationen kommen ohne illegale Strukturen nicht aus, und müssen diese, wollen sie in Zukunft handlungsfähig bleiben, weiter ausbauen.

Wir wünschen allen kämpfenden Genoss/inn/en Liebe, Zuversicht und einen langen Atem!

Paul: Allen anderen auch!

Ede: Venceremos!

Anhang

Wir haben am 24. 4. 86 eine Nato-Pipeline-Betriebsstation in Vollersod in Brand gesetzt. Diese Aktion richtet sich gegen die imperialistische Politik der USA, die mit Unterstützung der NATO die Welt mit "westlicher Freiheit" beglücken will.

AUTONOME ZELLEN

Was für viele Menschen schon bittere Realität ist - von den USA inszenierte Diktaturen in Chile, Türkei, Grenada, Salvador, Honduras ... - sollte mit dem Angriff und Putschversuch in Libyen auch dort durchgesetzt werden.

Unterstützt den Kampf der Befreiungsbewegungen hier und in der 3. Welt - zerschlagt die NATO-

1.5.86 Autonome Zellen

Wir haben am 15.2.87 den Versorgungszug der US-Army, der täglich von Bremerhaven nach Westberlin fährt, in Achim bei Bremen gestoppt.

Wir benutzten dazu eine 1,5 m lange Kette, an deren Enden wir 2 Anker befestigten, diese warfen wir dann auf den Fahrdraht.

Ergebnis: 150 m Fahrdraht und Abnehmer der Lok wurden abgerissen.

Dieser Angriff richtet sich gegen die imperialistische Kriegsmaschine der USA. Nicht vergessen haben wir die Invasion in Grenada und den Luftangriff/Putschversuch in Libyen. Aktuell ist eine starke Flottenansammlung der US-Marine vor der Küste Libanons zu beobachten.

Wir haben nicht auf den nächsten Grund öffentlicher Empörung, über die US-Politik, gewartet, sondern jetzt gehandelt.

Die Alltäglichkeit des imperialistischen Krieges erkennen.

Solidarität mit den gefangenen Kämpfer/n-innen.

Den Kampf politisch und militärisch organisieren.

Februar 1987 Autonome Zellen

RETTET DAS LEBEN VON HAMID BAHMANI

Verschleppt? Verhaftet? Entführt? Gekidnappt?

Leben wir im freien Westen oder im Wilden Westen?

Das fragen sich Hamid Bahmanis Familie und Freunde seit dem 19. Mai 1987. An diesem Tag nämlich machte sich Hamid mit seinem weißen Peugeot von München auf die Reise nach Wien. Von dieser Reisee ist er nie wieder zurückgekehrt. Seitdem fehit von ihm jede Spur. Die bayerische sowie die österreichische Polizei schließen eine Unfall aus.

D Hintergrund:

Hamid Bahmani, Iraner, verheiratet, Vater einer Tochter ist aktiver Widerstandskämpfer gegen die Khomeini-Diktatur. Schon zweimal ist er den Schergen der Barbarei im Iran auf abenteuerlich Weise entkommen, konnte sich ins Ausland absetzen und hat in Frankreich politisches Asyl erhalten. Von daher steht er auf der schwarzen Liste des iranischen Geheimdienstes SAVAMA (Nachfolgeorganisation des SAVAK) im Ausland.

Hamid hat keine persönlichen Feinde. In den Kreisen der iranischen Opposition ist er über parteipolitische Grenzen hinaus bekannt, geschätzt und geachtet.

Am 19. Mai besuchte er einen Freund in München. Dort wurde er zuletzt gesehen. Was danach mit ihm passiert wissen wir nicht. Ist er einem Verbrechen zum Opfer gefallen? Befindet er sich in polizeilichem Gewahrsam? Er ist nicht der Typ, der seine Familie aus Nachlässigkeit in Unruhe versetzt.

Alternative 1:

Obwohl der deutsche Konsul in Straßburg offiziell erklärt hat, daß Hamid sich nicht in deutschem Polizeigewahrsam befindet - entsprechende Erklärungen haben österreichische Amtsstellen abgegeben - schließen wir die Möglichkeit nicht aus, daß Hamid beim Grenzübergang von der bayerischen Polizei aus welchem vagen Grund auch immer, festgenommen worden ist, und daß die bayerische Polizei bis zum endgültigen Ergebnis ihrer Nachforschungen sich in striktes Schweigen hüllt. Sollte das zutreffen, appellieren wir an die Verantwortlichen, diesem bösen - und zudem ungesetzlichen - Spiel ein Ende zu setzen und Hamids Familie mit einem Telefonanruf aus der unerträglichen Tortur des ungewissen Wartens zu befreien.

Alternative 2:

Sollte aber die Erklärung des deutschen Konsuls der Wahrheit entsprechen, so bleibt für uns keine andere Erklärung für Hamids spurloses Verschwinden als ein Verbrechen der Terroristen Khomeinis, keine andere Erklärung als ein von langer Hand vorbereiteter, von einer starken (weil sich auf staatliche Macht stützenden), unterirdischen Terrororganisation durchgeführter Menschenraub oder Mord. Entweder haben die Agenten des iranischen Geheimdienstes SAVAMA ihn ermordet und alle Spuren nach allen Regeln der Kunst beseitigt oder aber ihn gekidnappt, um ihn nach Iran zu bringen und unter der Folter Namen und Adressen seiner politischen Freunde aus ihm herauszupressen, um auf diese Weise weitere Widerstandsgruppen zu liquidieren. Die bisheriger Praxis der religiös-faschistischen Herrschaft Khomeinis läßt das letztere wahrscheinlicher erscheinen.

IHRE WUNDEN zeigt die Iranerin Azam Riahi Journalisten im UNO-Hauptquartier von New York, um gegen die barbarischen Foltermethoden des Khomeini-Regimes Anklage zu erheben.

APPELL

Wir appellieren an alle freiheitlich gesinnten Menschen, an alle fortschrittlichen Journalisten und Publizisten, an alle demokratischen Organisationen und Parteien, an alle humanistischen Hilfsorganisationen, an Amnesty International, an die UNO, an alle Verantwortlichen in Gesellschaft, Presse, Funk und Fernsehen, uns zu helfen, ein Menschenleben zu retten, dadurch, daß sie diesem Fall Publizität verschaffen. Wir glauben, daß Hamid Bahmani noch lebt. Nur das Licht der Publizität kann die dunklen Machenschaften von professionellen Kidnappern und Mördern durchkreuzen und ein Verbrechen verhindern. Lassen wir es nicht soweit kommen!

Solidaritätsadressen an

Komitee "Rettet das Leben von Hamid Bahmani!"

Postfach 100113, 6000 Frankfurt 1

DIE INTERNATIONALE

Auf, ihr Verdammten des Planeten,
auf, Hungerknechte aus dem Sumpf!
Vernunft bricht aus den Morgenröten,
Aus Schlünden donnert sie Triumph.

Macht endlich Schluß mit dem Gewesnen!
Es stürzt die Welt. Der Tag ist nah.
Denn heut' sind wir die Auserlesnen.
Wir waren nichts, jetzt sind wir da!

Zum letzten Kampf, ihr alle, ihr Völker im Verein,
die Internationale wird alle Menschheit sein!

Wir wissen, daß uns glücklich mache
kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun.
Genossen, unsrer Freiheit Sache
kann nur in unsren Händen ruh'n!

Packt, bis es brüllt, das Ungeheuer
und schafft dem Geist ein freies Gleis!
Wir blasen jetzt ins eigne Feuer,
schlagt auf den Stahl, er ist noch heiß!

Zum letzten Kampf, ihr alle, ihr Völker im Verein,
die Internationale wird alle Menschheit sein!

Staat und Gesetz geh'n über Leichen.
Die Steuer wird zum Massenmord.
Wo gibt es Pflichten für die Reichen?
Des Armen Recht? Ein leeres Wort!

Genug! Es sprechen jetzt die Knechte
und das Gesetz der Gleichheit spricht:
Nicht eine Pflicht mehr ohne Rechte
und keine Rechte ohne Pflicht!

Zum letzten Kampf, ihr alle, ihr Völker im Verein,
die Internationale wird alle Menschheit sein!

Arbeiter, Bauern, kommt zum Ende!
Wir sind der Schaffenden Partei!
Die Welt gehört in unsre Hände,
der Reichen Schonzeit ist vorbei!

Sie sogen Blut aus unsren Wunden.
Reißt ihnen ab den Heiligenschein!
Erst wenn das Geiervolk verschwunden
wird unsre Welt voll Sonne sein!

Zum letzten Kampf, ihr alle, ihr Vö
die Internationale wird alle Mensch

(Originaltext von Eugene Pottier, geschrieben 1871; nach der Übersetzung von Erich Weinert)

lker im Verein,
heit sein!
27

Betrift: Gerhard Linner

Einigen Lesern dieser Zeitschrift wird Gerhard Linner (früher JVA Straubing, jetzt JVA Kaisheim) noch bekannt sein, einige kennen vielleicht auch die Gefangenenzeitschrift "Haberfeld". Um Öffentlichkeit über die Situation von ihm zu schaffen (Einzelhaft bei strikter Abschottung von anderen Gefangenen, keine 2/3 Entlassung, Kontaktsperren etc....), veröffentlichen wir im folgenden einige seiner letzten Briefe, Kürzungen sind durch ..... markiert. Im Anhang dokumentieren wir auch ein Diskussionspapier von ihm zur Problematik "Soziale" Gefangene - "Politische" Gefangene, das von ihm zwar ursprünglich nicht zur Veröffentlichung vorgesehen war, da es nur provisorischen Charakter hat, angesichts seiner momentanen Schwierigkeiten halten wir eine Veröffentlichung trotzdem für angebracht. Wir fordern alle Leser/innen auf, Gerhard durch Briefe, Bekanntmachen seines Falles etc. zu unterstützen, hier seine Anschrift:

Gerhard Linner
JVA Kaisheim
Abteistr.10
8851 Kaisheim

(07.01.1987) ..... Bei mir hat sich einiges getan. (Zwangsverlegung, Absonderung, Post- und Besuchssperre für drei Monate). Zwischendurch hatte ich noch ne Nierenkolik (Nachwirkung des HS). [Anmerkung der Red.: In der JVA Straubing unternahm Gerhard wegen seiner Haftbedingungen einen mehrwöchigen Hungerstreik] Zur Absonderungskiste zitiere ich Dir am besten die offizielle Stellungnahme der AL, um beim Zensor nicht in Ungnade zu fallen:

"Der Gefangene Linner verfolgt seit langem vollzugsfeindliche Ziele. So versucht er die Erstellung einer Gefangenenzeitschrift mit dem vielsagenden Titel "Haberfeld". In der JVA Straubing mußten alle Ausgaben dieser Zeitschrift, die durch dritte Personen außerhalb der Anstalt vertrieben werden, angehalten werden, da der Inhalt erheblich das Ziel des Vollzugs, die Ordnung der Anstalt sowie teilweise deren Sicherheit gefährdete und die Artikel grob unrichtige bzw. erheblich entstellende Darstellungen von Anstaltsverhältnissen sowie grobe Beleidigungen enthielten. Wegen der Einzelheiten darf auf die Anhalteverfügung der JVA Straubing vom 18. Juni 1986 verwiesen werden.

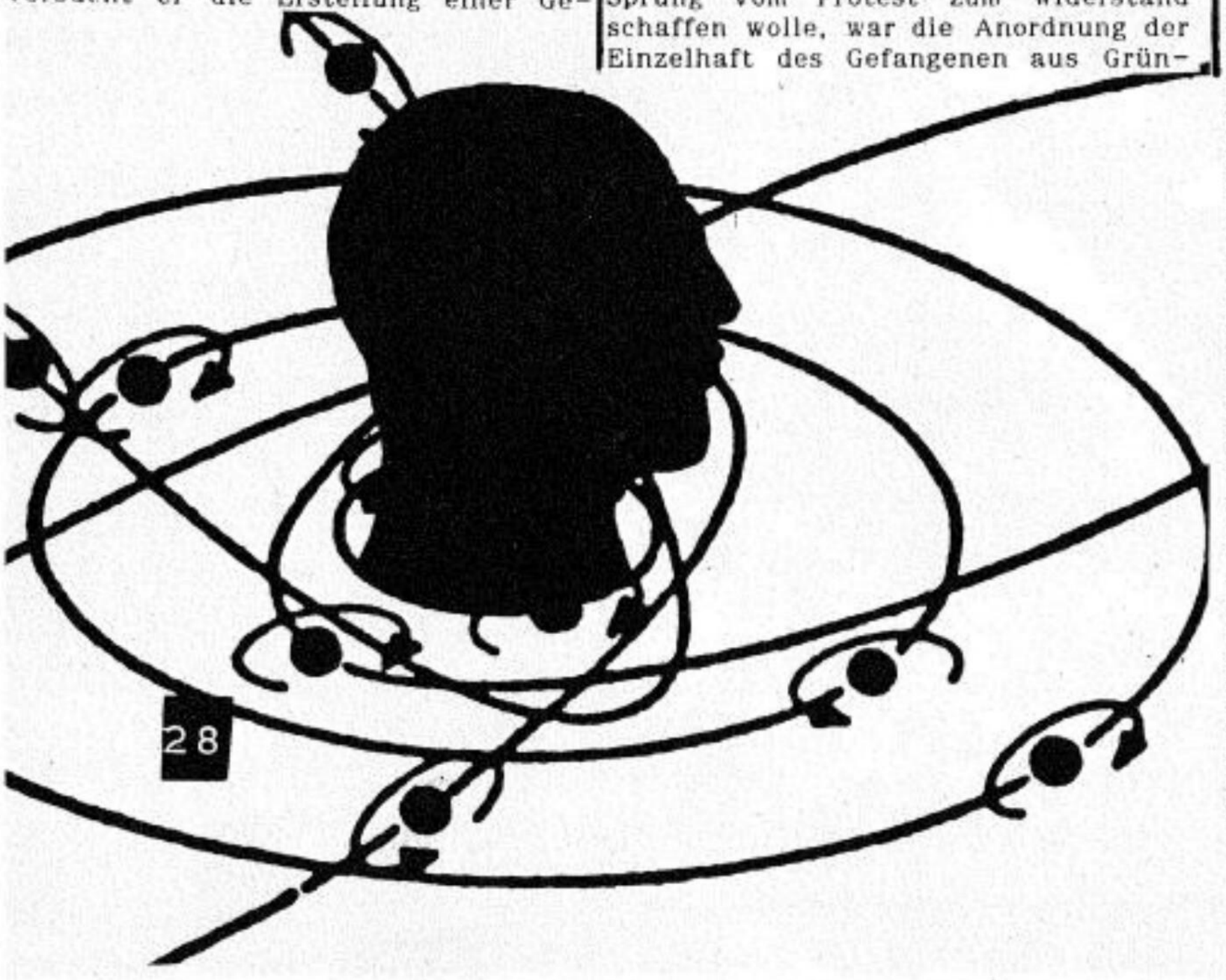
Außerdem betätigte der Gefangene Linner Vorbereitungshandlungen dahingehend, eine "Linke Alternative SOL" [SOL ist eine (reformistische) Gefangenen"Gewerkschaft", Red.] aufzubauen. Hierzu hat er ein Schreiben mit einem Fragenkatalog erstellt, welches von dritten Personen außerhalb der Anstalt vervielfältigt und an Gefangene im ganzen Bundesgebiet verschickt wurde. Dies hat beim größten Teil der Anstalten erhebliche Unruhe ausgelöst.

Schließlich planten mehrere Gefangene der JVA Straubing, wobei der Gefangene Linner als Sprecher vorgesehen war, am 15.9.1986 um 17.10 Uhr, auf das Dach dieser Anstalt zu steigen, um auf ihre politischen Forderungen aufmerksam zu machen.

(...) Um solche weitere meutereiähnliche Unternehmen von Gefangenen zu verhindern, wurde der Gefangene Linner in die hiesige Anstalt verlegt.

Nachdem der Gefangene auch hier schriftlich äußerte, daß er in der JVA Kaisheim ein neues Betätigungsfeld gefunden habe und seine Ziele weiterverfolgen werde, wobei der den Sprung vom Protest zum Widerstand schaffen wolle, war die Anordnung der Einzelhaft des Gefangenen aus Gründen, die in der Person dieses Gefangenen liegen, nach § 89 StVollzG durch die hiesige Anstalt unerläßlich, da weitere gewaltsame Aktionen, wie sie in der JVA Straubing geplant waren, nicht auszuschließen sind."

Soweit also das Offizielle. Hoffe, Du blickst jetzt ein wenig durch, was so alles läuft. Das Übrige wird sicherlich in guten Gefangenenzeitungen stehen. Der Anti-Knast-Kampf wird als nicht so wichtig eingeschätzt. Ich halte dies für ne Fehleinschätzung und erinnere dran, was Ostermeyer gesagt hat: Die Knastzelle ist die Keimzelle der Gesellschaft. Diese menschenfeindliche Politik ist eben nur auf dem Hintergrund der Knäste durchsetzbar. ..... Der Anti-Knast-Kampf krankt vor allem an diesem verdammten fürsorgerischen von Euch draußen. Für die Gefangenen! Son Quatsch. Niemand braucht was für mich zu tun. Für uns alle, weil wir nicht ständig unter der Drohung leben wollen. Wir müssen an die Wurzeln der Scheiße ran und dies bedeutet Kinder-Kampf und Anti-Knast-Kampf. Unsere revolutionäre Klasse sind nicht die Facharbeiter, sondern die Menschen, die im Dreck liegen. Ich denke, daß hier einfach wieder mal ne Entwicklung verschlafen wird. In Bochum ist ne autonome Gefangenengruppe von ca. 25 Mann entstanden. Glaubst Du, ich könnt für die nen Gegenpol draußen finden. Nicht ums Verrecken. Unser Konzept sah ja so aus, daß jeweils ne Gruppe drinnen und ne Gruppe draußen ne autonome Einheit bilden und die Koordination dann durch die Gruppen draußen erfolgt, wobei die Gruppe draußen natürlich jeweils ihre Gruppe drinnen mitvertritt. Scheitert voll am draußen. Zum Kotzen. Derzeit mach ich so ne Art Notdienst, damit die drinnen nicht ganz verzweifeln, aber ich bin natürlich drinnen zu angreifbar. ..... muß mir echt was einfallen lassen, damit dieses beschissene "für die Gefangenen" verschwindet. ZL [Zusammenlegung, Red.] ist ja auch sone beschissene Forderung, mit der ich meine Schwierigkeiten hab. Viel zu defensiv. Die Masse der Gefangenen wird damit einfach abgeschrieben. Kleingruppenmentalität. Die einzig relevante Sache wär ne Amnestiebewegung, aber dazu fehlen uns die Aktiven draußen. So gehts bei allem. Ich red mir den Mund fusslig und schreib mir die Finger wund, weil ich den Drachen nicht bloß ein wenig am Schwanz ziehen will, sondern den Sieg anstrebe. Die aktiven Leut draußen kann ich derzeit an den Fingern einer Hand abzählen. Genosse, will Dir jetzt hier nix vorheulen, aber das muß anders werden. Es gibt zu viele Leute wie Dich, die sich für Knastproblematik "interessieren" und zu Wenige, die den Anti-Knast-Kampf aufnehmen. Mach ich Dir nicht zum Vorwurf, aber mich machts traurig. Denke an Frankreich 68 und frag mich, wieso wir das nicht schaffen. .....



(07.02.1987) ..... Du hast sicherlich ganz recht, daß es nicht so sehr darauf ankommt, daß sich nun alle auf den Knastkampf stürzen. Viel wichtiger ist, daß die Kämpfe zusammen kommen. Technisch stell ich mir das so vor, daß die Knastgruppen nicht isoliert sind, sondern auch z.B. bei Anti-WAA-Aktionen, Widerstandstagen u.ä. präsent sind, daß z.B. das Haberfeld dort ausgelegt ist, daß Knastkampf stärker in anderen Blättern präsent ist. Ich denke da wird sich auch einiges tun. Derzeit ist bei uns grad ein Schwerpunkt das Verhältnis zu den politischen Gefangenen. Ich denke, daß das Verhältnis unter uns Gefangenen entkrampfter ist, als es bei den Gruppen draußen zum Ausdruck kommt. Da wird wohl einiges in Bewegung kommen. Die Einheit der kämpfenden Gefangenen, das ist das Nahziel. Ich denke, daß die Spaltung eher von draußen kommt, weil die Linke da zu sehr mit nem Schubladendenken rangeht. Für die Gefangenen besteht die Spaltung so nicht, denn wenn du mit der Repression konfrontiert bist, interessiert dich nicht, weshalb der andere sitzt. Was zählt, ist das konkrete Verhalten. Ich leg Dir dazu ein BLatt bei. Solltest Du aber noch nicht veröffentlichen, denn da wird demnächst ne wesentlich fundiertere Position von uns sogenannten sozialen Gefangenen kommen. [vgl. Einleitung oben, Red.] Da wirds drum gehen, wie wir uns mit der ZL-Forderung auseinandersetzen. Da wirds um unsere Forderungen gehen. Da wirds drum gehen, ob wir ZL und unsere anderen Forderungen zusammenkriegen und gemeinsam dafür kämpfen können.

Ich sehs so, daß wir nur gemeinsam was durchdrücken können. Die Genoss/inn/en aus der RAF können allein nicht erfolgreich sein, weil der Staat nur mit dem Wort RAF alles wegdrückt / die Spaltung/Distanzierung bis in die Linke reicht. Wir sogenannten sozialen Gefangenen können wiederum nicht erfolgreich sein, wenn wir ohne den konsequentesten Teil des Widerstands kämpfen. Es geht nicht drum, daß wir uns einfach den Genoss/inn/en aus der RAF anschließen. Wir haben unsere Position zu konkretisieren und dann ist zu überlegen, was gemeinsam getragen werden kann. Ein solches Zusammenkommen könnte Auswirkungen nicht nur auf den Anti-Knast-Kampf, sondern auf die gesamte Linke haben. Da läuft jetzt grad ein Entscheidungsprozeß innerhalb des Felds. .....

(05.06.1987) ..... Tja, Ihr wartet also auf Ergebnisse der weiteren Arbeit und es gibt sie nicht. Es fällt mir immer schwerer noch was zusammenkriegen. Mit zunehmender Iso verschwimmt alles. Es ist schon schwierig überhaupt noch die Zeitung zu lesen. Oft lese ich einen Artikel und kann zum Schluß beim besten Willen nicht mehr sagen, was ich gelesen habe. Isolation bedeutet psychische Vernichtung. Es ist ein Irrsinnskampf die Gedanken zusammenzuhalten. Wenn ich abends einen Brief schreibe, so sitze ich stundenlang vor dem Papier und wenn ich schreiben will, so ist der Gedanke schon wieder weg. So brauche ich für einen Brief von einer DIN-A4-Seite oft 4-5 Stunden. Ulrike Meinhof hat mal gesagt: Wenn Du zwei Zeilen schreibst, dann weißt du am Ende der zweiten nicht mehr, was du in der ersten geschrieben hast. Genauso ist es. In letzter Zeit habe ich festgestellt, daß ich Selbstgespräche führe. Sprechen ist auch so ne Sache. Ich kann' nicht mehr abschätzen, ob ich laut oder leise spreche. Auch kostet das Sprechen viel Kraft. Um normal zu reden, mußt du dich anstrengen, als ob du brüllen müßtest. Den ganzen Tag friere ich. Es verschwimmt alles. Da ist nur noch das übermächtige Bewußtsein, daß ich mich an denen rächen muß, die mich in die Iso gesteckt haben. Das beherrscht alles. Ich hätte nie gedacht, daß ich einmal von Mord träumen würde. Freiheit hat einen Preis: Revolution!

P.S.: Gerhard geht es inzwischen wieder ein Stück besser.

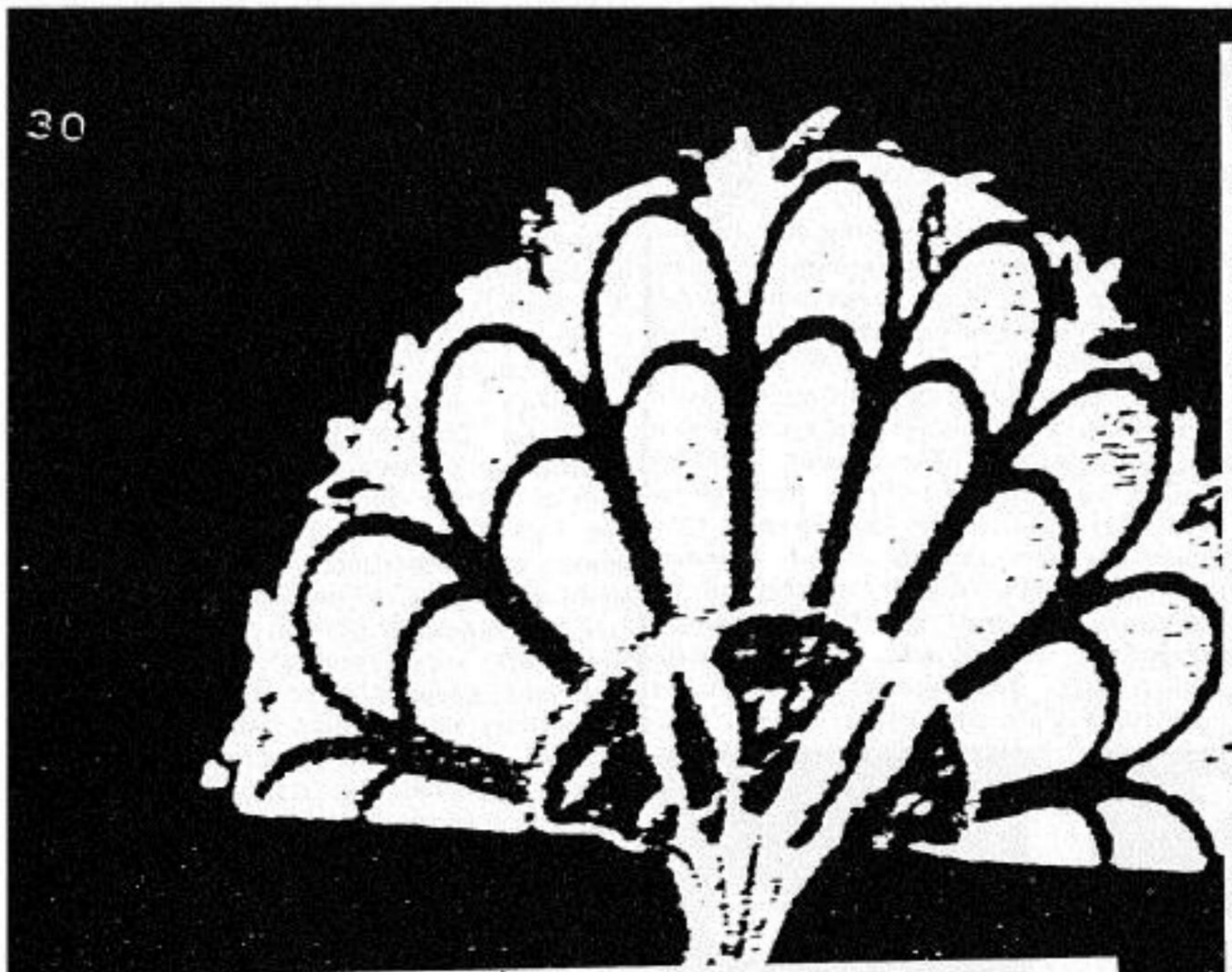
Anhang: Politische Gefangene - elitär und arrogant?

Immer wieder habe ich mich nun dabei ertappt, daß ich in der Diskussion geradezu krampfhaft eine Abgrenzung zu den Genoss/inn/en aus der RAF suche. Das Schlimme daran ist, daß diese krampfhafte Abgrenzung nicht das Resultat meiner persönlichen Erfahrungen ist, sondern diesen Erfahrungen zuwiderläuft. Wie komme ich dazu das Anti-RAF-Bild der Resignationslinken zu projezieren? Ist es die Angst, aus einer kämpferischen Position heraus "die Massen" nicht mehr erreichen zu können? Ist es ein schlechtes Gewissen gegenüber der Konsequenz dieser Genoss/inn/en? Die Konsequenz dieser Genoss/inn/en ist wohl unser ständiges schlechtes Gewissen. Es ist nicht meine Aufgabe zu spekulieren woher diese Urängste mancher Genoss/inn/en vor den Genoss/inn/en aus der RAF kommen. Die Frage ist, weshalb ich ohne Berührungsängste mit reformistischen Gefangenen kooperiere (wo dies in Teilbereichen möglich ist) und gleichzeitig revolutionäre Genoss/inn/en ausgrenze. Dabei ist die Sache doch so einfach. Ich brauche nur von meinen persönlichen Erfahrungen ausgehen.

Ungefähr ein Jahr war ich mit Rolf [Rolf Heissler, JVA Straubing, Red.] im Normalvollzug zusammen. Da waren keine Berührungsängste. Während der gesamten Zeit habe ich Rolf nie elitär oder arrogant erlebt. Da war eine Nähe/ein Vertrauen, wie ich es nur bei wenigen Mitgefangenen erlebt habe. Das "elitär" und "arrogant" von Rolf will ich mal an ein paar konkreten Sachen festmachen. Rolf war sich nicht zu schade für Mitgefangene auf der Schreibmaschiene teilweise sogar banale Anträge zu tippen, brachte den Leuten Zeitungen, hörte jeden an, half ohne Frage mit Tabak und Kaffee aus. Lauter Kleinigkeiten, aber eine Solidarität die in ihrer Konsequenz beispielhaft war. Besonders gut erinnere ich mich an einen Vorfall. Ein libanesischer Gefangener war ins Haus III (psychatrische Abteilung) gebracht worden. Spontan kam von Rolf die Aufforderung zu ner Spontanaktion. An der Reaktion der Mitgefangenen wurden mir dann die Unterschiede deutlich. Da kamen dann Vorschläge, die auf Petition etc. hinausliefen. Rückzugsgefechte um nicht kämpfen zu müssen. Da war bei mir eine viel größere Nähe zu Rolf, als zu den anderen. Noch eindringlicher war das Verhalten von .Rolf während meines HS. Da kam am ersten Tag zwar Kritik, weil ich so spontan/wenig durchdacht reagiert hatte, aber (und diese Solidarität habe ich nur bei Rolf erlebt, bei keine/m/r Haberfeld-Genossen/in) dann hat er meine Entscheidung respektiert und sein ganzes Verhalten während der Zeit des HS war solidarisch. Praktisch sah dies so aus, daß er mir z.B. anbot, mir das Wasser zu holen (in meiner Zelle war kein fließendes Wasser). Täglich brachte er mir Zeitungen, setzte sich bei der Ärztin dafür ein, daß ich Minerlwasser bekam u.v.a.m.

Wie komme ich dann dazu in der Theorlediskussion Schranken zwischen Rolf und mir aufzubauen, die es nicht gegeben hat? Ich will die politischen Unterschiede zwischen Rolf und mir garnicht übertünchen. Allerdings will ich auch nicht die Gemeinsamkeiten einfach wegleugnen. Eine revolutionäre Knastbewegung (und eine solche strebe ich nach wie vor an) kann an die Genoss/en/innen aus der RAF nicht wegdrücken/ausgrenzen. Es ist für mich ein erstrebenswertes Ziel mit Rolf zusammengelegt zu werden.Deshalb:

ZUSAMMENLEGUNG ALLER KÄMPFENDEN GEFANGENEN!



Vergewaltigungen in politischen Zusammenhängen

Was ist passiert

M[redacted] H[redacted] ein Typ aus der Duisburger Scene, hat in einem Zeitraum von zwei Jahren drei Frauen vergewaltigt. Die erste Vergewaltigung liegt schon zwei Jahre zurück, die letzten beiden sind im letzten halben Jahr passiert. Was alle drei Fälle gemeinsam haben, ist die Art des Ablaufs. M[redacted] hat mehr oder weniger zufällig mit den Frauen in einem Bett geschlafen und diese dann angefangen zu befummeln, sie bedrängt und wollte seine Bedürfnisse nach Sexualität befriedigen. Die Frauen haben alle gesagt bzw. gesagt, daß er die Finger von ihnen lassen soll. M[redacted] hat das ignoriert, mit seiner Fummelei weitergemacht. Weitergemacht die Frauen gegen ihren Willen anzufassen, gegen ihren Willen versucht, seine Bedürfnisse an ihnen zu befriedigen.

Was den Taten hinzuzufügen ist, ist die mangelnde Bereitschaft von Michael sich mit sich und dem was er da tut auseinanderzusetzen.

Mit den Leuten, die, anders als wir, gesagt haben sie wollen sich noch weiter mit ihm auseinandersetzen, ist von seiner Seite aus nichts gelaufen. Außer Entschuldigungen, er hat das nicht genau mitbekommen, war im Halbschlaf", tat sich da nichts.

Einschätzung und unsere Entscheidung

Bringt mensch das Ganze auf den Punkt, heißt das für uns, das ist ganz klar Vergewaltigung. Nicht erst wenn ein Typ eine Frau in eine dunkle Ecke zerrt, reden wir davon. Die beginnt für uns da, wo M. sich über den Willen der Frauen hinweggesetzt hat, bzw. diesen ignoriert hat. Vergewaltigungen in Beziehungen sind Alltag, aber deswegen nicht weniger schlimm. Diejenigen, die das nicht so bewerten, ignorieren die Situation von Millionen von Frauen und zeigen damit nicht vorhandenes politisches-menschliches Bewußtsein. Genauer gesagt: hier wird das Waren- und Unterdrückungsverhältnis dieser Gesellschaft reproduziert. Die Frau als Ware, über die jeder Zeit nach Belieben verfügt werden kann.

M. hat nichts von dem verstanden, von dem er vorher geredet hat, politisch geschwafelt. Seine Gewalt ist genau die Gewalt in purer Form, die das kapitalistische, patriarchale System ausmacht. Sein Verhalten ist somit systemerhaltend. Der tiefe Bruch, der durch sein Verhalten in seiner Politik erkennbar wird, macht M. unglaubwürdig.

Ein solcher Widerspruch zwischen den revolutionären Zielen und dem Verhalten von M., daß nur die verhaßte Unterdrückung widerspiegelt, gehört nicht zu den Widersprüchen, die in revolutionären Zusammenhängen aufgefangen und verarbeitet werden können.

Nachdem die Diskussion um die Vergewaltigung aus den einzelnen WG's heraus in den Infoladenzusammenhang (in dem auch M. steckte) getragen wurde, versuchten zwei Typen in der Diskussion verstärkt M.'s Verhalten zu bagatellisieren. Sie fühlten sich "viel betroffener, wenn der M[redacted] den Kühlschrank leerfrißt" und meinten "jetzt hört doch endlich mit dem Scheiß auf, damit wir zu was anderem kommen". Sie machen den Versuch, die Vergewaltigungen und Unklarheiten im Verhältnis zu Befreiungsbewegungen auf eine Ebene zu bringen "den könnt ihr gar nicht ausschließen; hier ist keiner perfekt, dann würden hier viele nicht sitzen, gerade wegen ihrem Verhältnis zum internationalen Befreiungskampf". Sie stellten es ganz klar "daß Micha in erster Linie unser Genosse ist und bleibt" und er ihnen "50 mal wichtiger ist, als Frauen in anderen Städten" und machten damit deutlich, daß es keinen gemeinsamen Kampf mit ihnen geben würde, denn auch den Kampf gegen Patriarchat wollten sie nicht jetzt, sonder nach der Revolution führen!

Unsere erst nach mehreren Treffen gefällte Entscheidung, mit M. und den Beiden, die sich stark mit ihm solidarisierten, nicht mehr weiter zu reden, stieß bei einem Großteil der anderen auf große Ablehnung. Sie fühlten sich überrumpelt, beschimpften uns heftig als "Spalter", die "mutwillig den Zusammenhang kaputt machen wollen". Obwohl wir mehrmals versuchten unsere Entscheidung klar zu machen, daß es mit Vergewaltigern und solchen, die das Verhalten von Vergewaltigern mit sexistischen, chauvinistischen Bemerken unterstützen, keine Zusammenarbeit gibt, meinten sie "man müsse ja das, was passiert ist allgemein mit allen diskutieren", und im "kollektiven Prozeß" herausarbeiten (wie man/frau auch immer das unter solchen Bedingungen erreichen mag).

Außerdem macht nur ein in Ansätzen jetzt schon sichtbares und greifbares "revolutionäres" Leben die ganzen mörderischen Herrschaftsstrukturen des Systems noch deutlicher und kennzeichnet ein Leben nach der Revolution noch besser, was unseren Kampf zu einer glaubwürdigen Perspektive macht. Das Akzeptieren und Zukleistern solcher Brüche kann nur als Zeichen verwässerter, toter Politik verstanden werden.

Für uns heißt das: Wir wollen M. nicht in unseren Strukturen haben, samt und sonders derjenigen, die sich noch mit ihm auseinandersetzen bzw. das Ganze als "nicht so gravierend" bewerten. Dies ist unsere klare Entscheidung an den Dingen, die passiert sind, die aber erst sehr spät getroffen wurde. Deren weitergehende Tragweite ist einigen von uns erst jetzt bewußt geworden.

Wir denken deswegen, daß eine intensive und längere Diskussion über und innerhalb unserer Strukturen dringend notwendig ist, ohne die wir nicht weiterarbeiten können und wollen.

Wir haben zugelassen, daß sich ein Begriff von antiimperialistischer Politik und Kollektivität durchgesetzt hat, der lediglich materiell am Ziel orientiert war und außer achtgelassen hat, mit was für Menschen und auf welchem Wege wir kämpfen wollen.

Reaktionen in der Scene

s gab noch weitere "Diskussionen" it nigen von Ihnen, die aber den chwerpunkt der Diskussion an der ritik über unser Vorgehen legten und s weniger deutlich machten, welche osition sie letztendlich zu Patriar- hat, Vergewaltigung und der Unter- tützung von Vergewaltigern haben. In er fast ausschließlich formellen Be- rachtungsweise unsere Entscheidung nd der daraus resultierenden Vorge- ensweise, wie "ihr seid beschissen ufgetreten", "ihr habt die Spaltung ollzogen", "was ist mit dem Infola- en? Den Gefangenen?", "ihr macht das lles kaputt", "das könnt ihr doch icht machen", konnte unsere Erwar- ung an eine weitergehende Diskus- ion, um eine tiefergreifende, politi- che Betrachtung/Einschätzung um die ergewaltigung nicht erfüllt werden.

as auch deutlich geworden ist bei er Diskussion ist, daß die Sozialisa- ion des Vergewaltigers mehr berück- ichtigt worden ist, als die Situation er vergewaltigten Frau. Der Eindruck ntstand, daß sie nicht denen näher- tehen, die sich gegen Vergewaltiger tellen, sondern dem Vergewaltiger elbst.

Die Leute, die jetzt alleine den Info- laden weitermachen, haben ihr schwammiges Verhältnis nur wenig klarer gemacht; momentan arbeiten sie nicht mit M. zusammen, aber wollen es, wenn "er die Vergewaltigung ver- arbeitet hat" und auch eine "punktu- elle" Zusammenarbeit mit denen, die sich eine Zusammenarbeit mit M. vor- stellen können, wird es geben. Unklar bleibt "nur", wie ein Vergewaltiger sein Verhalten so verarbeiten kann,

daß mit ihm eine weitere Zusam- menarbeit in revolutionären Strukturen möglich ist. Zumal er anderthalb Jahre die Möglichkeit hatte, sich darüber auseinanderzusetzen, es nicht getan hatte und noch im Gegenteil sein Un- terdrückerverhalten noch mehrmals wiederholte und selbst bei Diskussio- nen über sein Verhalten es nicht nö- tig befand sich zu äußern.

Erste Thesen zu Imperialismus und Patriarchat

Der Kampf gegen den Sexismus ist nur in Verbindung mit dem Kampf gegen den Imperialismus zu führen. Weil sich unser Kampf gegen jegliche Art von Herrschaft richtet, nicht nur gegen die Sexistische. Innerhalb des imperiali- stischen Systems kann mensch sich nicht vom Patriarchat befreien, weil das System Stützen von Sexismus und Unterdrückung ist. Und erst durch die vom Imperialismus geschaffene inter- nationale Arbeitsteilung, die zu Lasten der Völker und insbesondere der Frauen Lateinamerikas, Afrikas und Asiens geht, werden in den Metropolen gewisse Spielräume und Zugeständnisse des Systems, wie staatlich geförderte Frauenprojekte ermöglicht. Der Impe- rialismus braucht die Frauen, weil sie die ausgebeutete Kraft der Männer für den weiteren Ausbeutungsprozeß wie- der herstellen sollen. Das System brauch den Sexismus, weil er die un- terdrückte Klasse selbst noch einmal in Herrscher und Unterdrückte spaltet. Die Unterdrückten verbinden sich also mit ihren Herrschern in der gemeinsa- men Herrschaft über die Frauen.

Für den Erhalt des Systems ist es notwendig, daß die ausgebeuteten Menschen das Wesen des Systems ver- innerlichen und das selbst unter ihnen die Strukturen des Systems reprodu- ziert werden. Die Frauen sind die, die den letzten Platz in dieser Herr- schaftshierarchie einnehmen und die, die von allen Formen und Abstufungen der Unterdrückung betroffen sind.

Weil auch die Männer der vom Impe- rialismus unterjochten Völker und Klassen über die Frauen herrschen, wird diese Herrschaft auch weiter be- stehen, wenn der Imperialismus besiegt ist. Befreiung vom Imperialismus be- deutet das Ende der kapitalistischen Klasse, aber nicht das Ende der Män- nerherrschaft.

Um eine herrschaftsfrei Gesellschaft zu erreichen, muß der Kampf gegen den Imperialismus mit dem Kampf ge- gen das Patriarchat verknüpft werden.

Wir sind uns bewußt, daß diese Thesen für eine intensive und ausführliche Auseinandersetzung zu kurz gegriffen sind; sie sind Ergebnis erster Diskus- sionen und könne allenfalls als Aus- gangspunkt für Weitere verstanden werden.

Ohne Befreiung der Frauen gibt es keine Revolution!

Ohne Revolution gibt es keine Be- freiung der Frauen!

Der Schein trügt. Nicht nur dieser.

Demnächst wie alle Jahre wieder produzieren die Gremienwahlen den Schein politischen Geschehens an der Hochschule. Mit mehr oder weniger Stimmen bedacht, werden die unermüdlichen Stellvertreter "studentischer Interessen" die für sie vorgesehenen Mitbestimmungs-Plätzchen an der Seite der Professoren einnehmen. Der Schein kann aufrecht erhalten werden, weil die um Wähler konkurrierenden Organisationen die Gremien mit Machtpositionen und die sich dort eröffnenden Möglichkeiten und die zu erledigende Arbeit mit Politik verwechseln. Wie Indianern in Reservaten wird ihnen das Recht zugestanden, an und an politische Kriegstänze aufzuführen, wobei sie jedoch nicht Hölderlins alte Indianerweisheit beherzigen: "Wir lassen Widerstand nach **unserem** Willen entstehen, wir reizen den Gegner zu dem, worauf **wir** gerüstet sind." Im Gegensatz zu einer Politik, die demnächst in die ewigen Jagdgründe eingehen wird, weil sie sich auf das Feindesland des institutionellen Rahmens locken läßt, fordern wir zur Selbstbestimmung auf, zur außerplanmäßigen Opposition. Nach jahrelangem Studium der Geschichte der APO und einer akribischen Auseinandersetzung mit den Interessen und Inhalten der Studentenbewegung sind wir zu dem Schluß gekommen, daß die subversive Kraft der Kartoffel nicht zu unterschätzen ist. Zu einem Boykott des offiziell genehmigten und beglaubigten Demokratie-Rituals ist also ein bloßes Fernbleiben von den Wahlen nicht ausreichend. Die effektive Sabotage des Gremien-Mitbestimmungs-Managments, jetzt neu an Ihrer Urne:

Fassungslose Studentenschaft

Der wählbare Wahlboykott

Bis zu längst fälligen Aufhebung der Philosophie durch ihre Verwirklichung bereichern wir das Münchner Universitäts-Syndrom durch organisierte Selbstauflösung einer unfaßbaren Organisation.

Ihr habt keine Wahl - wählt FASSUNGSLOS!

Erfolg gegen die Justiz

Bei zwei wegen Verbreitung bzw. Beteiligung an der Herstellung von Freiraum Nr.9 angeklagten Genossen wurden die Verfahren eingestellt. Nachdem Christoph E. (Berlin) in erster Instanz noch zu einer Geldstrafe verurteilt wurde, stellte das Landgericht München in der Berufungsverhandlung nach zwei Prozeßtagen das Verfahren wegen Verjährung ein, wobei die Kosten die Staatskasse trägt. Auch Christian L. (München) wurde in erster Instanz ebenfalls noch verurteilt, das Verfahren wurde nun auch vom Landgericht eingestellt, in diesem Fall allerdings vor der Berufungsverhandlung und wegen § 154 StPo, was heißt, daß Christian seine bisherigen Kosten selbst tragen muß. Aber auch ein Erfolg, forderte die Klassenjustiz im Strafbefehl noch 2400 DM.

Liebe Leute,

vor einigen Wochen haben wir unseren Stadtteil-Laden LUNTE in Berlin-Neukölln eröffnet. Außer einem Treffpunkt für verschiedene Gruppen und einzelne Interessierte ist er auch ein INFOLADEN mit aktuellen Szenezeitschriften und Broschüren sowie einem Archiv zu vielerlei politischen Themen.

Schickt also zwecks eines fruchtbaren Austauschs eure Infos, Flugis, Kampfschriften, Broschüren etc. an:

LUNTE, Weisestr. 39, 1000 Berlin 44

P.S. Besonders interessiert sind wir auch an Überlegungen und Konzepten zum Thema "Stadtteilarbeit".

MELDUNG-MELDUNG-MELDUNG-MELDUNG-MELDUNG-MELDUNG-MELDUNG-MELDUN

Neue Veröffentlichungen

"De Knipselkrant" Nr.12 bringt u.a. Erklärungen aus dem Widerstand gegen die Volkszählung, eine Erklärung zu Pfingsten in Freiburg, die Prozeßerklärung der zu lebenslanger Haft verurteilten Regis Schleicher (Aktion Directe), Interview mit Gefangenen der CCC (Belgien) u.v.a.m. Bezug: De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland, gegen Einsendung einer beliebigen Geldsumme erhaltet ihr den Knipselkrant so lange bis das Geld aufgebraucht ist und dann eine Zahlungserinnerung.

"Vom Riegel zum Behandlungsvollzug" heißt eine brandneue Broschüre zur Knastentwicklung in Berlin von 78 bis heute. Am Beispiel der Situation drogenabhängiger Gefangener mit Hilfe von Interviews, detaillierter Beschreibung der einzelnen Knäste, Aufzeigen von Gesetzesveränderungen und anhand eigener Erfahrungen wird versucht, die Entwicklung zum Gehirnwäschevollzug darzustellen und Tendenzen abzuleiten. Knast ist längst nicht nur mehr Freiheitsentzug. Bestellungen bei Gruppe Mauerbruch, c/o H.Nilhus, Pankstr.46, 1000 Berlin 65, gegen Briefmarken oder gegen Bezahlung von DM 3.- auf folgendes Konto: R.Sommerfeld, Nr. 393189-105, Spark. Berlin-West.

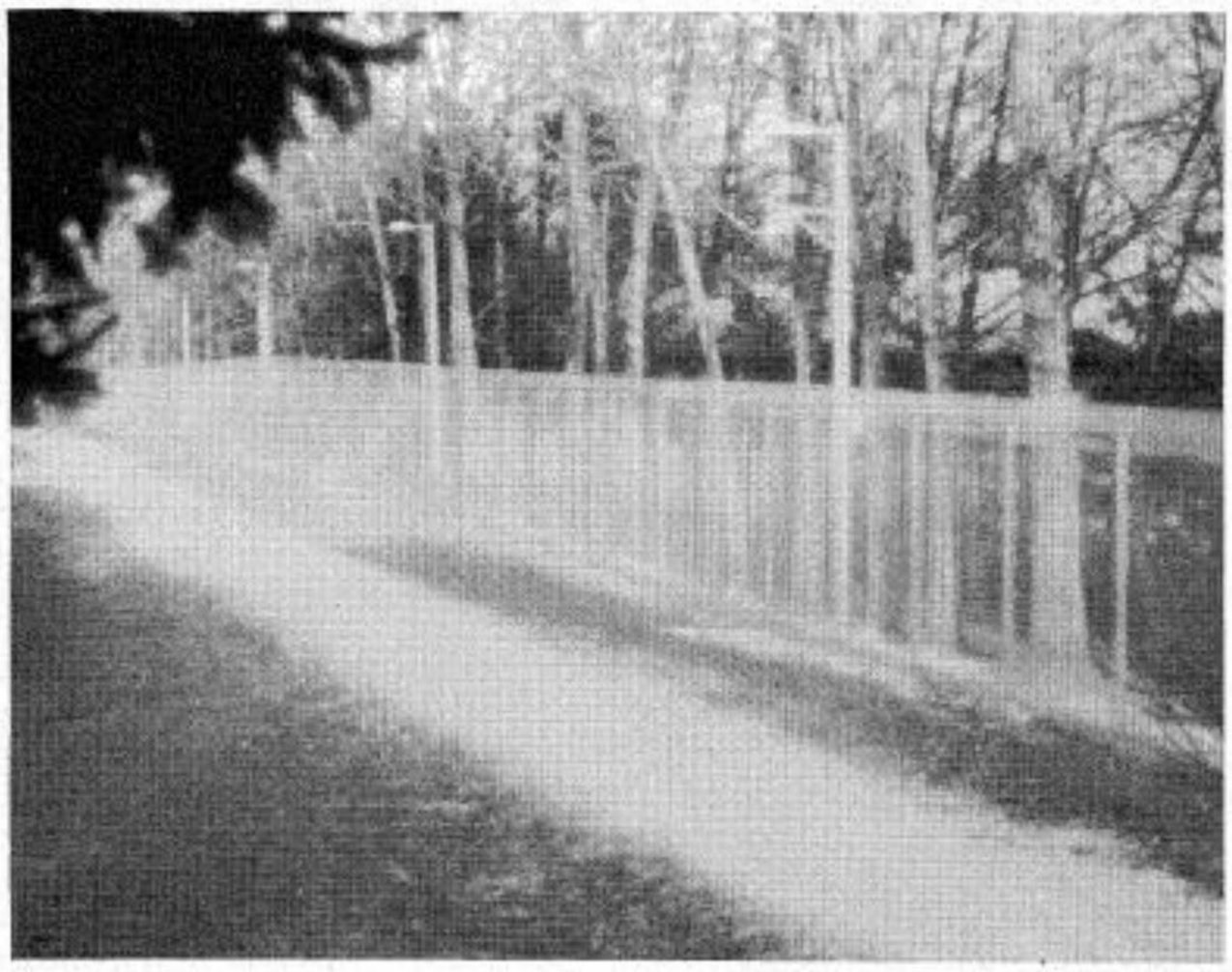
Die Metall-Arbeitsgemeinschaft liefert in der 36-seitigen Siemens-Broschüre umfassendes Material über Geschichte und Praktiken des Siemens-Konzerns. Bezug über GNN-Verlag, Lerchenauerstr.18a, 8000 München 40, Preis DM 2,50.

Das Guatemala-Komitee Berlin hat eine 32-seitige Broschüre "Polizeiterror in Guatemala - Made in Germany" herausgebracht. Inhalt u.a.: Geschichte und Situation Guatemalas, Einfädelung des "Polizeiprojektes",, Geschichte der Polizei in der BRD. 1986 fädelte die Bundesregierung geschickt eine Polizeihilfe an Guatemala ein, als deren Ergebnis im Februar 1987 35 Mercedes-Geländewagen, 60 BMW-Motorräder, Funkgeräte und Videoausrüstung geliefert wurden. Einzelpreis DM 3.-, ab 10 ex. Stck. DM 2.- bei Guatemala-Komitee Berlin, c/o Lateinamerikazentrum, Crellestr.22, 1000 Berlin 62. Sofort bestellen.

Die 52-seitige Broschüre "El Salvador" enthält gute Hintergundberichte aus El Salvador, einige Geschichtliches, Überlegungen zur Kampagne: Unterstützung der FMLN und ihrer Südwestfront "Felicano Ama" u.v.a., gegen DM 5.- u.a. beim Mittelamerika-Sekretariat. Maistr.29, 8000 München 2 zu haben.

"Aidun" - "Wir werden zurückkehren", so lautet der Titel eines von der Autonomen Nahost Gruppe Hamburg herausgebenen 155-seitigen Buches zum palästinensischen Widerstand, es enthält einen Reisebericht, zahlreiche aktuelle Interviews, Presserklärungen etc. Bezug bei Postlagerkarte Nr.059072 B, 2000 Hamburg 4, das Einzelexemplar kostet DM 9,80.

Antifaschistische Gruppen geben heraus: "Asyl-Reader", 36 S., DIN A4, eine Zusammenstellung von Texten, die eine Grundlage für die (Neu)orientierung der Politik der revolutionären Linken in diesem Bereich der Klassenkämpfe darstellen. 1 Exemplar DM 4.-, ab 10 Ex. Stck. DM 3,50, ab 25 ex. Stck. DM 3.-, zu bestellen bei WOZ, Postfach, CH-8042 Zürich. Sehr empfehlenswert.

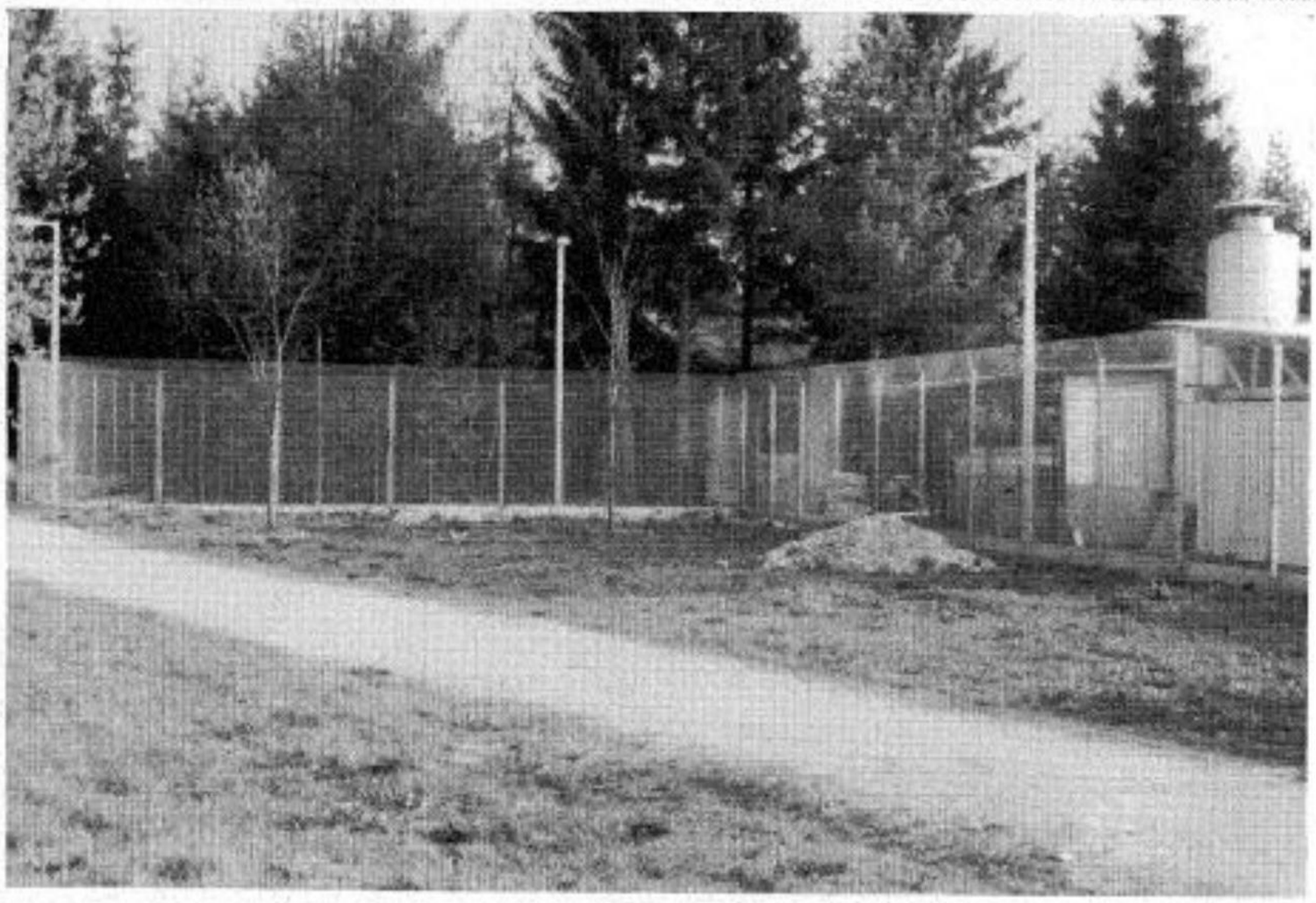


...eue Sicherheitsanlagen bei MBB Ottobrunn

Im nördlichen Bereich des MBB-Geländes bei Ottobrunn wurden in den letzten Monaten die Sicherheitsanlagen verstärkt:

- stärkerer Metallgitterzaun
- alle 30 m Lampen
- mind. alle 60 m eine Videokamera

Zu obigen Einrichtungen am Zaun kommen noch zusätzliche Videokameras im Innenbereich (Gebäudedächer etc.) sowie insgesamt verstärkte Sicherheitsmaßnahmen. Die Kosten dürften bisher bei ca. 1/2 Million DM liegen. Teilweise wurde aber der alte, unzureichende, leicht überkletterbare Zaun belassen, vor allem im Osten. Ist das ...d ausgegangen, oder wurden die Verbesserungen für ausreichend gehalten?



Herzschlag

ERKLÄRUNG ZUM SPRENGSTOFFANSCHLAG AUF DAS NEUE HUMANPHARMAKOLOGISCHE INSTITUT VON CIBA-GEIGY IN TÜBINGEN

Wir haben versucht, unsere eigene politische Geschichte in Theorie und Praxis und die Geschichte der radikalen Linken und Frauenbewegung zu reflektieren und einzuschätzen.

Wir befinden uns im Moment an dem Punkt, wo wir es für uns und insgesamt notwendig halten, weg von den spontanen und punktuellen Ansätzen eine kontinuierlichere und umfassendere radikale Politik zu entwickeln.

Die Kluft zwischen unseren theoretischen Erkenntnissen und unserer Praxis muß kleiner werden. Unser Schwerpunkt liegt deshalb in der Erweiterung unserer praktischen Möglichkeiten. Also darin, uns Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten, um angemessener und vielschichtiger agieren zu können.

Es gibt hier noch keine Massenwiderstand oder vorrevolutionäre Verhältnisse. Trotzdem geht es darum, schon jetzt die Widerstandsformen weiterzuentwickeln, ohne daß wir unsere momentanen Kräfte überschätzen. Bei der Entwicklung unserer Praxis ist es uns wichtig, offensiv mit unseren eigenen Widersprüchen und Ängsten und den Widersprüchen innerhalb der Bewegung umzugehen und das nach außen zu vermitteln.

Folgende Punkte sind uns bei der Entwicklung unseres Widerstandes wichtig:

a) kontinuierliche und verbindliche Strukturen aufbauen

b) antipatriarchales und linksradikales Bewußtsein schaffen

c) militante Praxis entwickeln und weiterentwickeln

zu a) Wir gehen nach wie vor davon aus, daß unter uns und in der radikalen Linken Strukturen bestehen, die nicht frei sind von patriarchaler Denkweise, Hierarchie und Spezialistentum. Oft genug liegt die Ursache für solche Strukturen in der Ignoranz gegenüber dem realen Geschlechterverhältnis, das auch in unserer Szene mehr verwischt als problematisiert wird. Ob wir in der Lage sein werden, das so zu thematisieren, daß eine Entwicklung stattfinden kann, wird die Zeit erweisen. Möglich erscheint es uns nur auf der Grundlage von Verbindlichkeit und Kontinuität. Das erfordert die Bereitschaft, sich zu einer Auseinandersetzung über die unterschiedliche Analyse und Herangehensweise von Männern und Frauen einzulassen. Auch die Beziehungen außerhalb müssen auf die Gruppe zurückbezogen werden und Bestandteil der politischen Praxis sein. Verbindlichkeit und Kontinuität sind auch notwendig für die Aneignung und Entwicklung praktischer Fähigkeiten, um so zum Beispiel die Aktionen für uns wie auch für andere sicherer zu machen. Dadurch sind wir in der Lage, längerfristig effektivere und vielfältigere Aktionen durchzuführen.

zu b) Mit und in unseren Erklärungen wollen wir versuchen, über eine grundsätzliche Analyse des kapitalistisch-patriarchalen Systems deutlich zu machen, daß es für uns keine Akzeptanz der herrschenden Gesellschaft gibt. Wir lehnen alle reformistischen und revisionistischen Veränderungsillusionen ab. Letztlich geht es um die Machtfrage. Es muß notwendigerweise Bestandteil einer radikalen Theorie sein, daß dieses System nicht gewaltfrei zu kippen ist.

Es ist klar, daß sich antipatriarchales, linksradikales Bewußtsein nicht nur über theoretische Erkenntnisse entwickeln kann, sondern daß auch Erfahrungen mit Widerstand gegen staatliche Macht und Willkür, gegen Männergewalt und männliche Ignoranz und gegen kapitalistische Verwertung unerläßlich sind.

zu c) Es geht uns um die Auseinandersetzung über Anwendung, Durchführung, Wirkung und Konsequenzen von unseren Aktionen. Also darum, welchen politischen Stellenwert eine Aktion innerhalb des gesamten radikalen Widerstandes zu einem bestimmten Zeitpunkt hat.

Das Verhältnis militante Kleingruppenaktionen und Massenmilitanz muß ständig reflektiert werden, damit wir effektive Formen von Widerstand entwickeln könne. Wir wollen erreichen, daß auch immer mehr Leute den Schritt zu militanter Praxis machen, weil sie sehen, daß er notwendig und machbar ist.

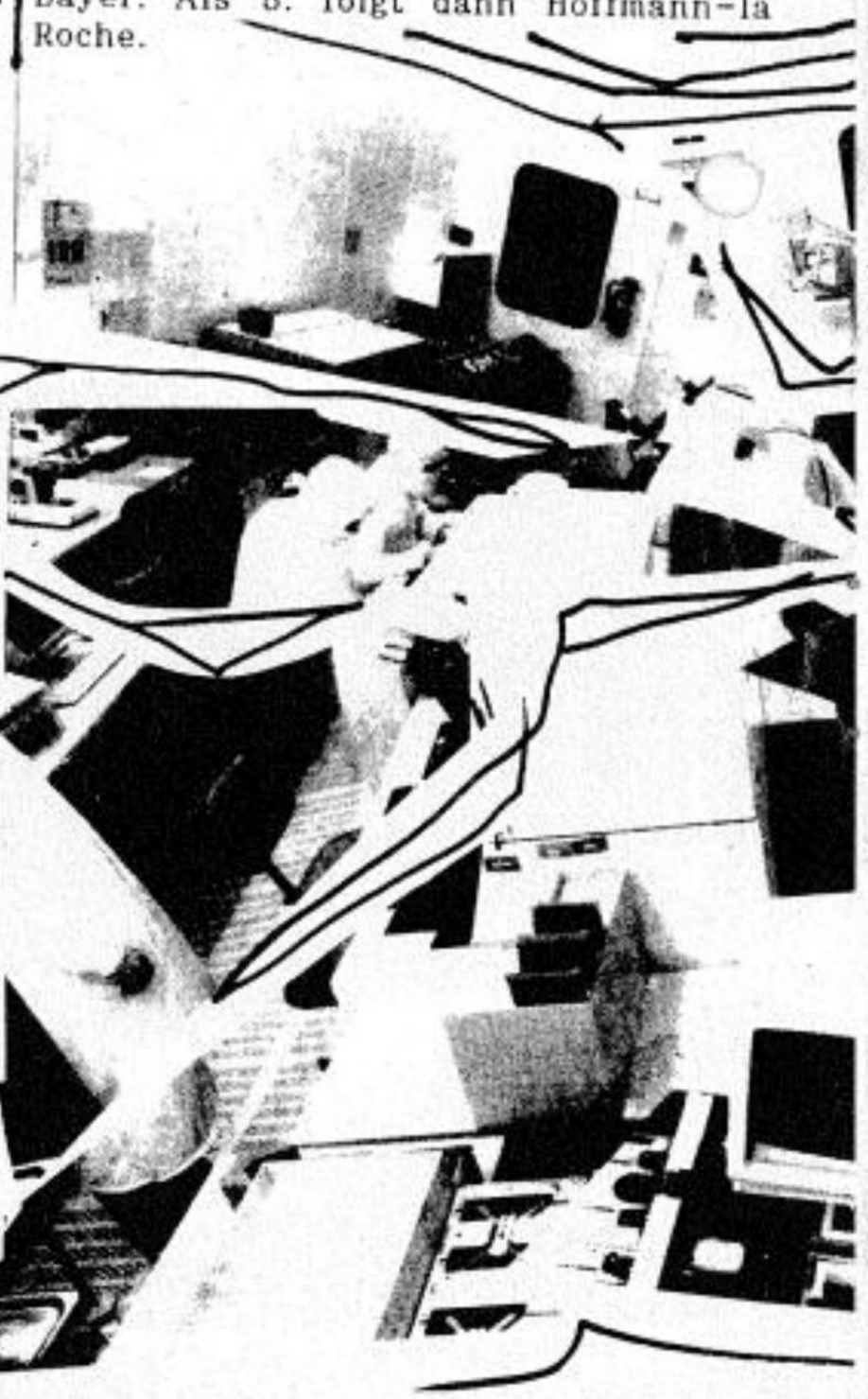
WIR GEHEN NICHT UNTER IN UNSEREN NIEDERLAGEN, SONDERN IN DEN KÄMPFEN, DIE WIR NICHT GEFÜHRT HABEN

Zur Zeit sind wir nicht in der Lage, die Machtfrage zu stellen. Deshalb begreifen wir die jetzige Phase unseres Widerstandes als defensive Strategie. Was aber nicht heißt, daß wir den Kampf gegen die Projekte, die der kapitalistischen und patriarchalischen Herrschaftssicherung dienen, nicht offensiv führen. Diese Projekte durch vielseitige Aktionen in ihrem Charakter zu entlarven, zu behindern und wenn möglich zu stoppen ist vorerst unser Ziel.

Zum Konzern Ciba-Geigy

Ciba und Geigy wurden 1859 getrennt gegründet. Beide produzierten zuerst synthetische Farben und Lacke. 1985 gründeten sie mit Sandoz in England ein Farbenkartell. In den 30er Jahren lief bei Ciba die Arzneimittelproduktion an. 1970 fusionierten Ciba und Geigy. Wichtige Anteile und teilweise leitende Positionen am Konzern halten die Familien von Planta, Geigy, Iselin, Staehlin und Vischer.

Ciba-Geigy liegt sei 1977 unter den 50 größten multinationalen Pharmakonzernen an 4. Stelle hinter Hoechst, Merck Sharp & Dohme (USA) und Bayer. Als 5. folgt dann Hoffmann-la Roche.



... denn wer kann ohne ..... Leben.

1983 betrug der gesamte Konzernumsatz 14,7 Mrd. sfr und Ciba-Geigy ist damit nach Nestlé der zweitgrößte Industriekonzern der Schweiz. Der Pharmaanteil liegt immer bei 30% und betrug 1983 4,4 Mrd. sfr. Der Gewinnanteil am Gesamtumsatz betrug 1983 5,26% und der Konzern beschäftigt c. 80.000 Menschen (davon in der sog. 3. Welt 21,6%). 1984 gab es eine Umsatzsteigerung um 19% auf ca. 21 Mrd DM und der Gewinn stieg um 53% auf 1,43 Mrd. DM.

Der Forschungsaufwand am Gesamtumsatz betrug 1983 8,47%. Die Investitionen in der Pharmaforschung und Entwicklung bestehen hauptsächlich aus Variations- und Kombinationsforschungen von absatzträchtigen medizinischen Wirkstoffen. Von den Forschungsgeldern werden zu 60% in Basel investiert. Ein größerer Teil geht nach Summit (USA), der Rest in die Labors in Frankreich, England, Italien, Japan und Indien. Die Tropenforschung befindet sich u.a. auch wegen Steuervergünstigungen ganz in Indien.

Ins Ausland verkauft Ciba-Geigy 98% seiner Waren. Davon in die sog. 3. Welt 28%. Die Investitionen in der 3. Welt betrugen 1983 11%, die Sachanlagen dort 9%. Der Konzern hatte 1981 120 Gesellschaften in über 50 Ländern und 49 Niederlassungen in 34 sog. 3. Weltländer. Größere Wirkstoffproduktionsanlagen für Medikamente befinden sich in den US und England, in der Nähe von Bombay und in Brasilien, Frankreich und Italien. In 17 Ländern der sog. 3. Welt gibt es Produktionsbetriebe zur Weiter- und/oder Endverarbeitung der Wirksubstanzen. So in Südafrika, Ägypten, Tunesien, Indonesien, den Philippinen und Singapur. In Indonesien hatte Ciba-Geigy 1979 mit 4,11% Markanteil die Führung unter den Pharmakonzernen. Seit Anfang der 80er Jahre hat Ciba-Geigy im Pharmabereich 4 Schwerpunkte: Zentrales Nervensystem, Herz- und Kreislauf, Rheuma und Schmerz, Infektionen. Schon 1979 machten diese 4 Bereiche 75% des gesamten Pharmaumsatzes aus. Die Antirheumatika und Schmerzmittel bilden das Rückgrat des Pharmastandbeins. Bis Ende 1983 machten sie 25% des Pharmaumsatzes aus.

Auf dem Teilmarkt der Antiepileptika ist Ciba-Geigy mit 26% Anteil 1983 der Marktführer (davon mit dem Medikament TEGRETOL mit 18%). Auf dem Teilmarkt der Antidepressiva hat Ciba-Geigy einen dominanten Marktanteil mit 22% (1982). 1979 kontrollierte der Konzern mit einem Medikament, BUTAZOLIDIN, mit 19,5% Anteil den Teilmarkt der Antirheumatika.

Bei einer schon 1973 durchgeführten Untersuchung in den USA auf Wirksamkeit der Medikamente kam heraus, daß 11% der Ciba-Geigy Produkte wirkungslos sind, 25% mehr oder weniger wirkungslos, 55% in mindestens 1 Indikationssektor wirken und nur 9% in allen angegebenen Bereichen wirkungsvoll sind.

Der Pharmabereich ist die wichtigste Einzelsparte für Ciba-Geigy. Weitere sind agrochemische Produkte wie Herbizide, Pestizide, Saatgut, Düngemittel, usw., Kunststoffe und Farben und Chemikalien.

"Millionen Menschen haben keine Wahl zwischen Hunger und Krankheit. Pharmaforschung ist teuer, aber ein Menschenleben ist unbezahlbar."

So und in ähnlich zynischen Varianten führt die pharmazeutische Industrie ihre Werbekampagnen, die Pharma- und Chemiekonzerne geben sich in der Öffentlichkeit auch als Entwicklungshelfer auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung und in der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion aus. Ihre imperialistische Praxis zeigt aber, daß es nur darum geht, mit Hunger, Krankheit und Elend in der sog. 3. Welt Profite zu machen und die Kapitalverwertungsbedingungen zu verbessern. Durchschnittlich werden von den Pharma- und Chemiekonzernen etwa 10% des Umsatzes für Forschung ausgegeben. Nur 3% davon fließen in die Forschung von Medikamenten, die für die Menschen in der sog. 3. Welt lebenswichtig sind. Für Werbung werden ca. 20% des Umsatzes verwendet. In die sog. 3. Welt wurden schon 1980 21,1% aller Medikamente verkauft. Bis zu Jahr 2000 sollen es 40% sein. Die Pharmaumsätze betrugen 1972 30 Mrd. Tatsache ist: $ und 1980 ca 80 Mrd. $. Die profite in der Pharmabranche sind überdurchschnittlich. 1974 lagen sie bei 9%, bei anderen Industriezweigen nur bei 6%. 1980 Produzierten die Metropolen 69,5% aller Medikamente.

a) DER GRÖßTE TEIL DER IN DER SOG. 3. WELT VERMARKTETEN MEDIKAMENTE IST VÖLLIG ÜBERFLÜSSIG. Von den 234 unentbehrlichen Medikamenten der Liste der Weltgesundheitsorganisation von 1979 waren nur 8 von Ciba-Geigy dabei (darunter 1 gegen Plattwürmer, AMBILHAR, und 2 gegen Lepra, LAMPREN, RIMACTAN). 1978 verkaufte Ciba-Geigy aber in Mexiko 62 Medikamente und war mit einem Marktanteil von 3,78% unter 30 Konzernen auf Platz 1. AMBILHAR und LAMPREN wurden aber in Mexiko nicht verkauft. Die 5 meistverkauften Medikamente in Mexiko von Ciba-Geigy hatten 44% Umsatzanteil und waren alle nicht dringend notwendig.

Verkauf von Anabolika (für den Aufbau von eiweißhaltigen Körperstrukturen): In der sog. 3. Welt werden die Anwendungsgebiete für solche Mittel ständig erweitert. Ciba-Geigy vertreibt DIANABOL. Es wird eingesetzt und empfohlen bei Marasmus (Eiweiß- und Kohlehydratemangelkrankheiten aufgrund von Unterernährung). Nach Ciba-Geigy und anderen Konzernen wären somit alle Hungernden der Welt potentielle Abnehmer ihrer Anabolika. Offiziell wurde 1982 DIANABOL weltweit aufgrund von Protesten zurückgezogen - überprüft werden kann das nicht.

b) IN DER SOG. 3. WELT BESTEHT EIN CHRONISCHER MANGEL AN WIRKLICH LEBENSWICHTIGEN BASISMEDIKAMENTEN

60 bis 90% der ländlichen Bevölkerung haben keinen Zugang zu Medikamenten. Von über 100 Medikamenten die Ciba-Geigy herstellt, sind nur 2 als Basismedikamente brauchbar (laut UNIDO Liste von 1980).

c) VIELE MEDIKAMENTE SIND GEFÄHRLICH BZW. TÖDLICH

Noch 1983 machte Ciba-Geigy mit den Medikamenten BUTAZOLIDIN, TANDERIL und DOLO-TANDERIL (gegen Rheuma und Schmerzen) ca. 200 Mio. sfr. Umsatz. Nach von Ciba-Geigy geheimgehaltenen Berichten gab es bis 1982 schon über 1100 Todesfälle durch diese Medikamente. Mediziner schätzen die weltweite Anzahl auf über 10.000, da aus den sog. 3. Weltländern quasi keine Berichte über Nebenwirkungen gemacht wurden. BUTAZOLIDIN mußte 1985 auf eine Indikation eingeschränkt werden, TANDERIL und DOLO-TANDERIL wurden 1985 zurückgezogen.

In der sog. 3. Welt erkranken jährlich zwischen einer 3/4 und 1 Mrd. Kleinkinder an akutem Durchfall. die Pharmaindustrie verkauft eine Vielzahl von Antidurchfallmitteln mit großen Werbekampagnen in diese Länder. Die Mittel sind sehr teuer und laut Weltgesundheitsorganisation fast alle

Herzschläge

überflüssig und zudem teilweise gesundheitsgefährdend. So z.B. das Ciba-Geigy Präparat MEXAFORM und ENTERO-VIOFORM. In beiden Medikamenten ist der Wirkstoff Clioquinol enthalten. Dieser Wirkstoff führt zu einer schweren Nervenkrankheit - SMON genannt. In den 70er Jahren hatte Ciba-Geigy eine Prozess in Tokio und mußte damals 300 Mio. sfr. an japanische Patienten zahlen. Allein in Japan waren 20 bis 30.000 Menschen an SMON erkrankt, über 1000 waren gestorben. 1982 hatte Ciba-Geigy angekündigt, beide Mittel innerhalb der nächsten 5 Jahre weltweit vom Markt zu nehmen. (1982 betrug der Umsatz beider Mittel 50 Mio sfr.), 1984 waren die medikamente noch im Arzneimittelverzeichnis von Afrika, Middle East, und Mexiko enthalten. Wir gehen davon aus, daß die Medikamente weiterhin vertrieben werden, da rezeptpflichtige Medikamente auch in Läden, Drogerien, Apotheken und auf dem Schwarzmarkt frei gekauft werden können.

d) DIE SOG. 3. WELT DIENT ALS MÜLLHALDE FÜR ABGELAUFENE UND HIER VERBOTENE MEDIKAMENTE

DOLO-TANDERIL und TANDERIL waren in der Schweiz, Frankreich, BRD, USA nicht zugelassen, dafür auf den Märkten der sog. 3. Welt zu haben.

1977 wurden in den meisten Industrieländern Fieber- und Schmerzmittel, die Aminophenazon enthielten verboten. Noch 1981 gab es in der sog. 3. Welt Medikamente mit diesem Wirkstoff. Von Ciba-Geigy waren 3 dabei. Aminophenazon kann zu schweren Blutschädigungen führen.

Auf den Philippinen gab es ein Abkommen zwischen den Gesundheitsbehörden und Ciba-Geigy, daß die Restbestände des Medikamentes CIBALGIN (mit dem gefährlichen Wirkstoff) weiter verkauft werden durften.

e) NEUE MEDIKAMENTE UND CHEMISCHE STOFFE WERDEN OFT AN DEN MENSCHEN DER SOG. 3. WELT GETESTET: im Herbst 1982 mußte Ciba-Geigy zugeben, daß da Unternehmen ein Ägypten ein krebserzeugendes Pestizid, versuchsweise an Kindern und Jugendlichen getestet hatte.

f) DIE PHARMA- UND CHEMIEKONZERNE SABOTIEREN MASSIV DIE BESTREBUNGEN DER SOG. 3. WELTLÄNDER, UNABHÄNGIGE ANSÄTZE IN DER GESUNDHEITSVERSORGUNG UND IN DER LANDWIRTSCHAFT ZU ENTWICKELN

Die Länder der sog. 3. Welt haben praktisch keine eigenen Pharmaproduktionskapazitäten. In diesen Ländern wurden 1980 nur 11,4% aller Medikamente hergestellt. Der Marktanteil der multinationalen Pharmakonzerne in diesen Ländern liegt zwischen 53 und 100%. Auf den 9 Pharmateilmärkten haben die 5 führenden Konzerne zusammen mehr als 70% Umsatzanteil. Kein einziges Land der sog. 3 Welt ist in der Lage, durch eigene Forschung diejenigen Medikamente zu entwickeln, die es benötigt. 1980 kostete die Entwicklung eines neuen Medikamentes ca. 50 Mio. $. 1979 veröffentlichte die WHO eine Liste von 234 unentbehrlichen Medikamenten für die sog. 3. Welt. Der Weltpharmaproduzentenverband protestierte und drohte: Wenn die Länder der 3. Welt die Vorstellungen der WHO durchsetzen, ziehen sich die Konzerne zurück. Das aber kann sich kein Land leisten. Pakistan hatte schon 1973 versucht, per Gesetz GENERICS einzuführen. Ciba-Geigy zog sich daraufhin aus Pakistan zurück und gefährdete die Versorgung des Landes. Das Gesetz wurde wieder aufgehoben.

GENERICS sind Medikamente, bei denen die Patente und der Markennamenschutz aufgehoben sind. Die Medikamente werden mit dem Namen des Wirkstoffes vertrieben. Der Konkurrenzkampf wird in der Pharmabranche nicht nur über die Preise ausgetragen, sondern neben der Variations- und Kombinationsforschung von alten Wirkstoffen auch über das Patentsystem. Dieses verschärft die Abhängigkeit der sog. 3. Welt vom Import und die Teilmärkte werden blockiert und kontrolliert. Von den 85% der Pharmapatente, die sich in der sog. 3. Welt in den Händen der Multis befinden, werden 10% kommerziell genutzt. Der rest wird als Sperre für Konkurrenten und einheimische Pharmahersteller gebraucht.

Inzwischen bekunden die Konzerne die "Bereitschaft" mit den Ländern der sog. 3 Welt und der Weltgesundheitsorganisation zusammenzuarbeiten. Es ist eine neue politisch-wirtschaftliche Strategie um, obwohl kurzfristig Mehrkosten entstehen, speziell den 3. Weltmarkt offen zu halten und neue Abnehmer zu finden. In der sog. 3. Welt gibt es einen steigenden Bedarf nach billigen und einfachen Medikamenten. Der Markt ist heute schon so groß wie der US-Markt. Der Verkauf von billigeren GENERICS soll sich bis 1989 verdoppeln. Bei Ländern mit unsicherer wirtschaftlicher und finanzieller Lage will Ciba-Geigy mit Hilfe von Weltbank und humanitären Organisationen GENERICS in diesen Ländern absetzen. Dazu hat Ciba-Geigy 1978 eine Handelsfirma für unentbehrliche Medikamente - Servipharm - gegründet (Umsatz 1980 20 Mio sfr., 30 Beschäftigte). Servipharm verkauft 13 unentbehrliche Medikamente zu Sonderkonditionen an Reglerungen der sog. 3. Welt. Es sind nicht nur Medikamente von Ciba-Geigy, deren Produktepalette den Anforderungen des 3. Weltmarktes nicht angepaßt ist, sondern auch Medikamente anderer Hersteller (z.B. auch aus dem Ostblock). Darüberhinaus kauft Servipharm Rohstoffe ein, die bei Ciba-Geigy verarbeitet werden. Servipharm verkauft inzwischen auch GENERICS auf dem US-Markt.

Mit der WHO strebte Ciba-Geigy gegenseitige Konsultationen an, um bei der Liste der unentbehrlichen Medikamente mitzuarbeiten. Dennoch ist das Ciba-Geigy Tropenmedikament AMBILHAR gegen Plattwürmer wegen gefährlichen Nebenwirkungen 1983 von der Liste der unentbehrlichen Medikamente gestrichen worden.

Ciba-Geigy beteiligte sich auch an von der WHO finanzierten Forschungsprojekten für Medikamente gegen Tropenkrankheiten, und testete den kombinierten Einsatz verschiedener Medikamente gegen Lepra.

Im Pharma- und Landwirtschaftsbereich macht Ciba-Geigy Dienstleistungsangebote, um die Stellung des Konzerns in den sog. 3. Weltländern zu etablieren und zu festigen. So z.B. in Kuweit: Ciba-Geigy "hilft" bei der Planung einer pharmazeutischen Fabrik. In Uganda "hilft" Ciba-Geigy beim Wiederaufbau des pharmazeutischen Versorgungssystems. In Peru bietet Ciba-Geigy ein Anti-Tuberkulose Projekt an. Im Sudan lieferte Ciba-Geigy im Anschluß an ein Programm der agrochemischen Abteilung Pestizide für ein Anti-Malaria Projekt.

ENTWICKLUNG UND INDUSTRIALISIERUNG UM DEN HUNGER ZU BEKÄMPFEN?

Im Zusammenhang mit den "grünen Revolutionen" erschlossen sich u.a. die Chemie- und Pharmakonzerne neue Märkte in den Ländern der 3 Kontinente.

Ihre Praxis ist katastrophal. Unter dem Vorwand, die Erträge zu vergrößern, werden die Felder großräumig mit Schädlingsbekämpfungsmitteln gespritzt, ohne Rücksicht auf die Gesundheit von Menschen, Tieren und Trinkwasser.

Laut WHO vergiftet sich jede Minute ein Mensch und stirbt alle zwei Stunden einer an Schädlingsbekämpfungsmitteln. Das tatsächliche Ausmaß der Vergiftung kann niemand richtig abschätzen. Die Praxis der Konzerne belegt genug.

Ciba-Geigy ist weltweit "Pionierin" der Schädlingsbekämpfung in großem Maßstab. Atrazin ist eines der wichtigsten Unkrautvertilger (Herbizid) von Ciba-Geigy. Extrem hohe Atrazinwerte im Rhein, nur ein Tag nach der Sandozkatastrophe, rückten Atrazin schlagartig ins Rampenlicht. Atrazin ist ökologisch höchst gefährlich und problematisch. Es wird vor allem bei Maiskulturen angewandt, da Mais gegen Atrazin resistent ist. Alle anderen Pflanzen und "Unkräuter" werden durch die Blockierung ihrer Photosynthese vernichtet. In Gewässern sind bereits geringe Konzentrationen von Atrazin giftig. Algen speichern dieses Gift und reichern es an. Die verseuchten Algen dienen als Nahrung für Fische und andere Tiere. Auch auf dem Land richten Atrazine große Schäden an. Sie sind schwer abbaubar und bleiben lange im Boden. Von den Abbauprodukten ist zudem sehr wenig bekannt. Einige rufen Erbgutveränderungen hervor. Viele "Unkräuter" sind bereits resistent gegen Atrazin. Deshalb muß es in immer höheren Dosen versprüht werden, was neue Resistenzbildungen hervorruft und die Giftspirale rasant nach oben treibt.

In Gezira/Sudan, dem größten Farmprojekt der Welt, hatte Ciba-Geigy ein Territorium von 800 km2, auf dem der Konzern das Monopol für Schädlingsbekämpfung hatte. 1981 wurde Ciba-Geigy aus Gezira verwiesen. Das Ergebnis der Schädlingsbekämpfung war eine biologische Katastrophe. Die Insekten wurden mit Nervengiften und einem Kombinationsgift, das DDT enthält, bekämpft. Die Schädlinge sind inzwischen resistent, die Menschen und Tiere vergiftet. Trotz dieser Schweinerei ist Ciba-Geigy im Sudan immer noch gut im Geschäft, mit Unkrautvernichtungsmitteln für Baumwollplantagen und Schädlingsbekämpfungsmitteln für Zuckerrohrpflanzungen.

Auch das Baumwollinsektizid Galecron von Ciba-Geigy ist krebserregend und gibt schon seit Jahren Anlaß zu Diskussionen. Erst jetzt hat der Multi angekündigt, es zurückzuziehen.

Durch den jahrzehntelangen Einsatz von Pestiziden auf den Monokulturen ist das biologische Gleichgewicht total zerstört worden. Auf diesem Hintergrund ist der Aufkauf von Saatgutfirmen durch die Chemiekonzerne erklärbar. Um überhaupt weiterhin einen Ertrag bei Nutzpflanzen zu garantieren und eine Steigerung zu bewirken, muß eine Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegen Umwelteinflüsse, Schädlinge und Krankheiten, sowie gegenüber Herbizide und Pestizide erzielt werden. Dabei spielt die Gen- und Biotechnologie eine zentrale Rolle. So haben Forscher von Ciba-Geigy in den USA jenes Gen entdeckt, das den Mais gegen das von der gleichen Firma hergestellten Herbizids Atrazin resistent macht. Es wird nun versucht, dieses Gen gezielt in das Erbgut von anderen Nutzpflanzen einzuschleusen, bei denen die Anwendung von Atrazin bisher nicht möglich war (z.B. bei der Sojabohne). In Zukunft wird also manipuliertes Saatgut, das passende Herbizid und das entsprechende Düngemittel in einem Paket an die Bauern verkauft. Mit einem Aufwand von 42,8 Mio. sfr. erstellte Ciba-Geigy in Basel einen Laborneubau für biotechnologische Forschung für die Pharmasparte. Neben Projekten für Heilmittel laufen auch biotechnologische Forschungen in den Gebieten Pflanzenschutz, Tierernährung, technische Chemie und Bioenergie.

Insgesamt liegt die Bedeutung der Gentechnologie für die Konzerne in der Senkung der Produktionskosten. Ciba-Geigy betreibt zwei Genmanipulatinsprojekte, die die Kosten des Antibiotikums Rifampicin senken sollen.

Das wird zur Folge haben, daß gerade in der Pharma- und Chemieindustrie massive Umstrukturierungen im Produktionsbereich zu erwarten sind, was zu weiteren Massenentlassungen führen wird.

Wie die Mikroelektronik ist auch die Gen- und Biotechnologie von besonderer Bedeutung für die Militärstrategen. Der Traum von den bakteriellen Waffen, die weniger spektakulär sind als Atomwaffen, aber mindestens so wirkungsvoll, ist in greifbare Nähe gerückt. Das bietet der Pharma- und Chemieindustrie eine zusätzliche gewinnträchtige Beteiligung an der Rüstungsindustrie (der Etat für biologische Waffen hat sich in den USA seit 1981 verzehnfacht). Biologische Waffen zeichnen sich durch Selbstvermehrung und ihre schwere Nachweisbarkeit auf. Strategiepapiere der NATO streiche die Vorzüge dieser Waffen "im Kreuzzug gegen das Böse", "für Vorstöße in die Tiefe des Raums" oder "im Hinterland des Feindes" heraus. Darüberhinaus soll neben Beruhigungsdrogen für den Kriegsfall auch die gentechnische Veränderung des Menschen möglich gemacht werden. "Möglicherweise werden wir das 'human engeneering' brauchen, um unsere Soldaten gegen Streß zu immunisieren, so wie wir heute gegen Krankheiten impfen", heißt es im Airland Battle 2000.

Der Pharmariese Ciba-Geigy ist ein typisches Beispiel dafür, wie mit kapitalistisch-patriarchaler Logik technischen und wissenschaftlicher "Fortschritt" - sprich Ausbeutung und Vernichtung von Menschen und Natur - auch die Zerstörung sozialer Strukturen und Lebenszusammenhänge überall auf der Welt praktiziert und voran getrieben wird.

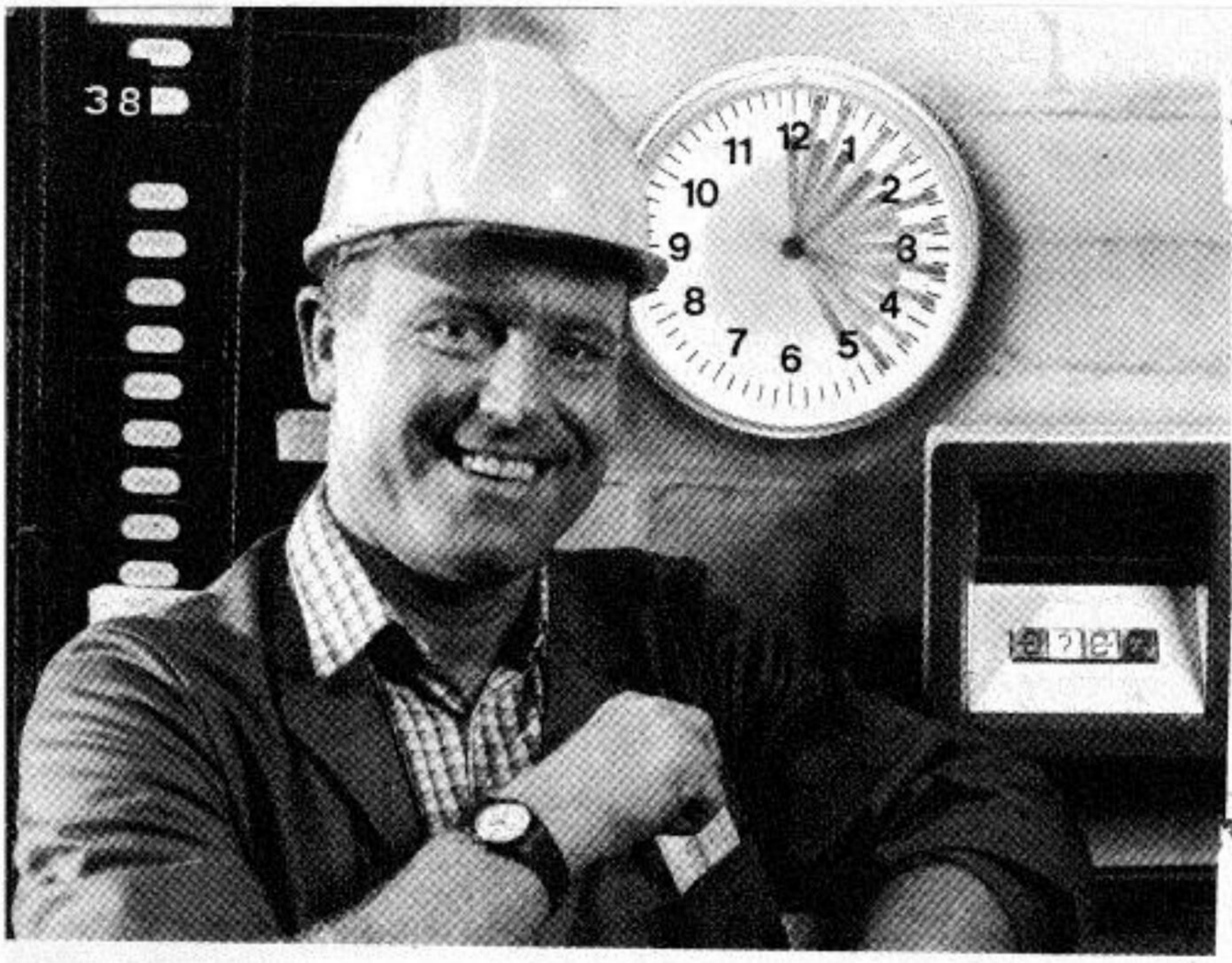
In Zusammenarbeit mit Politik, Militär und Wissenschaft werden die immer größer werdenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals (sinkende Profitrate, Überproduktionskrisen) durch die Erschließung neuer Investitionsmärkte und durch die Schaffung neuen Bedarfs zu lösen versucht.

Weiter ist es den imperialistischen Konzernen immer noch möglich, ihre Fortschrittsideologie und ihre neuen Technologien (Bio- und Gentechnik) als Kampf gegen Hunger und Krankheit und als Beitrag zur Entwicklung "besserer" Lebensbedingungen zu verkaufen. Dies zeigt auch die ungebrochene Fortschrittsgläubigkeit innerhalb der Bevölkerung in den Metropolen, und daß die Spaltungspolitik der Herrschenden in erste Welt - dritte Welt, Männer - Frauen, Arme - Reiche, Weiße - Farbige, usw. noch sehr gut funktioniert.

Unsere Aktion zielt nicht darauf ab, Forderungen an diesen Konzern zu stellen. Bayer, Hoechst und Sandoz betreiben die gleiche menschenverachtende Politik. Gerade deshalb meinen wir, daß es notwendig ist, die Logik dieses Systems grundsätzlich zu durchbrechen und konsequentere Widerstandsformen dagegen zu entwickeln.

Deshalb haben wir in der Nacht vom 20. Juni 1987 beim neuen humanpharmakologischen Institut Ciba-Geigy in Tübingen einen Sprengsatz gezündet und das Gebäude beschädigt.

militante zelle 37



Herzschläge

Eine Gruppe klein
und ganz schön gemein
tief in der Nacht
stiegen sie aufs Dach
ächzten und stöhnten sehr
trugen auch schwer
doch in Dunklen
sah man es glitzern und funkeln
in ihren Augen.
In dem alten Gemäuer
machten sie ein Feuer
um den Armen zu zeigen
daß man gegen die Reichen
schon was tun kann
denn die bauten eine Bahn für die
Bonzen
während das Volk um Fahrkarten beim
Arbeitsamt betteln mußte.

Wir haben in der Karfreitagnacht - Ostern 87 - die Magnetbahn auf dem Bahnhof Gleisdreieck abgefackelt. Die Magnetbahn wird betrieben von der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Magnetbahn in 1000 Berlin 61, Dessauerstr. 18/49, an der die AEG, die Magnetbahn GmbH, die BVG und die Studiengesellschaft für Nahverkehr beteiligt sind. Sie ist eine Versuchs- und Verkaufsanlage. Die ARGE Magnetbahn hat vom Bundesministerium für Forschung und Technik und dem West-Berliner Senat insgesamt 88.5 Millionen DM Zuschuß eingesackt. Sie selber wollten lediglich 4,5 Millionen DM aufbringen, wieviel sie über diverse Berlin-Subventionen davon noch einsparen ist unklar. Wir können lediglich einige uns bekannte Fakten aufzählen.

Die ARGE Magnetbahn ist eine West-Berliner Arbeitsgemeinschaft. Den konkreten Bau der Magnetbahn macht die Magnetbahn GmbH in Starnberg/Bayern, Emsländerstr. Im Starnberger Werk wird nur ein Teil der Magnetbahn produziert. Die Waggons z.B. baut die Waggon-Union, eine Tochter der AEG in West-Berlin Borsigwalde. Es ist gängige Praxis der Kapitalisten, daß ein und derselbe Konzern Rechnungen und Waren von Berlin in die BRD und zurück schiebt. So werden Berlin-Subventionen in Form von Umsatzsteuererleichterungen eingesackt. Das sind oft Summen in Millionenhöhe. Genauso oft passiert es, daß die verschiedenen ineinander verschachtelten Firmen sich papierene Verluste zuschieben, um sich so vor Steuerzahlungen zu drücken. Konzerne mit ihrem Büro in West-Berlin lassen sich zudem ihre neuen Maschinen bis zu 40% von der steuerzahlenden Bevölkerung über den Weg - Investitionszulage - West-Berliner Senat - bezahlen. Der Senat ist ein Selbstbedienungsladen, nicht nur für Wirtschafts"verbrecher", sondern auch für "legale" Konzerne. Die Magnetbahn steht in West-Berlin, weil hier für die beteiligten Kapitalisten am meisten zu kassieren ist.

Die Magnetbahn sollte der Öffentlichkeit ursprünglich im Mai 87 übergeben werden. Letzte Schätzungen gehen von Anfang September 87 aus. Wir hoffen, daß es sich durch unseren Beitrag noch länger verzögert. Vor allem hoffen wir zu unterbinden, daß weitere Käufer und "Experten" (85 waren es ca. 3000) die Magnetbahn in diesem Sommer in voller Aktion erleben können.

Und das ganze war 1.) ungeheuer 2.) teuer
bezahlt von den Armen
die eh nichts haben und auch nicht viel kriegen
von Steuergeldern gestohlen
das sollten und werden wir uns wiederholen.

Die Magnetbahn soll als "Nahverkehrsobjekt" das Kulturviertel an das U-Bahnnetz anbinden. So soll es an uns verkauft werden. Bloß was wird den da angebunden? Kulturviertel mit Philharmonie, Museen, dem deutsch-japanischen Handelszentrum in der ehemals faschistischen Botschaft, - der gesamte zentrale Bereich - in dessen Planung nichts anderes als die Aufrechterhaltung des Reichshauptstadtanspruches zum Ausdruck kommt. Was hat das mit uns zu tun? Das ist das Gegenteil einer Kultur von unten, aus den Lebenszusammenhängen der Menschen heraus. Die Magnetbahn ist nichts als der rote Teppich für Bonzen und ihre Anhängel. Die Magnetbahn soll West-Berlins Stellung als Möchtegern-High-Tech-Zentrum unterstreichen und ausbauen. In der Nutzbarmachung der Unis für die Industrie hat West-Berlin eine Vorreiterrolle. Nirgends gibt es so viele gemeinsame Projekte, GmbH's an des Unis, personelle Verflechtungen, etc. An der ARGE Magnetbahn ist u.a. die Studiengesellschaft für den Nahverkehr beteiligt.

Die Magnetbahn soll den Tourismus ankurbeln. Mehr und mehr entwickelt sich Westberlin zu einer Stadt, in der der Fremdenverkehr einen überproportional großen Stellenwert einnimmt. Dies hängt nicht nur damit zusammen, daß den Schweinen für diese Stadt nix besseres einfällt, sondern daß sich über West-Berlin Antikommunismus und Revanchismus schüren lassen, wie in der Breite sonst nirgends. So ist es kein Zufall, daß die Magnetbahn an der Mauer am Potsdamer Platz langfährt, quasi als schwebende Aussichtsplattform gegen den "trostlosen Osten".

Die Fassade, die stimmt
künstlich, hochgetrimmt
damit die Touristen auch zahlen
die da oben, die spinnen
sind ganz von Sinnen
machen was sie wollen
egal was wir sagen
sie tun nicht nachfragen
da haben wir
ihr Spielzeug kaputtgeschlagen.

Die Magnetbahn ist Bestandteil der 750 Jahre sind genug Feier. Sie soll nach dem Motto - Brot und Spiele - die Widersprüche in dieser Stadt zuschütten und verkitten. Überall muß die Fassade stimmen, ob am Kudamm oder in Kreuzberg. Die Häuser, an die die IBA/Internationale Bauausstellung das größte Wandgemälde West-Berlins malen will,, rotten und stinken innen immer mehr. Die Kultur, die von oben, wird künstlich hochgetrimmt, alles was als Touri-Magnet dienen könnte, wie der Start der Tour de France von West-Berlin aus, wird rangezogen. West-Berlin tut gut, West-Berlin ist wieder wer, West-Berlin ist wieder sicherer geworden, das Investitionsklima ist besser geworden, soziale Konflikte glattgebügelt, die Sicherheitslage hätte sich gebessert, und. Und. Und. Doch wie siehts dahinter aus. 90.000 inoffizielle Arbeitslose, 100.000de Soziempfänger, in verschiedenen Stadtteilen eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, 10.000de von Süchtigen (Alkohol, Tabletten, Drogen), immer mehr Wohnungslose, Im Januar/Februar 87 EG-Hungerhilfe in dieser Stadt, Brennstoffhilfe des Se-

nats, Schlangen vor Ausgabestellen, wo es kostenlos warmes Essen gab.

West-Berlin wird dieses Jahr über die 750-Jahr-Feier verkauft als

- High-Techzentrum, in dem die Wirtschaftsentscheidungen der Zukunft fallen

- Touristenattraktion, in der selbst der verfallenste Kreuzberger Hinterhof noch begafft wird

es wird benutzt als

- Propagandashowplatz, wo Konsorten wie Reagan, Queen Elisabeth und Mitterand ihre reaktionären Phantastereien von West-Berlin als "Hort der Demokratie inmitten der kommunistischen Tyrannei" vortragen werden.

Mit solidarischen Grüßen an die gefangenen Genossinnen und Genossen.

Autonome Abrissgemeinschaft - ARGE - für potemkinsche Dörfer.

In Rußland ließ Fürst Potemkin einst
falsche Dörfer bauen, um anzugeben
in West-Berlin, da lebt der gleiche
Geist
"Magnetbahn" heißt's hier eben.
Der Goebbels hatte die Idee
700 Jahre Berlin!
Heute feiern sie wie eh und je
es tut wieder gut, dieses West-Berlin.
Ob Rußland,, Faschismus oder Heute
es sind noch immer dieselben Leute
neue Gesichter auf den alten Posten
herrschen weiter auf unsere Kosten.
Doch haben sie heute auch noch so
viel Macht
die Rechnung ist ohne das Volk gemacht.
dies ist nur ein Anfang. Wir werden
bald mehr
wir machen den Bonzen das Leben
schwer.

Genossinnen und Genossen,

Wir wollen zusätzlich zur Erklärung noch was sagen, zu unserer Vorstellung von den nächsten Schritten für uns als Autonome, im revolutionären Prozeß. Erwartet jetzt nicht den Stein der Weisen,, wir äußern uns als Bestandteil der allgemeinen Diskussion. In der BRD gibt es keine massenhafte Aufkündigung der Staatsloyalität. Wir müssen an den existierenden Widersprüchen ansetzen und diese vertiefen:

- Durch direkte Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit den Menschen in Kiezen. Initiativen, Basisgruppen. Der erste Schritt in der Entwicklung von Klassenbewußtsein ist, nach dem Erkennen der eigenen Lage ihre/seine Interessen in die Hand zu nehmen und sich zu wehren.

- Duch militante Aktionen, um die Angreifbarkeit und Verletzlichkeit dieses Systems aufzuzeigen, um Mut zu machen und Wege aufzuzeigen.

DIE AUTONOMEN lassen sich z.Zt. in 3 Richtungen unterteilen:

1.) Diejenigen, die keine kontinuierliche Praxis in irgendwelcher Richtung haben und sich nach wie vor zielos von Punkt zu Punkt verhalten.

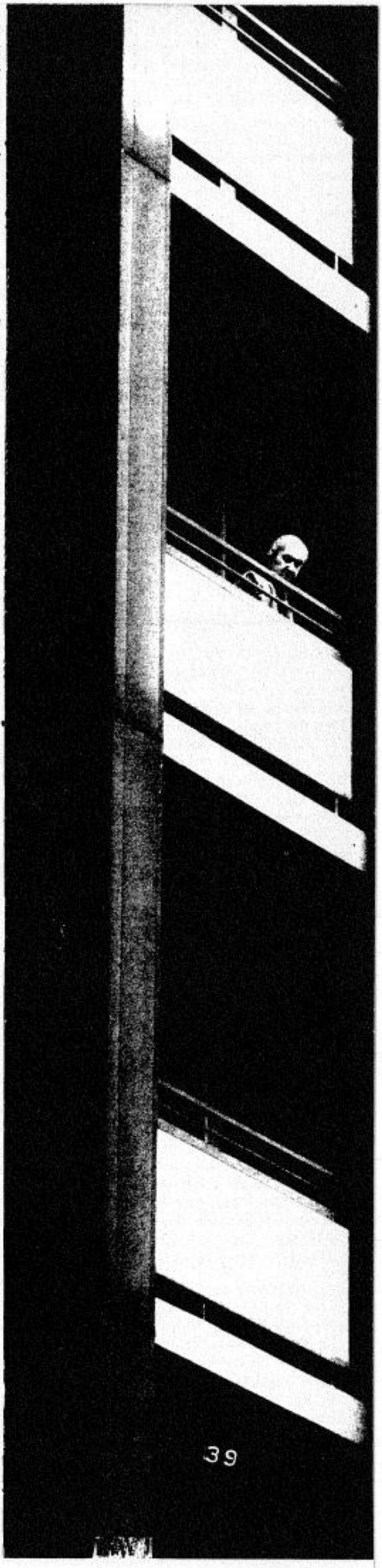
2.) Diejenigen, die sich individuell in Kleingruppen von der Autonomen-Szene verabschiedet haben und auf Arbeit in Teilbereichen setzen. Sie haben die Tendenz, sich in ihre Arbeit zu verstricken, so daß sie nur mit Mühe noch über ihren Tellerrand hinaussehen können.

3.) Diejenigen, die bei dem Versuch ne militante Praxis zu entwickeln, von der Eigendynamik des Kampfes überrollt werden und fast schon zwangsläufig in militanten Aktionismus verfallen. Sie verlieren dabei die Notwendigkeit einer gemeinsamen politischen Entwicklung aus den Augen.

Allen drei Richtungen gemeinsam ist das gegenseitige Abgrenzen! Um zu einer Stärke zu kommen, die die revolutionäre Veränderung herbeiführt, ermöglicht, ist es allererstes notwendig, die gegenseitige Anpisse einzustellen. Es zeugt von Borniertheit, wenn diejenigen, die ne konkrete Zusammenarbeit mit Menschen außerhalb der Scene suchen, als Reformisten abgestempelt werden.Es zeugt von vernagelten Verstand, die autonome Scene ausschließlich als Chaoshaufen ohne kontinuierliche, ernsthafte und erfolgreiche Ansätze zu bezeichnen. Basisarbeit ist notwendig zur Verbreiterung und Verankerung. Sie ist nur dann erfolgversprechend, wenn sie Rückhalt in der linksradikalen/autonomen Scene hat. Fraktionsübergreifend haben die ernsthaften Teile der Autonomen eine politische Weiterentwicklung gemacht und weitergehende Ansätze erarbeitet.

Diese Ansätze gilt es zusammenzufassen, die verschiedenen Erfahrungen auszuwerten und zu versuchen eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln. Es kann nicht angehen, daß wir nach fast 20 Jahren militanten und bewaffneten Kampf, linksradikaler, revolutionärer Praxis immer noch nicht unsere gemeinsamen Ziele genauer benenen können, immer noch kein zumindest provisorisches Kampfprogramm haben. Wir müssen, wenn wir überzeugen wollen, unsere Ziele benenen können und den Weg dahin aufzeigen. Im Baskenland existiert z.B. ein solches Minimalprogramm, daß sich KAS nennt: 5 Punkte Programm, politische Vorstellungen einer neuen Gesellschaft, getragen von den Linken, von Herri Batasuna bis ETA. So was in der Art fehlt uns. Wir sehen es als unsere gemeinsame Aufgabe an, so etwas Stück für Stück zu schaffen. Wir stehen dabei nicht im luftleeren Raum, sondern sind Glied einer langen Kette autonomer Kämpfe, auch wenn sie oft anders hießen.

In der Geschichte seit 68 haben wir uns ein Stück Lebensqualität und Identität erkämpft, mit den Ideen von freier Sexualität. Gemeinschaftseigentum, kolektiven Lebensformen, mit dem radikalen Infragestellen von gesellschaftlichen Werten und Normen. Diese



Lebenskultur war, ist und wird anziehend sein für Menschen, die nach Alternativen suchen. Sie ist ein Versuch, ein Stück anderer Utopien schon heute zu leben. Sie ist unvollkommen und voller Widersprüche, aber immer noch tausendmal lebendiger als die herrschende Norm. Diese Art des Lebens ist nur im Kampf möglich und muß immer wieder neu erkämpft werden.

Zusammengefaßt: Es steht an, auf der Grundlage einer gemeinsamen Zielbestimmung und Strategie, ein Wurzelwerk in der Bevölkerung zu legen, durch Zusammenarbeit und gemeinsamen Kampf mit den Menschen, und daraus fußende, ergänzende und vorantreibende militante Praxis. Ein Wurzelwerk, das die Grundlage ist für einen breiten, revolutionären Prozeß. Ein Wurzelwerk, aus dem sich auch wenn wir abgeräumt werden, was neues entwickeln kann.

In diesem Sinne

Autonome AbRissGEmeinschaft für potemkinsche Dörfer

ERKLÄRUNG

Wir haben in der Nacht vom 16.6. zum 17.6.87 die Umspannstation der RWE bei Kelsterbach zerstört.

Wir hoffen, mit dieser Aktion nicht nur der RWE, sondern auch der Stromversorgung für die in der Nähe liegende HOECHST AG, einen Schlag versetzt zu haben.

Die RWE steht für die Forcierung des Atomprogramms, sowie für Ausbau und Zentralisierung des Energiemonopols. Sie ist an dem Nuklearzentrum in Hanau mit 45% Aktienanteilen direkt an NUKEM beteiligt. Auch die HOECHST AG ist über die URANIT GMBH an NUKEM angeschlossen.

Die RWE als größter privatwirtschaftlicher Stromproduzent Europas mit einem Umsatz von 26,7 Milliarden DM ist für die Verzögerung des Einbaus von Filtern zur Abgasentschwefelung bei Kohlekraftwerken verantwortlich. Die Folgen davon: keine Verminderung des Schwefeldioxidausstoßes. Dadurch bedingt: das Waldsterben und eine direkte Gefährdung der Bevölkerung, die Zunahme von Bronchialerkrankungen - besonders bei Kleinkindern.

Die HOECHST AG ist neben BAYER und BASF einer der größten Rheinverschmutzer. Hier einige Fakten: Allein die bei Normalbetrieb (d.h. ohne Störfälle) auftretende Rheinbelastung durch industrielle Abwässer pro Jahr beträgt allein bei HOECHST Griesheim und KALLE Wiesbaden 24.000 t Schmutzfracht. Davon sind 75% schwer abbaubar (d.h. diese Stoffe können innerhalb von 5 Tagen nicht natürlich abgebaut werden). HOECHST Griesheim produziert somit etwa 535 t giftige Chlorkohlenwasserstoffe, die durch 450

Herzschläge

Mill. Kubikmeter industrielle Abwässer in den Rhein gelangen. Allein die Gefährdung des Trinkwassers durch Pestizide (gelangt durch den Boden ins Grundwasser) hat zur Folge, daß diese sich in der Muttermilch ablagern. Was die schleichende Vergiftung der Kinder zur Folge hat.

Auch Tochterfirmen von HOECHST leiten regelmäßig gefährliche Stoffe, meistens nachts, in Main und Rhein. HOECHST selbst überschreitet die genehmigten Abwasser-Einleitungswerte beträchtlich.

In diesem Zusammenhang beweist der ehemalige Vorstandsvorsitzende der HOECHST AG Prof. Rolf Sammet einen menschenverachtenden Zynismus als er kurz nach der Seveso-Katastrophe (Zitat): "Mehr Sachlichkeit im Zusammenhang mit dem Seveso-Unfall" forderte, "schließlich habe es in Seveso keinen Todesfall, sondern nur ein paar Narben gegeben".

Es sollte nicht verwundern, wenn bei Leuten wie Sammet - als Antwort darauf - die Autos oder andere Vermögenswerte in Flammen aufgehen.

Wir sehen diesen Anschlag nicht als symbolische Aktion, sondern als konkrete Sabotage gegen eine umweltgefährdende und menschenverachtende Industrieproduktion. Einer Produktion, die aufgrund von Profitinteressen keinerlei Rücksicht auf die Gesundheit der Menschen und auf das ökologische Gleichgewicht nehmen.

Da wir wissen, daß Ordnungsstrafen regelmäßig aus der Portokasse der Konzerne bezahlt werden und beamtete Umweltkontrolleure mit der HOECHST AG zusammenarbeiten bzw. bestochen werden (womit Pläne und Kontrollen der Aufsichtsbehörden den Konzernleitungen vorab bekannt sind), haben wir uns entschlossen nicht zu warten bis Atom- und Chemiekonzerne unsere Umwelt bzw. unsere Lebensbedingungen noch mehr zerstören.

Wir werden die Verantwortlichen zur Verantwortung ziehen und sie aus ihrer Anonymität reißen!

Hier sind die Personalien von zwei der Verantwortlichen (obwohl wir wissen, daß sie nur die Spitze des Eisbergs sind):

1. Wolfgang Munde, seit 28 Jahren beim VCI (Verband der Chemischen Industrie), ist seit 1981 im Präsidium des VCI. Er sagte 1979: "Das Buch (Seveso ist überall) hätte nie geschrieben werden sollen".

2. Helmut Sihler ist Vorsitzender der Zentralgeschäftsführung des Düsseldorfer Henkel-Konzerns. Siehler ist Vizepräsident des VCI.

Wir verstehen diese Aktion auch als antifaschistische Praxis gegen einen Konzern (HOECHST), der mit BAYER und BASF direkter Nachfolger von der Interessengemeinschaft IG-FARBEN ist.

Die IG-FARBEN, in der sich im 1. Weltkrieg HOECHST, BAYER, BASF zusammenschlossen, ist verantwortlich für einige der schlimmsten Verbrechen gegen die Menschheit:

- durch die synthetische Herstellung von Ammoniak als Ersatz für das importierte Chilesalpeter gelang es der IG-FARBEN den 1. Weltkrieg zu verlängern, der ansonsten schon Ende 1914 mangels Munition zu Ende gewesen wäre. IG-FARBEN ist somit für den Tod von Millionen von Menschen verantwortliche.

- in den Giftküchen von IG-FARBEN wurden die Kampfgase Diphenylchlorarsin (Blaukreuz) und Thiodiglykol (Gelbkreuz, besser bekannt als Senfgas) hergestellt und im 1. Weltkrieg eingesetzt. Das erste Mal wurde Giftgas von den Deutschen in der Schlacht bei Ypern (1915) eingesetzt.

Blaukreuz ist ein Reizgas, das die Gasmaske durchdringt, die jeweilige Person erbrechen läßt, ihm den Atem nimmt, so daß er die Maske abziehen muß, um sich dem tödlichen Kampfgas Gelbkreuz auszusetzen. Gelbkreuz ist geruchlos, führt zu Erblindung und zu einem qualvollen Tod. Blaukreuz und Gelbkreuz wurden meist nacheinander eingesetzt.

- durch ein neues Hydrierverfahren wurde Benzin aus Kohle hergestellt, gleichzeitig wurde mit dem sog. "Benzinpakt" zwischen Vertretern der IG-FARBEN und Hitler die Voraussetzung für den 2. Weltkrieg geschaffen.

- das berüchtigte Giftgas Zyklon B, das in den KZ's zur Vergasung von Millionen Menschen verwandt wurde, ist in Leverkusen bei der IG-FARBEN erfunden und hergestellt worden.

- durch die Interessengemeinschaft "Auschwitz" zwischen IG-FARBEN und der SS wurden 10.000de von KZ-Häftlingen als Zwangsarbeiter in den BUNA-Werken der IG-FARBEN bei Auschwitz durch unmenschliche Arbeitsbedingungen umgebracht.

Nach dem 2. Weltkrieg entstanden aus der alten IG-Farben wieder die Firmen HOECHST, BAYER, BASF. Viele alte Bekannte aus dem 3. Reich waren wieder dabei - in den Vorstandsetagen natürlich. Ein Beispiel ist ein Dr. Otto Ambros, Hauptverantwortlicher für die BUNA-Werke in Auschwitz. Jetzt ist er einer der Berater im Hause Flick.

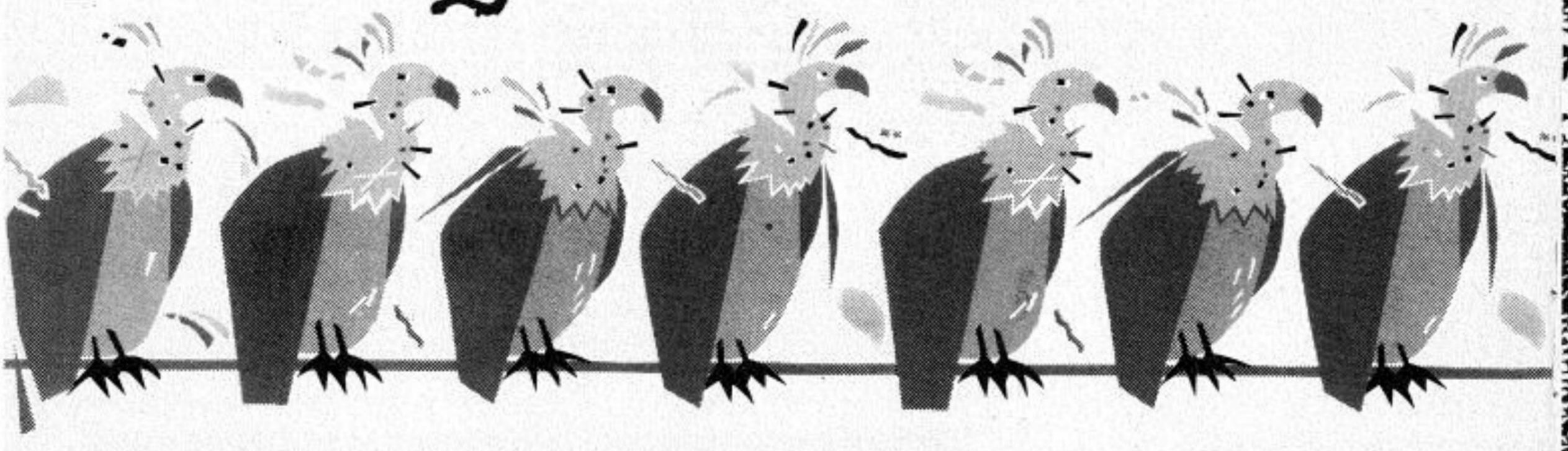
Anhand dieser Tatsachen sieht man die personelle und politische Kontinuität der deutschen Industrie vor, während und nach dem Faschismus.

Aus diesen Gründen sollen die Herren in den Vorstandsetagen von HOECHST, BAYER, BASF wissen, daß sie und ihre Firmen in das Zielkreuz unserer Aktionen geraten sind.

17.6.1987 Revolutionäre Zellen

Betzold/Behmann
Z Noko
K Hilken
Th Boschen
R Noormann
M Rasmussen
M Balicki/I Oryński
H Walke
G Kohler
M Eske
H Heitmann
E Zywicki
Yucel Kadakoglu
G Gehring
H A Lange
M Schoele
B Olszowka
K.Kluge
E Spohn
A Reinsch
E.Luciuk
M Bruse
W.Hecker
D Chronowski
R Schirotzki
A Sattler
R.M Humke
Claasen/Othersen
M.Wieszala
Szpila/Dembowa
St u I Zbiewski
H Malinski
M Brose
M Novosel
S.Mömkes
G Nitsche
G.Bulling
M Brandt
Heering/Knecht
G Gerdes
M Kohlhoff
S Schulz
Ch Suhr
W Penn
E.Körner
N Witt
M Zbiewski
M.Wernicke
J.Leschert
K Simon
B.Yenigün
C.Warnecke
M Fehsenfeld
Horstmann
K.Kolepka
J.Hornung
Horvath
M Statz

Herzschläge .... unter Geiern .....



Selbstbezichtigungsschreiben

Ängstlich und mit pochenden Herzen zogen wir in der Nacht vom 7.5.87 über die Baustelle von Hoch-Tief in Mainz. Durch das Dickicht aus Beton und Stahl schlichen wir, vollbepackt mit Glasschneider und Benzin, das Objekt unserer Begierde war das Haus der Bauleitung.

Wir verbinden mit unsere Aktion die Hoffnung, daß sich mehr Menschen für die direkte Aktion entscheiden und den Bruch mit dem System vollziehen. Wir meinen damit nicht unbedingt den Ausstieg aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß, sondern die Entscheidung gegen das Scheißsystem und damit klar für die Revolution. Diese Entscheidung ist leichter gesagt als getan. Überall stossen wir auf Widersprüche und Grenzen dieser Entscheidung. Täglich werden mit dem imperialistischen Normalzustand konfrontiert, sei es in den Plastikkonsumzonen, der Arbeit oder in den Beziehungen zu anderen Leuten. Die Entscheidung verlangt die Entwicklung von neuen Umgangsformem emanzipierter Menschen. Das bedeutet permanente Arbeit an uns. Das Wechselspiel von Theorie und Praxis ermöglicht es uns eigene Politik zu machen, weg von den Highlights, die die Schweine bestimmen. Wir suchen unsere Ziele, wir bestimmen die Zeitpunkte, wir werden siegen. Natürlich sind die Auseinandersetzungen an den Schweineprojekten richtig, aber aber eben nicht die Perspektive, sondern nur ein Teil der Kämpfe. Genauso ist es nötig ihre Projekte überall anzugreifen, d.h. für uns militante Praxis in der eigenen Stadt zu entwickeln und die Unterstützer ihrer Politik anzugehen, weil sie die Politik erst manifestieren und umsetzen. Wir wollen in diese Angriffen Stärke und Kontinuität entwickeln, damit die Parole vom unruhigen Hinterland Realität wird. Lasst uns gemeinsam unsere Perspektive entwickeln und unsere Politik selbstbestimmen. Erste Ansätze sehen wir in der KWU-Siemens-Kampagne und in den Widerstandstagen gegen die Atommafia. In diesem Zusammenhang stellen wir uns. Das Jahr hat 365 Tage, nützen wir sie.

Erklärung

In der Nacht vom 12. auf den 13. Juli haben wir eine Baustelle der Firma HEITKAMP GmbH in Bochum heimgesucht und eines der teuersten [illegible]-fahrzeuge der dortigen Baustelle abgefackelt. die HEITKAMP GmbH ist eines der größten Bauunternehmen in der BRD, die zusammen mit HOCH TIEF AG, Dyckerhoff und Widmann AG u.a. bundesweit das WAA-Firmenkonsortium bilden.

HEITKAMP ist aktuell an der WAA in der Oberpfalz als Generalunternehmen beteiligt, außerdem beim Bau des Atommüllagers in Ahaus aktiv.

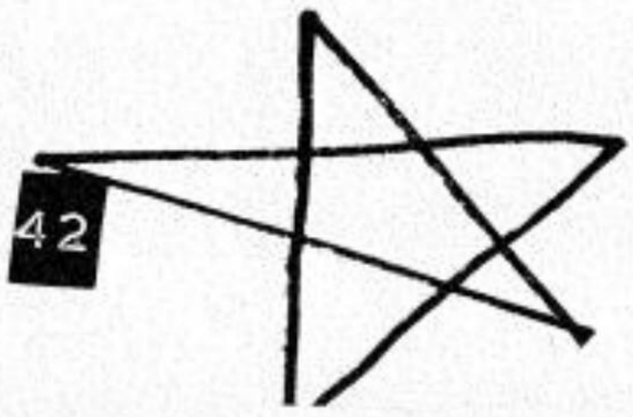
Unser Angriff zielt auf eine Firma, die im AKW-Bereich, Bebauungsberechnung, Bau von Reaktorgebäuden und Druckbehältern, Qualitätsprüfungen, Kühltürmen, Entwurf und Bau für Lager von radioaktiven Abfällen, sowie Wiederaufbereitungsanlagen verstärkt tätig ist. Aber auch da, wo es um die Verbesserung der Infrastruktur für den militärische-industriellen Bereich [illegible]t, ist HEITKAMP mit Planung und Durchführung dabei.

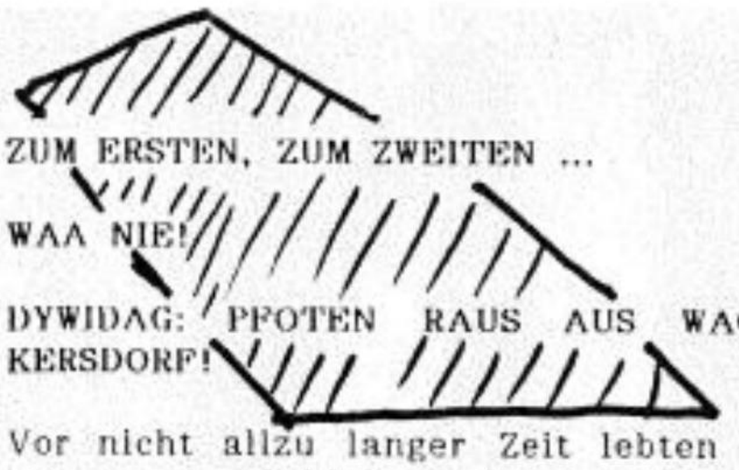
Der Preis für die Projekte der Schweine wird in die Höhe getrieben, indem immer mehr Menschen politischen und militanten Widerstand gegen die menschenverachtende Politik der herrschenden Klasse organisieren.

Schließlich sind Firmen wie HEITKAMP, HOCH TIEF, SIEMENS, DYCKERHOFF UND WIDMANN etc. überall in der BRD vertreten und angreifbar.

Feurige Pfürze für Ronnie Reagan, wir sehen uns noch. Mit tiefen Schmerz über den Tod von Flatsch, geselbstmordet in Berlin.

Einige realo Grüne





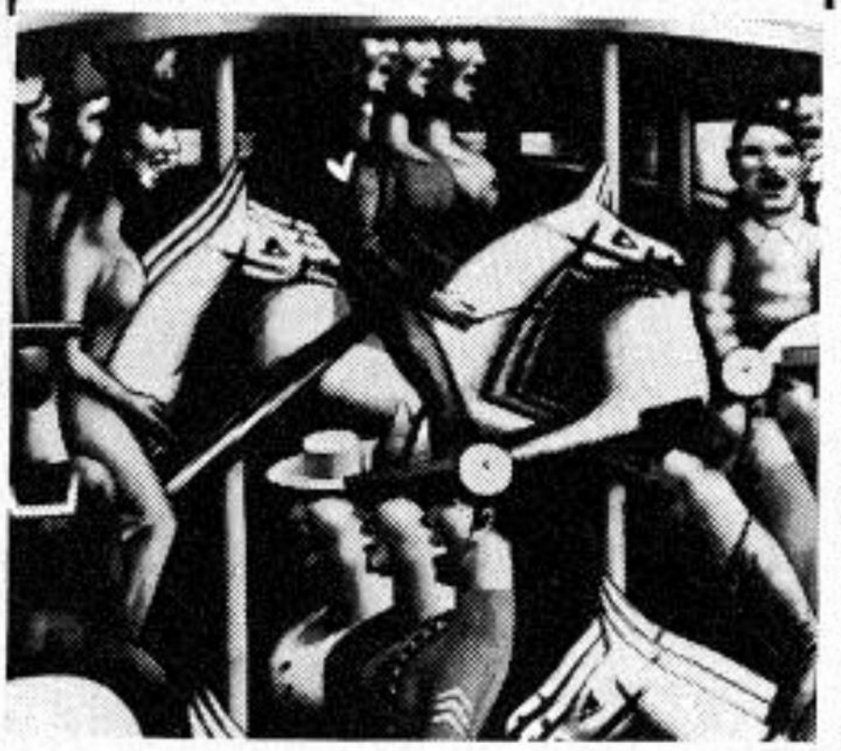
Vor nicht allzu langer Zeit lebten in unserem Land kleine schwarze Zwerge, die sich vornehmlich vom Sumpf der Großstädte ernährten. Viele waren es nicht, aber doch genug, um den Herrschenden ihres Landes von Zeit zu Zeit zu zeigen, daß es noch Zwerge gab.

Diese Zwerge waren gegen die Atomkraft und so kam es, daß sie -als wieder einmal eine große Anlage gebaut werden sollte- aus ihren Städten dorthingingen, den Bauplatz besetzten und schließlich vertrieben wurden. Aber die Bürger jener Region hatten die Zwerge in ihr Herz geschlossen. Das bemerkten die Zwerge und als ein großes Atomkraftwerk explodierte, sahen sie die Zeit für gekommen, den Bürgern zu zeigen, wie die Zwerge wirklich Widerstand leisteten. Sie zogen sich schwarze Masken über, um ihre Gesichtchen zu verhüllen, warfen mit Steinen und schossen mit Schleudern, ganz so, wie es die Zwerge seit Jahrhunderten taten. Obgleich die Staatsgewalt viel stärker war, gewannen die Zwerge anfänglich, denn viele Bürger hatten auch ihr Gesicht verhüllt und halfen den Zwergen. Und viele Zwerge dachten: Endlich ein Sieg! Und fuhren fort, mit Steinen und Stahlkugeln zu werfen. Viele der Zwerge träumten davon, mit der verhaßten Atomkraft die Herrscher auch loszuwerden.

Doch als die Schergen der Staatsgewalt bald immer stärker und immer mehr wurden, zogen sich die Zwerge in ihre Städte zurück und kehrten nie, nie wieder. Und als sie einmal mehr die ganze Häßlichkeit ihrer Prachtstraßen durchschritten und der Landwirtschaftsminister demonstrativ den verseuchten Spargel aß wußten sie: "Es muß was geschehen, aber anders!" Bald brannten die Fahrzeuge der großen Firmen und die Strommasten knickten wie weiland die Tannenbäume im Taxöldener Forst. Aber während sie sich geheimnisvoll heimlich gedruckte Blätter zusteckten und in Hinterzimmern tuschelten, war niemand mehr da, ihnen Beifall zu zollen und sie selbst hatten keine Zeit mehr zu diskutieren und mit den Bürgern zu reden.

So merkten sie auch nicht wie sich der Wind drehte: Die Becquerels verschwanden -zumindest aus den Zeitungen- und der bayrische Landesherr schickte seinen neuen Gauleiter aus, um dem Unwesen ein Ende zu bereiten. Und die Herrscher am Rhein beschlossen neue Gesetze. Viele der Zwerge sagten zwar, daß nichts anderes zu erwarten gewesen sei und versicherten sich eifrig, daß der Widerstand weitergehe. Nur abends, wenn sie allein in ihren kalten Bettchen lagen, beschlich sie ein leises Kribbeln im Magen.

Und obwohl ihr wichtigstes Börsenblatt, das nur noch im Ausland gedruckt werden konnte, zu Ende des Jahres die Bilanz des Zwergenwiderstands veröffentlichte -und diese las sich wahrlich nicht schlecht- verließ viele Zwerge der Mut und während sich draußen Eis und Schnee türmten, saßen sie zusammen und stritten sich über den rechten Weg und meinten, daß die meisten Zwerge zu dumm wären.



Doch es waren wenige, die -sei es nun, weil sie auf dem Land wohnten oder wegen ihrer Unerfahrenheit- nicht sahen, wohin der Zeitgeist der Zwerge wehte. Als sie ihren ersten Erfolg -einen großen Strommast- vorzuzeigen hatten, wurde dieser von vielen bejubelt und in allen Zeitungen der Zwerge gedruckt. So bestätigt machten sie weiter. Aber die Truppe des Gauleifer war schon auf sie angesetzt und als sie ihren nächsten Coup landeten wurden sie gefaßt und gestanden gleich. Und die anderen Zwerge schüttelten ihre Köpfe über so viel Dummheit und vergaßen die gefangenen Zwerge recht bald. Nur das Kribbeln im Magen wurde so stark, daß keine Masten mehr fielen. Einige der Zwerge meinten nun aber, das mit den Masten sei gedacht gewesen, um den Bürgern zu zeigen, was man machen könne, an einen Sieg habe gar niemand geglaubt.

Und wenn sie nicht gestorben sind, dann strahlen die AKWs noch immer, wenige Zwerge sind in den Krallen des Gauleiter - und die anderen warten darauf, daß alles, alles wieder von vorne beginnt ...

Wir wollen hier aber nicht nur Zwergenmärchen erzählen; wir wollen zudem erklären, warum wir im Zeichen des Gauleiter militante Aktionen noch immer befürworten: Zugegebenermaßen unfertig, aber wir wollen nicht mit seitenlangen Analysen und Rezepten langweilen.

1. Wir können es nicht oft genug sagen: Wir führen keinen Krieg, sondern den Kampf um die Köpfe der Menschen. Wer glaubt, Hunderte von gefallenen Strommasten alleine könnten das AKW-Programm zu Fall bringen, wird sich selbst im Knast wiederfinden, ohne etwas verändert zu haben. Militante Aktionen können nur erfolgreich sein, wenn sie auf vorhandene Struktur und Bewußtsein bauen können und nur die Erweiterung öffentlicher Aktionen darstellen. Genau dies wurde im vergangenen Jahr falsch gemacht: Außer Anschlägen hatten die Autonomen nicht viel zu bieten. Und wer glaubt, daß wegen uns "der Staat wackelt" (Anarchistische Zelle zu Anschlag auf Hochtief, Jan. 87), der will die Verhältnisse in diesem Land nicht wahrhaben.

2. Wer militante Aktionen macht, sollte auch wissen, was er damit erreichen will. Wer nur Maximalforderungen stellt ("Abschaltung der herrschenden Klasse") wird bald aufgeben. Wer wie im Supermarkt der autonomen Zerstörung hier mal eine Strommast umlegt, da eine Bank angreift und dort Militär abfackelt, ist ebenso unpolitisch. Angriffsziele sollten nicht nur nach ihrer leichten Angreifbarkeit ausgesucht werden. Und wenn wir erfolgreich sein wollen, brauchen wir eine Kontinuität in unseren Angriffs- und politischen Zielen.

3. Und schließlich noch was zu unserem Alltag, denn wir wollen nicht, daß unsere Aktion dazu dient, die im letzten Jahr so kläglich gescheiterte Hard-Core-Romantik aufleben zu lassen. Wir wollen keinen autonomen Leistungszwang, daß nur der viel gilt, der möglichst harte Aktionen bringt. Wir sind keine Helden, unsere Stärke mißt sich nicht in unseren Aktionen, sondern im täglichen Leben.

Und trotzalledem haben wir gerade jetzt, am 20.7.1987, einen Bagger der DYWIDAG bei Ismaning angezündet. (An derselben Stelle wurde bereits im November 1986 ein Bagger desselben Typs angezündet; von diesem Typ gibt es in der gesamten BRD angeblich nur 10 Stück). Wir wollen zeigen, daß der Anti-AKW-Kampf Kontinuität braucht und wir nicht auf das nächste Thema aufspringen wollen, um die alten Fehler zu wiederholen. Die Repression ist hart, aber sie hat es schon immer gegeben und daß sie unsere 86er Angriffe nicht unbeantwortet lassen würden, konnten wir uns vorher ausrechnen. Wenn wir siegen wollen, müssen wir weitermachen, aber vorsichtig, selbstkritisch, nicht militaristisch.

UNBEKANNTE TÄTER

BERLIN

REAGAN-BESUCH IN BERLIN (WEST) – DER BÜRGERLICHE STAAT ZEIGT SEIN WAHRES GESICHT

Berlin (West) war am 11. und 12. Juni 87 eine zweigeteilte Stadt. Die Grenze verlief mitten durch die City, gezogen von aufgehetzten und aufgeheizten Bürgerkriegstruppen, die Verstärkung aus Westdeutschland erhielten. Ein Massenaufgebot von 10.000 Paramilitärs (fälschlicherweise als "Polizei" bezeichnet) versuchte, mit aller Brutalität jeglichen Protest und Widerstand gegen das imperialistische Spektakel am Brandenburger Tor, zu unterbinden.

Der Reagan-Besuch in Berlin (West) hat gezeigt, daß die Regierung, die West-Alliierten und der bürgerliche Staatsapparat einen solchen Besuch nur noch unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes garantieren können. Er hat auch gezeigt, daß die Führung der Bürgerkriegstruppen nicht mehr im geringsten daran interessiert ist, zumindest einen Teil der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen. Es war ihr erklärtes Ziel, die Zustimmung zu dem, was am Brandenburger Tor von Reagan, Diepgen und Kohl als 'Politik" verkauft wurde, mit Brachialgewalt herzustellen.

Zur selben Zeit, als Reagan, Diepgen und Kohl vor den 20.000 ausgewählten Jubelberlinern (darunter allein 4.000 Polizisten in Zivil und ein großer Teil von Angehörigen der Streitkräfte mit ihren Familien) von der "Unfreiheit" in der DDR sprachen, marschierten am Ku'damm mehrere tausend Paramilitärs auf, um das Versammlungs- und Demonstrationsverbot durchzusetzen. Eine spontane Demonstration vom Breitscheidplatz zur Joachimstaler Straße von tausend Menschen wird stundenlang eingekesselt. Die aufgehetzten Söldner der Staatsmacht provozieren immer wieder und schlagen brutal auf die Eingekesselten ein. Eine "Wanne" fährt mitten in die eingekesselte Menschenmenge. Blutüberströmt brechen viele zusammen, als die Bürgerkriegskommandos den Weg freiprügeln. Die U-Bahnlinien Kreuzberg, Wedding und Neukölln werden auf Anweisung der "Polizei" geschlossen und von den paramilitärischen Einheiten besetzt. Alle Zufahrtsstraßen nach Kreuzberg werden abgeriegelt, massive Personenkontrollen finden statt, Fahrradfahrern werden die Räder weggenommen, Autofahrer werden an die Straßenseite gewunken und peinlich genau kontrolliert. Kreuzberg ist abgeriegelt. Tausende Menschen kommen nicht mehr raus, die Verkehrsverbindungen sind eingestellt.

Kohl in seiner Rede vor dem Brandenburger Tor: "Der Präsenz der drei Schutzmächte verdankt diese Stadt ihre Freiheit. Ihre Menschen können sich frei bewegen, ihr Schicksal in freien Wahlen mitbestimmen, ihre Meinung frei äußern." Auf dem Ku'damm und am Breitscheidplatz prügeln die Bürgerkriegskommandos auf alle ein, die ihre Meinung über Reagan und die USA sowie über die BRD-Regierung in Sprechchören äußern. Am Tag zuvor, am 11.6., wurde die Demonstration der 50.000 gegen die imperialistische Hochrüstungs- und Kriegspolitik, gegen großdeutschen Chauvinismus und gegen Ausplünderung und Verelendung durch Paramilitärs massiv angegriffen.

Der autonome Block war mit 4.000 Leuten der stärkste. Als dieser Block am Breitscheidplatz ankam, wurde er angegriffen und eingekeilt. Zivilpolizisten waren massenweise im Einsatz (zu erkennen an einer blauen und gelben Anstecknadel am Revers). Die Demo wurde schließlich am Wittenbergplatz von den Paramilitärs durch äußerst brutale Knüppel- und Kampfgaseinsätze der Sonderkommandos gespalten. Massenfestnahmen wurden durchgeführt. Am Nollendorf- und Winterfeldtplatz kam es zur Gegenwehr der Demonstranten, in der bürgerlichen Presse als "Krawalle" bezeichnet. Schon in dieser Nacht war Kreuzberg 36 von den Paramilitärs besetzt, die in Kolonnen durch die Straßen rasten und von Panzerwagen angeführt wurden. Ein ganzer Stadtteil wurde so terrorisiert.

In der Nacht vom 12. auf den 13. Juni wurde Kreuzberg 36 von den Paramilitärs besetzt. Passanten wurden durch die Straßen gejagt, die Bürgerkriegskommandos brachen in Wohnhäuser ein und schleiften Menschen heraus, die sie dann festnahmen. Ganze Häuserfassaden wurden mit starken Scheinwerfern abgeleuchtet: Kreuzberg 36 war in den Händen der Bürgerkriegstruppen, jede/r, der/die sich auf die Straße traute, wurde zum Freiwild für die prügelnden Horden.

Diepgen in seiner Rede vor dem Brandenburger Tor: "Berlin ist Symbol der Freiheit. Von der Stadt muß Frieden ausgehen. Wir wollen eine Politik des Dialogs. Das dient den Menschen. (...) Es ist meine große Hoffnung, eines Tages mit meinen Kindern durch das Brandenburger Tor gehen zu können."

Diepgen will also mit seinen Kindern durch das Brandenburger Tor gehen. Das wird aber nicht gehen ohne Panzer und Raketen, ohne Soldaten und Krieg. Das ist vielen Menschen in Berlin (West) völlig klar. Und daß diesen großdeutschen imperialistischen Kriegern der Massenanhang in der Bevölkerung fehlt, ist ebenso klar. Die große Demonstration am 11.6. und der über der Stadt verhängte Ausnahmezustand sprechen eine deutliche Sprache. Ebenso die Kundgebung vor dem Brandenburger Tor. Hatten vor 24 Jahren noch Hunderttausende von Jubelberlinern dem US-Präsidenten Kennedy einen rauschenden Empfang bereitet und sich mit der "Schutzmacht USA" verbrüdert (die eingesetzten Polizisten waren dazu da, die begeisterten Menschen zurückzuhalten und nicht etwa Demonstranten), so bot die Kundgebung am 12.6. doch ein gänzlich anderes Bild: Der US-Präsident sowie Kohl und Diepgen hinter Panzerglas, weiträumige Absperrungen, geladene Gäste, Stacheldraht, Scharfschützen auf den Dächern, in der Stadt selbst Ausnahmezustand. Und eine gute Stimmung wollte bei den Jubelberlinern vor dem Brandenburger Tor auch nicht aufkommen. Der Applaus und die Jubelrufe ähnelten mehr dem eingespielten Händeklatschen und künstlichen Lachen in US-Shows.

Kurz und gut: Der von Reagan, Kohl und Dieggen forcierte aggressive Kurs gegen die DDR und die Sowjetunion hat keinen Konsens in der Bevölkerung. Selbst bei vielen CDU-Wählern ist das Rasseln der Stahlhelm-Fraktion verpönt. Wenn Reagan dem Generalsekretär der KPdSU, Gorbatschow, zuruft: "Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder!", dann muß zur selben Zeit in Berlin (West) eine andere Mauer gebaut werden: Eine Mauer aus Paramilitärs gegen all diejenigen, die diesen aggressiven Kurs ablehnen und sich dagegen auflehnen. Eine Mauer der Bürokratie und des Polizeistaats gegen all diejenigen, die im sozialen Elend leben und sich wehren. Das ist der Zusammenhang zwischen dem, was Reagan, Kohl und Diepgen in ihren Reden verkündet haben (und somit Regierungsprogramm ist) und dem, was sich am Tag und in der Nacht im Citybereich, in Schöneberg und in Kreuzberg abspielte.

Wenn Reagan Freiheit sagt, dann meint er: Die ganze Welt hat sich nach den Interessen des US-amerikanischen Imperialismus auszurichten. Wenn Kohl und Diepgen von Freiheit reden, dann meinen sie: Mit dem "sozialistischen Experiment" im Osten muß endlich Schluß sein. Dorthin gehören endlich wieder die freie Marktwirtschaft und die alten Eigentumsverhältnisse. Denn: Mit sicheren Arbeitsplätzen, niedrigen und stabilen Mieten, einem funktionierenden und gut ausgebauten Gesundheits- und Schulwesen, der Enteignung von Kapitalisten läßt sich kein Profit machen. Ihre Freiheit ist die Freiheit der Kapitalisten, uns auszubeuten; die Freiheit der Banken und Konzerne, an der Aufrüstung fett zu verdienen; die Freiheit, all die ins soziale Elend und ins Abseits zu stoßen, die den Normen der "Leistungsgesellschaft" nicht mehr entsprechen; die Freiheit, all diejenigen zu kriminalisieren und zu terrorisieren, die das nicht mitmachen wollen und Widerstand leisten.

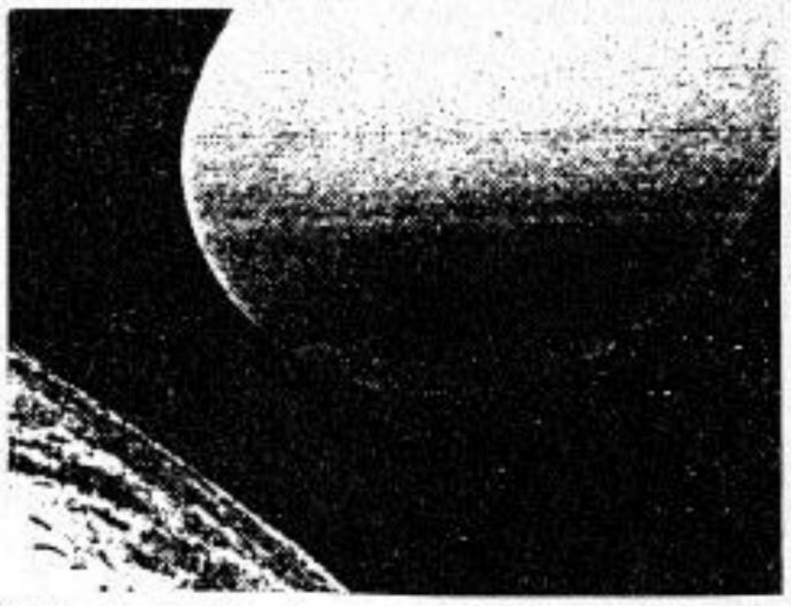
Reagan vor dem Brandenburger Tor: "In Europa verweigert nur eine Nation den Beitritt zur freien Welt. Der Weg ist auch anderen Ostblockstaaten versperrt. Aber in diesem Zeitalter des doppelten Wirtschaftswachstums, der Informationen und Innovation hat die Sowjetunion immer noch die Wahl. Sie muß grundlegende Veränderungen vornehmen oder sie wird sich überleben. Daher besteht heute Hoffnung. Wir im Westen sind bereit, gemeinsam mit dem Osten an einer wahren Offenheit zu arbeiten - die Schranken niederzureißen, die die Menschen trennen, eine sichere und freiere Welt zu schaffen. Und sicherlich gibt es keinen besseren Ort als Berlin, den Angelpunkt von Ost und West, um damit anzufangen."

Die Sowjetunion also "verweigert den Beitritt zur freien Welt". Noch hat sie laut Reagan "die Wahl", sich dem Imperialismus zu unterwerfen und "die Schranken niederzureißen". In den Reden von Reagan, Kohl und Diepgen wird fortlaufend der Anspruch erhoben, daß "der Ostblock sich öffnen muß", kurz: Die Länder des RGW werden aufgefordert, das kapitalistische System zu übernehmen. (Umgekehrt ist das nicht der Fall!) Kohl: "Es kann keine West-Ost-Zusammenarbeit um Berlin herum geben; Berlin muß voll einbezogen sein. Der Preis für Zusammenarbeit kann auch nicht darin bestehen, daß wir darauf verzichten, uns zu unseren Werten und Überzeugungen zu bekennen."

Wenn die Sowjetunion allerdings keinen Gefallen an der "Freiheit" und den "Werten und Überzeugungen" von Reagan, Kohl und Diepgen findet? Dann muß sie eben fühlen, was es heißt, sich dem US- und BRD-Imperialismus nicht zu unterwerfen! Kohl: "Wir wollen konventionelle Stabilität zwischen Atlantik und Ural. Dazu müssen die Staaten des Warschauer Pakts auf ihr konventionelles Übergewicht und auf ihre offensive Militärdoktrin verzichten." Angesichts der von der NATO erneuerten Doktrin der "Vorneverteidigung" und der "flexible response", der Militärdoktrin von "Air Land Battle" und "Air Land Battle 2000" ist es schon eine kaltblütige Unverfrorenheit, der UdSSR eine "offensive Militärdoktrin" anzudichten.

Kurz und gut: Die UdSSR und die mit ihr verbündeten Staaten sollen endlich den Kapitalismus wieder einführen. Machen sie das nicht "freiwillig", so werden sie mit militärischem, politischem und wirtschaftlichem Druck erpreßt und für den Fall, daß diese Erpressung nichts fruchtet, wird ihnen - bis jetzt noch "durch die Blume" - mit Krieg gedroht. Berlin (West) soll in dieser Politik wieder einmal den Ausgangspunkt dafür spielen. Reagan: "Und sicherlich gibt es keinen besseren Ort als Berlin, den Angelpunkt von Ost und West, um damit anzufangen."

Am 11. und 12.6. haben sie damit angefangen. Was das für die Bevölkerung und den Widerstand hier heißt, haben wir alle mitbekommen. Diese Politik ist nur mit dem Ausnahmezustand durchzusetzen. Um dagegen kämpfen zu können und diesen Kurs zu Fall zu bringen, brauchen wir einen langen Atem. Die 150 Organisationen, die den Demo-Aufruf unterzeichnet haben (und auch die vielen anderen, die nicht darauf standen), müssen gegen dieses Projekt der Imperialisten eine Bündnispolitik entwickeln, die tragfähig ist und nicht nur zu punktuellen Übereinkünften fähig ist. Dazu ist es erst einmal notwendig, die inhaltliche Diskussion miteinander zu führen. Die Perspektive muß sein, den politischen und sozialen Widerstand hier zusammenzubringen, antikapitalistische und antiimperialistische Politik zu verbinden. Es ist sicher wichtig, die unterschiedlichen Positionen, die bei den Organisationen vorhanden sind, herauszustellen und darüber zu diskutieren. Es ist genauso wichtig, diese Diskussion nicht als sektiererische Abgrenzungsdiskussion zu entwickeln, sondern mit dem Willen und dem Bedürfnis nach Zusammenarbeit.



Welche Rolle Reagan, Kohl und Diepgen Berlin (West) zugedacht haben, ist in ihren Ausführungen sehr klar geworden. In welche Richtung sich das zuspitzen wird, dazu nur zwei weitere Beispiele: Am Samstag, 13.6., hielt sich hier der türkische Faschistenführer Türkes unter dem Begleitschutz von Geheimdienstleuten auf. Er konnte ohne Probleme in die Stadt einreisen. In den nächsten Tagen wird der Kongreß der faschistischen Mun-Sekte im ICC stattfinden. (Gründer ist ein Mitarbeiter des südkoreanischen Geheimdienstes; Hauptsitz der Sekte: USA.)

Sie wollen Berlin (West) zu einem internationalen Zentrum für faschistische und "großdeutsche" Umtriebe machen. Sie wollen Berlin (West) zu einer starken Bastion der NATO ausbauen. Sie wollen Berlin (West) zu einer Metropole des internationalen Kapitalismus machen (siehe auch die angekündigte IWF-Tagung). Dagegen ist unser Widerstand angesagt! Nicht gegeneinander kämpfen, sondern zusammen kämpfen!

Herausgeber: Genossinnen und Genossen aus Bund Westdeutscher Kommunisten-Westberlin; Gruppe Junger Anarchisten/Rätekommunisten-Westberlin; Freie Arbeiter Union/Rätekommunisten-Westberlin; Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg - Westberlin

Als es am 1. Mai in Kreuzberg so richtig geknallt hat, beschieden die Autonomen und diverse andere Gruppierungen der Situation eine kritische Auswertung. Es sei die soziale Revolte gewesen, die genauso auch weiterzuführen sei. Bolle abfackeln, Bullen massiv mit Steinen abwehren, die Staatsmacht in dieser Sicht herausfordern, - sie militärisch, bei uns heißt det natürlich MILITANT angreifen. Große Worte übertönten, bis auf die Distanzierung der Autonomen vom Plündern kleiner Läden, jede weitergehende (Selbst)kritik an den realen politischen Auseinandersetzungen. Sogleich als Vorgeschmack auf den Reaganbesuch gepuschte Aktionstage sollten aufzeigen, daß die Basis offensiver Kampfmöglichkeiten wiederhergestellt sei: Nun könne Mann/Frau also wieder richtig auf den Putz hau'n. Besonders zeigte sich darauf die Hau-drauf Mentalität Einzelner bei der Demo in Berlin gegen Reagan am 12.6. Im Laufe der Demo mußte Mensch sich gegen 'nen Angriff von Sondereinsatzkommandos <<SeK's>> mit Steinen wehren. Nun gab's, wie schon bei anderen Anlässen, so'n paar besonders Mutige, die aus den eng gegliederten Ketten heraus ihre Klamotten schmissen. In einem von mehreren Fällen trafen sie bei dem Versuch Staatsschweine am Knüppeln zu hindern 'nen Typen aus den eigenen Reihen ... andere verfehlten nur knapp. Auf Nachfrage antwortete einer aus der Reihe hinter uns nur lapidar: "Paß halt besser auf!" Die Platzwunde, die am Kopf entstanden war mu$te genäht werden, er wird so schnell in den nächsten Tagen keinen Bock mehr haben sich auf 'ne Demo zu wagen.

Eine andere Sitution am Ku'damm-Commerzbank: Zwischen Demozug, schwarz vermummtem Block und den Schelben der C.bank, die von Bullen bewacht wurden gehen Passanten, die eben auch mitbekommen wollten was los ist, als von Schwarz-Vermummten, zwei, drei Meter aus den Ketten, ein Steinhagel auf Bullen und Passanten niedergeht. Ausgerechnet der Bulle schützt in diesem Augenblick die vielleicht auch Interessierten vor den Chaoten!!!

Wollen solche Leute die Verantwortung an diesem Punkt übernehmen? Ich stelle eher die Fähigkeit mancher Autonomer politische Aktionen duchzuführen, ja manchmal auch die ganze Praxis, auch im Alltag, in Frage. Ganz zu schweigen von der Umkehrung (Counteraktionen!) und die Ausnutzung politischer und anderer Differnzen, die in allen Bewegungen bisher zu einem gewissen Bruch in deren Dauerhaftigkeit geführt haben.

Zusätzlich stelle ich mir die Frage, ob die Entschlossenheit bestimmter Leute mit einer autonomen Strategie in Einklang zu bringen ist. Ich meine, daß die Grundlage unseres Kampfes auch miteinschließt ,daß Unbeteiligte nicht von unseren Aktionen beeinträchtigt werden dürfen. Die Diskrepanz zwischen der Praxis der realen autonomen Politik und der, die wir uns vorstellen, macht sich ja schon immer im Alltag deutlich. Der Haß, den diese imperialistische Wirklichkeit schafft, bringt alle, mit denen wir kämpfen wollen, noch lange nicht zusammen.

Die wichtigste Aussage in diesem Text scheint mir folgende zu sein: Wir sollten alle darauf achten, wieviele Masten in den Köpfen der Menschen fallen. Genau aus diesem Grund ist es ja dem Staat so wichtig unsere Kommunikation zu stören (Zensur von radikalen Zeitungen, Treffen innerhalb des Widerstandes...). Neben der Aufarbeitung der Autonomia in Italien und der Weiterentwicklung eines eigenständigem Geschichtsbewußtseins, müssen wir endlich die MILITANTE DEBATTE führen und unsere Praxis überdenken. Zum einen geht es darum zu erfassen, daß sich die Strukturen der militanten Szene nur punktuell, an offengewordenen politischen Auseinandersetzungen (Häuserkampf, Startbahn, WAA, mit Einschränkungen der Hungerstreik, VOBO) erweitert hat, aber sich dennoch auf ein Spektrum von ein paar tausend Autonomen im 52 Millionen-Staat BRD beschränkt.

Die Linke, falls sie noch unter dieser Bezeichnung laufen kann, hält sich weder noch mit der Gewaltfrage auf, sie reformiert höchstens ihre Positionen im Laufe von Jahrzehnten. Aus der Repressionswelle 76/77, die die gesamte Linke und die Öffentlichkeit geschockt hat, sind Manager der grünen Technologie(zukunft?????) geworden und nehmen den Autonomen geschickt die Butter vom Brot (SIEHE BUKO). Daraufhin greift Zimmermann in seine 'Wendekiste'; die A's sind nun der bewaffnete Arm der Grünen (geschickte Formulierung-politischer Schachzug).

Wie schon der Brief im Reader der 'libertären tage' vorschlug, wir sollten unsere Köpfe auch mal über unsere Strukturen und Umgangsformen rauchen lassen. Sehr wichtig und hilfreich könnte uns da die Autonomenkritik sein, die sich inzwischen in den Diskussionen vieler (aber noch zu wenigen) Zusammenhänge niederschlägt.

[redacted]

Im Anti-AKW-Kampf lassen wir in Folge jede Form politischer Einmischung in die Gesamtsituation sausen und versteifen uns auf die Haßmaske... Anschließend begreifen wir zwar den Spaltungsversuch, mit dem der Staat bis dahin nicht landen konnte, doch die verschiedenen Aktionsformen am Bauzaun, in Amberg oder im Land werden zur Demaskierung des (WAA) Widerstandes.

[redacted]

Und nicht alles neu macht der 1. Mai... womit ich wieder am Anfang des Artikels angekommen wäre. 1977 und Ende 81 hat die Repression des Staates uns schon mal den Mund verpflastert. Ich meine, daß sich unsere Stärke genau in den repressiven Phasen zeigen muß, in dem Versuch, die Organisierung zwischen uns und anderen politischen Gruppierungen vor allen Dingen sozial zu stärken, damit wir dem Staat keine Ruhe gönnen brauchen.

[redacted]

Seit 81 war das Konzept der Autonomen, den Mund voll zu nehmen, damit mann/frau nicht daran erstickt; augenblicklich haben wir den ganzen Kloß Politisierung, Militanz, Bündnispolitik ja/nein, Revolte im Alltag etc. versucht runterzuschlucken. Erist uns im Hals steckengeblieben.

ZUSAMMEN LEBEN UND KÄMPFEN!

Ein Kollektivist in ohnmächtiger Wut

An die Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt

Landesverband Bayern e.V.

An die Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt

An die Kollegen bei der Arbeiterwohlfahrt

München, den 29.6.87

Offener Brief

Sehr geehrte Frau Blum!

Sehr geehrte Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt!

Liebe Kollegen bei der Arbeiterwohlfahrt!

Seit meiner Kündigung zum 31.3.87 (wegen der geplanten Schließung) habe ich die Bewohner des ehemaligen AW-Jugendwohnheims Laim immer wieder besucht und will und kann nun nicht mehr zuschauen, auf welche Art und Weise die sog. "Entmietung" des Wohnheimes, in dem ich als Betreuerin gearbeitet habe, durchgeführt wird.

Im Wohnheim Von-der Pfordtenstraße 44 leben immer noch 14 Menschen und suchen verzweifelt nach Ersatzwohnraum. Die ehemalige Putzfrau, die sich in ihrer Personalwohnung im Keller Rheuma geholt hat, weiß genausowenig wohin sie umziehen könnte. Im Haus gibt es keine Heizung, kein warmes Wasser mehr, hin und wieder keinen Strom. Die Müllabfuhr ist von der AW abbestellt. Seit Mitte März hat die Geschäftsführung das Bewachungsunternehmen Erl (bewaffnet und ab und zu betrunken) für das Haus beauftragt. Am 21.5.87 fand mit Genehmigung und Begleitung von Ihnen, Frau Blum, eine Polizeiübung im leeren angrenzenden Altersheim statt. Was nicht nur von den Bewohnern als unmittelbare Provokation empfunden wurde. (25 Polizisten mit Panzerjacken und Maschinengewehren, von denen einige bis zum Jugendwohnheim vorstießen.)

Obwohl es eine Auflage in der Abrißgenehmigung der Stadt München ist, daß die AW für die restlichen Mieter Ersatzwohnraum beschafft, war der erste Vorschlag von der Geschäftsführung an die Bewohner: sich obdachlos zu melden!!!

Den Bewohnern wurde der geplante Abriß erst mitgeteilt, als das Gerücht schon alle alarmiert hatte und offizielle Informationen gefordert wurden. Die Beteuerungen von Ihnen, Frau Blum, man werde alles tun um zu helfen usw... erwiesen sich als leere Versprechungen. Entgegen anderslautenden Behauptungen haben die Bewohner nachweisbar nach Wohnungen gesucht.

Der Landesverband der Arbeiterwohlfahrt treibt die Menschen, die aus verschiedenen Notlagen heraus gezwungen waren, in diesem heruntergekommenen Haus zu wohnen, nun auf die Straße. Wenn man einmal in einer Obdachlosenunterkunft wohnt, gibt es kaum noch ein Zurück!

Ich bin Sozialarbeiterin und habe 3 Jahre lang als Betreuerin in dem Wohnheim gearbeitet. Ich hatte bei diesem Wohlfahrtsverband, der seinen Ursprung in der Arbeiterbewegung hat, ein Verständnis für die soziale Situation der Betroffenen, ein Wissen um die Ursachen des Elends in unserm Land, die Kenntnis der Lage der Arbeiterjugendlichen (ob ausländisch oder deutsch) erwartet. Ich bin eines Anderen belehrt worden. So habe ich versucht, die Situation im Wohnheim, die Problem der Bewohner der Heimleitung und der Geschäftsführung zu vermitteln, habe Vorschläge für die weitere Arbeit eingebracht (Konzept fürs Haus) - und bin nicht gehört worden. Desweiteren wollte ich z.B. einzelne Reparaturen durchsetzen, um den Verfall des Hauses aufzuhalten. Aber immer wieder mußte ich in meiner Arbeit erleben, daß der Mensch nicht zählt, die Ursachen nicht gesehen werden wollen und nur gerechnet wird.

Mittlerweile wird für das Anmieten von Wohnungen eine Geldsumme angeboten, deren Auszahlung jedoch gebunden ist an den gemeinsamen Auszug aller zu einem bestimmten, von der AW festgesetzten Termin (wer vorher eine Wohnung findet kann kein Geld davon für die Kaution bekommen). Es stehen dabei pro Person DM 830,- sowie DM 1245,- als Darlehen zur Verfügung. Zu Recht weigern sich die Bewohner, sich obdachlos zu melden und sind skeptisch gegenüber dem Geldangebot: "Wenn die Arbeiterwohlfahrt meint, mit diesem Geld können wir Wohnungen finden, dann soll sie uns welche suchen. Ich möchte kein Geld, sondern eine Wohnung." (eine Bewohnerin) Trotzdem versucht man natürlich, mit der angebotenen Summe gemeinsam oder auch einzeln Wohnungen zu finden. Ergebnis sind aber nur Absagen von Vermietern. Versuchen Sie mal, z.B. als Ausländer in München eine Wohnung zu finden!

Die AW protestiert bundesweit gegen den Sozialabbau, gegen die neue Armut, sie weiß um die Wohnungssituation in München und um die Diskriminierung von Arbeitslosen und Ausländern bei der Wohnungssuche. München hat die höchsten Mieten in der BRD, die im letzten Jahr wieder um 4,5% gestiegen sind - mehr als das Doppelte als im Bundesdurchschnitt. 19000 Personen oder Familien haben eine Sozialwohnung beantragt. 9000 mit Dringlichkeitsstufe 1. Gleichzeitig laufen täglich bei 8 Arbeiterfamilien Räumungsklagen ein, weil die Miete nicht mehr gezahlt werden kann.

Die AW hat das Haus in Laim seit seiner Erbauung 1956 nie renoviert, sondern seit Jahren jegliche Hinweise, Warnungen und Mängellisten von Mitarbeitern und Bewohnern ignoriert, das Haus verwahrlosen lassen und gleichzeitig weitervermietet.

Frau Blum! Anstatt mit dem Bewachungsunternehmen Erl Geld zu verschwenden, wäre es weitaus sinnvoller, ein Maklerbüro zu beauftragen und Ersatzwohnraum zu suchen.

Welches Mitglied der Arbeiterwohlfahrt kann und will diese empörenden Maßnahmen noch mittragen?

Was unterscheidet die AW noch von einem kapitalistischen Vermieter, von einem Spekulanten, der ein haus herunterkommen, räumen und abreißen läßt?

Kollegen, Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt: fordert die Geschäftsführung auf, die Bedingung in der Abrißgenehmigung der Stadt München, Ersatzwohnraum zu stellen, endlich zu erfüllen!

Luise Wagensohn

Bundesweiter dezentraler Widerstandstag jeden ersten Samstag im Monat

Die Idee der Widerstandstage ist letzten Sommer entstanden und am 1. 11. 86 zunächst hessenweit in die Tat umgesetzt worden. Der Widerstandstag ist entstanden, um besser einen selbstbewußten und eigenverantwortlichen Widerstand leisten zu können. Er ist eine Möglichkeit, der Isolation und Perspektivlosigkeit entgegen zu wirken und um die eigenen Möglichkeiten zu erkennen. Dabei soll ein Reagieren auf äußere Anlässe (Katastrophen usw.) überwunden werden, um zu einem aktiven Widerstand zu kommen. Ein außerparlamentarischer radikaler Widerstand, der praktisch wird, der Spaß macht und vor allem eingreift in den reibungslosen Ablauf der Atombetreiber.

Demonstrationen und Aktionen an Atomanlagen und Bauzäunen sind dabei nur eine Form, sich dagegen zu wehren. Nicht jeder/jede kann oder mag sich daran beteiligen. Unser Wille, die Atomanlagen stillzulegen, kann auf vi[illegible] Arten zum Ausdruck kommen. Widerstand muß zu denen passen, die ihn leisten, nur so kann er von Dauer sein. Der Widerstand gegen Atomanlagen entwickelt dann Stärke, wenn es uns gelingt, selbst die Vielfalt der verschiedensten Formen als Ausdruck unseres gemeinsamen Kampfes zu erfahren und diese Einheit nach außen deutlich zu machen.

Entscheidend für den Erfolg der Widerstandstage wird es dabei sein, daß die Gruppen, Initiativen und Personen bereit sind, auf ihre jeweilige Art zu zeigen, daß sie das Treiben der Atommafia nicht mehr länger untätig hinnehmen wollen: Daß es Infotische gibt - Giroblau - Gemälde und Schriften auf den Straßen, Geldscheinen, Brücken und Wänden - spontane Massenansammlungen - Dia-Vorträge - umgestürzte Masten - Besuche bei den Stadtwerken, Firmen, Institutionen und Be[illegible]en - Podiumsdiskussionen - Pellkartoffeln in den Auspüffen von Firmenfahrzeugen - Schweigeversammlungen - Straßentheater - schwarze Blocks und schwarze Frauen usw., um nur einiges zu nennen, was es in der Vergangenheit gab.

WIR LASSEN UNS NICHT VORSCHREIBEN, WELCHE FORMEN DES WIDERSTANDS WIR DEM ATOMPROGRAMM ENTGEGENSETZEN:

Das Ganze muß eine Riesenkampagne werden - in jedem Ort muß klar sein: AM ERSTEN SAMSTAG IM MONAT IST WIDERSTANDSTAG.

Natürlich nicht nur dann, aber da eben überall.

Um Erfahrungen und Perspektiven nach einem 1/2 Jahr Widerstandstage auszutauschen, fand am 10.5.87 in Darmstadt diesbezüglich ein Treffen statt. Hierzu wurden ca. 60 Widerstandsgruppen angeschrieben mit der Bitte, am Treffen teilzunehmen oder über die gewonnenen Erfahrungen schriftlich zu berichten. Zwar erschienen 8 BI's aus dem Rhein-Main-Gebiet zum Treffen, an Rückmeldungen gingen jedoch lediglich 2 ein.

Anwesend waren Gruppen aus Frankfurt, Hanau, Darmstadt, Wiesbaden, Offenbach, Gießen. Berichte kamen aus Hamburg und Gronau. Zu Beginn des Plenums wurden die Erfahrungen mit den Widerstandstagen ausgetauscht.

Frankfurt: Die Idee des Widerstandstages ist bei unterschiedlichen Gruppen bekannt, diskutiert und akzeptiert worden. Probleme mit den Widerstandstagen ergaben sich vor allem bei dem Ziel, diese in den Alltag zu tragen, "normalen" Leuten zu vermitteln und auf Frankfurt zugeschnittene Aktionen anzukurbeln.

Hanau: Zu Beginn der Widerstandstage wurden vielfältige Aktionen durchgeführt, die jedoch im Moment stagnieren. Die Widerstandstage stehen und fallen mit der Integration anderer Gruppen ins Widerstandskonzept. Nach Beschluß des "Autonomen Plenums" soll die Weiterführung hiervon abhängig gemacht werden.

Darmstadt: Zu Beginn der "Widerstandstag Aktionen" waren Gruppen aus verschiedenen Bereichen integriert. Diese Zusammenarbeit beschränkt sich z.Z. auf spezielle Themen oder aktuelle Anlässe. Ziel der weiteren Arbeit ist es, verstärkt die inhaltliche Anti-AKW Arbeit vor Ort anzugehen und gezielt in die Widerstandsaktionen einzubeziehen.

Wiesbaden: Das Konzept der Widerstandstage wurde als sehr positiv bewertet. Die Aktionen sollen in Zukunft jedoch noch öffentlichkeitswirksamer mit den Widerstandstagen in Verbindung gebracht werden. Probleme werden vor allem in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen auf Grund von Berührungsängsten deutlich. Dieses zeigte sich beispielsweise auf einem Treffen des Umweltforums Wiesbaden. An dem Treffen nahm eine Umweltgruppen des BKA's teil. Die Berührungsängste der anderen Gruppen zum BKA waren geringer als zum Arbeitskreis Umweltschutz, der daraufhin das Treffen verließ.

Offenbach: An den Widerstandstagen wurden regelmäßig Aktionen durchgeführt und mit einer weiteren Anti-AKW BI eine Zusammenarbeit hergestellt. Ein Jahr nach Tschernobyl wird die Verbreitung der Widerstandstage als schleppend beurteilt. Zur Zeit wird schwerpunktmäßig an der KWU-Kampagne gearbeitet, zu der am Widerstandssamstag im Mai eine Demo stattfand.

Gießen: Die Aktionen zu den Widerstandstagen wurden eingestellt, da keine große Resonanz bei anderen BI's erzielt wurde. Das Hauptziel der Widerstandstage, andere Gruppen zu integrieren, ist mißlungen.

Gronau: Jeden ersten Samstag im Monat werden regelmäßig Spaziergänge zur Uran-Anreicherungsanlage durchgeführt. Eine bessere Berichterstattung, Rückkopplung der BI's untereinander und mehr Öffentlichkeitsarbeit zum bundesweiten Widerstandstag wird angeregt.

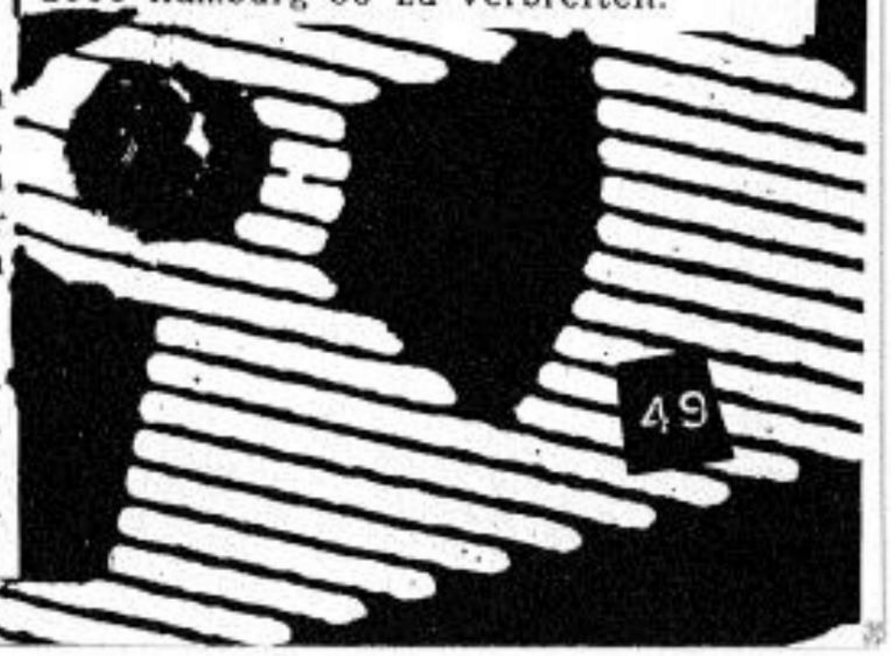
Hamburg: Die Idee wurde aufgegriffen und schnell in Aktionen umgesetzt. Die gezielte Zusammenarbeit mit der Presse hat Erfolg vermittelt und Auftrieb für weitere Aktionen gegeben.

Anschließend wurde eine breite Diskussion über Ziele und Perspektiven der Widerstandstage geführt. Die Diskussion war bestimmt durch den Frust, daß der Widerstandstag nicht die erhoffte Verbreitung gefunden hat. Jede Gruppe hatte versucht, in ihrer Stadt andere Gruppen oder Personen in ihre Aktivitäten mit einzubeziehen, was aber nur selten gelang. Der Widerstandstag hat sich zwar bundesweit verbreitert, aber im Rhein-Main-Gebiet, dem Hauptverbreitungsbereich, ist ein Rückschritt nicht zu leugnen. Hier hat die abnehmende öffentliche Aktualität einen direkten Einfluß auf die Aktivitäten zum Widerstandstag.

Die Kontinuität des bundesweiten Widerstandstages kann ein Abbröckeln des Widerstandes in den Städten und vor allem in den kleineren Gemeinden verhindern und das Arbeiten vor Ort stärken. Auch wenn sich Gruppen und Leute nicht in den Widerstandstag einbeziehen lassen, so können auf dem Weg zur Abschaltung der AKW's viele Schweinereien aufgedeckt und antikapitalistisches Gedankengut vermittelt werden.

Im Laufe der weiteren Diskussion wurde eine weitgehende Übereinstimmung über die Fortführung und Weiterverbreitung der Widerstandstage erzielt. Hierbei sollen die Widerstandstage weiterhin auf Anti-AKW-Konferenzen eingebracht und verstärkt einzelne BI's angesprochen werden.

Die Verbreitung der Aktionen und die gezielte Rückkopplung sowie die Kommunikation der BI's untereinander soll forciert werden. Hierzu wurde angeregt, zukünftig die Rückmeldungen über geplante und durchgeführte Aktionen zu den Widerstandstagen an das Hamburger Presse Info, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50 zu verbreiten.



Oberpfälzer Bürgerinitiativen gegen die WAA und die bundesweite Anti-Atom-Bewegung rufen gemeinsam auf

UNSER WIDERSTAND KONSTRUKTIV, VIELFÄLTIG UND GESCHLOSSEN.

Die geplante WAA in Wackersdorf bedroht nicht nur Gesundheit und Leben aller Menschen in der Oberpfalz, im ganzen Bundesgebiet und darüber hinaus, sie ist zugleich Kernstück des bundesdeutschen Atomprogramms: Mit ihr würde das letzte, entscheidende Glied im atomaren „Brennstoffkreislauf" fertiggestellt werden. Wirtschaftlich und energiepolitisch unsinnig, wird das Atomprogramm von seinen Verfechtern durchgezogen. Nicht nur, um mit der atomaren, zentralisierten Energieversorgung über ein Machtmittel zu verfügen und der Atomindustrie weiterhin ein lukratives Geschäft weltweit zu sichern, sondern auch, um sich mit dem Plutonium aus der WAA den altgehegten Traum einer bundesdeutschen Atombombe zu verwirklichen.
Widerstand gegen die WAA heißt für uns also Kampf gegen das gesamte bundesdeutsche Atomprogramm, für sofortige Stillegung aller Atomanlagen.

Die WAA gefährdet Mensch und Natur

Eine WAA gibt im Vergleich zu Atomkraftwerken die 1000fache Menge an Radioaktivität ab, wodurch Gesundheit und Leben auf Generationen hinaus gefährdet werden. Die WAA ist kein Beitrag zu Entsorgung, der Berg an Atommüll wird durch ihren Betrieb noch vergrößert.
Die bereits im Betrieb befindlichen Wiederaufarbeitungsanlagen zeichnen sich durch katastrophale Störanfälligkeit aus, nirgendwo in der Welt gibt es bisher eine funktionierende WAA.

Die WAA ermöglicht die bundesdeutsche Atombombe

Jährlich würden 5 000 kg Plutonium in der WAA anfallen. Damit ist eine zusätzliche Voraussetzung für die Massenproduktion von Atomwaffen gegeben.
Die Politiker, die den Bau der WAA durchsetzen wollen, sind weitgehend auch diejenigen, die unverblümt eine bundesdeutsche Atombombe fordern („... daß eine militärische Nutzung des bundesdeutschen Atomprogramms möglich und wünschenswert ist". Jan 86 Bundestagsdrucksache Nr. 104699.)

Die WAA — Vorzeigeobjekt bundesdeutscher Technologie für den Export zu Lasten der 'Dritten Welt'.

Schon seit 1975 liefert die BRD Atomtechnik an Länder, die dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten sind und erklärtermaßen die militärische Option verfolgen bzw. bereits Atomwaffen gebaut haben, z.B. Südafrika.
Die nukleare Zusammenarbeit fördert und stützt totalitäre Staatsformen. Für die bundesdeutsche Atomindustrie bringen die Exporte immense Gewinne auf Kosten der Menschen in den 'Dritte-Welt' und 'Schwellenländern'. Mit der WAA soll erneut die Spitzenstellung und Durchsetzungsfähigkeit der bundesdeutschen Technologie auf dem Weltmarkt bewiesen werden.

Die Atomindustrie — Vorreiter bei der Umstrukturierung der Wirtschaft.

Mit dem Bau und Betrieb von Atomanlagen werden auch gravierende Umstrukturierungen des Arbeitsprozesses vorangetrieben:
ungarantierte und illegale Beschäftigungsformen, Leiharbeiter auf der einen Seite, durch Staatsschutzorgane streng überwachte Arbeitsplätze im Kernbereich auf der anderen Seite. Die AKW-Erbauerin Siemens KWU steht beispielhaft dafür, wie sich ein Großkonzern mithilfe staatlicher Subventionen, die der Entwicklung dezentraler, alternativer, menschenfreundlicher Technologien verlorengehen, die absolute Monopolstellung innerhalb eines Industriezweiges sichert.

Eine Region wird abhängig gemacht

In der wirtschaftlich benachteiligten Oberpfalz würden sich die Folgen dieser Entwicklung verheerend auswirken.
An der Arbeitslosenquote von 10,3% hat sich durch die Bauarbeiten an der WAA bis jetzt nichts geändert.
Die wenigen hundert Arbeitsplätze, die für Oberpfälzer in der WAA übrig bleiben, sind hochgradig gesundheitsgefährdend. Dafür werden Tausende von traditionellen Arbeitsplätzen in Frage gestellt (Teichwirtschaft, Landwirtschaft, Fremdenverkehr).
Die ca 3 500 verlorenen Arbeitsplätze in der Maxhütte werden gegen die versprochenen in der WAA ausgespielt.
Nach dem Motto „Entweder die WAA oder gar keine Arbeitsplätze" soll die Akzeptanz bei den Oberpfälzern erzwungen werden.

Nicht der Widerstand gegen das Atomprogramm ist kriminell, sondern die Machenschaften der Betreiber

Der Bau der WAA wird gegen den erklärten Widerstand des Großteils der Oberpfälzer Bevölkerung mit allen Mitteln vorangetrieben. Rechtsinstanzen werden ausgeschaltet, unbequeme Gutachten übergangen, Gesetze nach Bedarf geschaffen oder ignoriert.
Mit Sondereinsatzkommandos (SEK), CS-Gas und Gummigeschossen wird der Zaun der geplanten Plutoniumfabrik geschützt.
Das Demonstrationsrecht wird im Raum Wackersdorf faktisch außer Kraft gesetzt.
Mit einer Prozeßlawine wird der Widerstand kriminalisiert, soll eingeschüchtert und finanziell ausgeblutet werden.

Wir sind uns darüber im klaren, daß wir durch noch so große Demonstrationen allein das Atomprogramm nicht stoppen können, weil sie letztlich auf die Einsichtfähigkeit der Machteliten setzen. Die Reaktionen auf der Katastrophe von Tschernobyl haben deutlich gezeigt, daß wir uns darauf nicht verlassen können. Wir müssen Aktionsformen entwickeln, die unseren Widerstand gegen die WAA und das gesamte Atomprogramm noch deutlicher als bisher zum Ausdruck bringen und damit die WAA wirklich verhindern.
Mit den Aktionstagen, Veranstaltungen, Straßentheater, Informationsständen, Katastrophenschutzübungen, Fahrradstaffetten, Straßenfesten, Mahnwachen, Behinderungsaktionen usw wollen wir folgende Ziele erreichen:

- Die Infrastruktur, aus der die WAA wächst, offenlegen (Abhängigkeit von Konzernen, Zulieferfirmen)
- Das Offenlegen der Mechanismen von Polizei und Justizapparat,
- Gefahren der WAA konkret aufzeigen (Katastrophenschutzübung)
- Breitere Bevölkerungskreise zum Widerstand ermutigen
- Weiterführende Widerstandsformen praktizieren
- Langfristige Perspektiven für den Widerstand entwickeln
- Das Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Macht stärken.

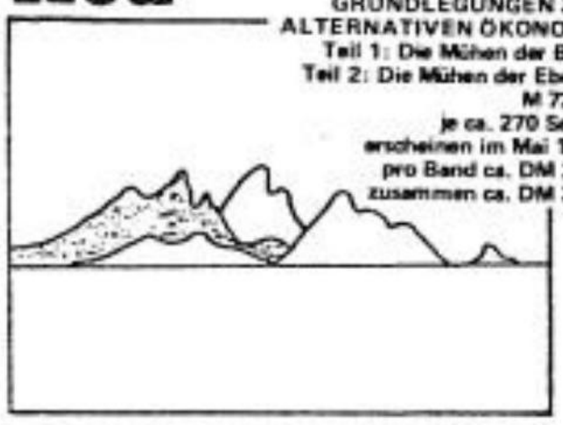
Wir rufen alle, die gegen Atomkraft sind, alle Menschen aus den Bewegungen für den Frieden, für die „Dritte Welt", für Umweltschutz, aus den Gewerkschaften, aus christlich motivierten Kreisen auf, sich an den Aktionstagen mit eigenen Formen und Inhalten zu beteiligen. Auf der Grundlage, daß die Aktionen vermittelbar und konstruktiv sind, sich nicht gegen die Bevölkerung richten und nicht die Konfrontation mit der Polizei suchen, gibt es viele Möglichkeiten, die Aktionstage phantasievoll zu gestalten und mit einer eindrucksvollen Großdemonstration abzuschließen.

Herbstaktionen gegen die WAA

AG SPAK

Kistlerstr. 1, 8 München 90

Neu



Rolf Schwendter (Hg.)
GRUNDLEGUNGEN ZUR ALTERNATIVEN ÖKONOMIE
Teil 1: Die Mühen der Berge
Teil 2: Die Mühen der Ebenen
M 72/73
je ca. 270 Seiten
erscheinen im Mai 1986
pro Band ca. DM 24,–
zusammen ca. DM 39,–

Der erste Band bezieht sich stärker auf politische Konzepte, während im zweiten die Praxis und die Schwierigkeiten im Detail der Umsetzung Alternativer Ökonomie zur Sprache kommen. Die Bände beinhalten Beiträge
- Zur Geschichte der Alternativen Ökonomie
- Zur Zeitgeschichte Alternativer Ökonomie
- Zur Diskussion
- Zur nächsten Zukunft der Alternativen Ökonomie
- Grundsätzliche Kritik der Alternativen Ökonomie

Dokumentiert wird die Diskussion um die Alternative Ökonomie von ihren Anfängen im 19. Jahrhundert und ihrem Neubeginn in den frühen 70er Jahren, über Klassiker der neueren Diskussion (Bartning, Roth u.a.) bis hin zu aktuellen Problemen wie Bankengründung, Altersicherung, Alternativforschung...

WEITERE BÜCHER ZUM THEMA:

Burkhard Flieger (Hg.)
PRODUKTIV-GENOSSENSCHAFTEN
oder der Hindernislauf zur Selbstverwaltung
339 Seiten mit Abb.
M 61 DM 24,–

Hg.: Projektgruppe 'Geschichte Bergischer Genossenschaften'
VORWÄRTS-BEFREIUNG
Genossenschaftliche Selbsthilfe im Bergischen Land
223 Seiten DM 19,80

A/Z BIOBAU GmbH

Renovierungen
Um- und Neubauten
in biologischer Bauweise
Baubiologische Beratung

Reifenstuelstr. 6
8000 München 5
Tel. 768036
und 776800

Bunt & Billig-Druck

Eins-A-Qualitaet

☎: 912569

F. Henzler, Weichselstr 14
8000 München 60

Kegeln, Flippern, Billiard!

Normal

im
KREITTMAYRHOF
geöffnet von 17-1 Uhr
warme Küche 18-23 Uhr

8000 München 2, Kreittmayrstr. 15,
Nähe Stiglmayrplatz, Tel. 526927

HERGEHÖRT!

Lautsprecher, Mikrofone, Verstärker von Disco bis Studio. Große Auswahl – kleine Preise. Alles zum Ausprobieren, Mieten und sogar zum Kaufen.

SPONTON
Tontechnik
Neureutherstr. 18
☎ 271 83 72
Mü 40

K.O. BACK

Vollwertbäckerei

Kollektiv ökologische Backwaren GmbH

SCHWABING Gundelindenstr. 1
Bäckerei + Laden
Mo-Vormittag + Do-Nachmittag ZU

HAIDHAUSEN Hetzstr. / Ecke Kellerstr.
Stehcafé + Laden
Mo-Vormittag ZU

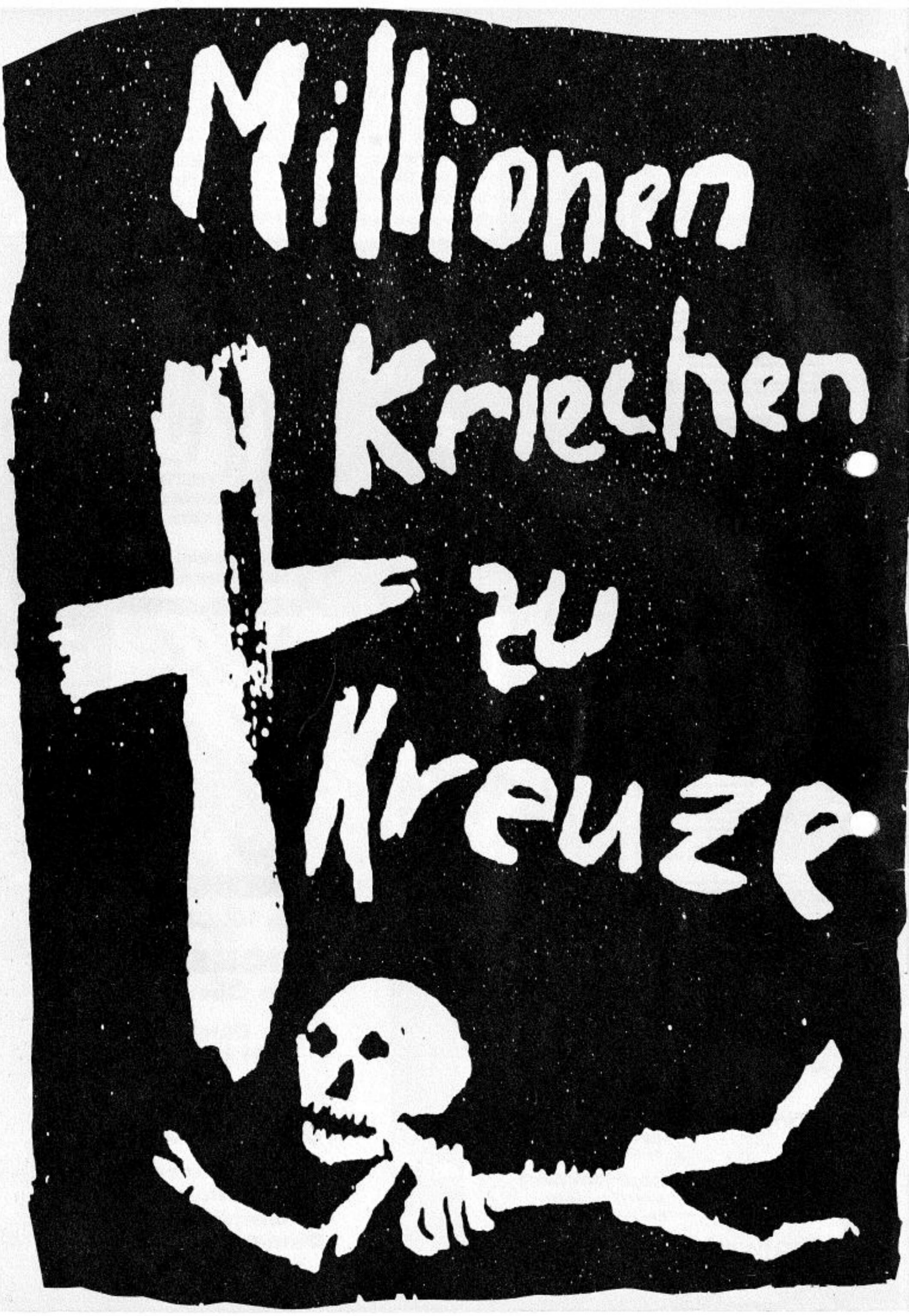
DIREKTVERTRIEB TEL: 365567
Montags von 17"-22"

8. bis 10. Oktober

AKTIONSTAGE
in der Oberpfalz

10. Oktober
11 Uhr

GROSS-KUNDGEBUNG

in Wackersdorf
Volksfestplatz
mit anschließender
Demonstration
zum WAA-Baugelände

Millionen kriechen zu Kreuze.